



Daten + Analysen

Quartalsheft





Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk

Torsten Haseloff

Telefon: 0331 39 - 465

E-Mail: Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik

Dezernat Informationsmanagement

Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: www.lds-bb.de

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Dezember 2003

Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

Informationsservice

Tel. 0331 39 - 444

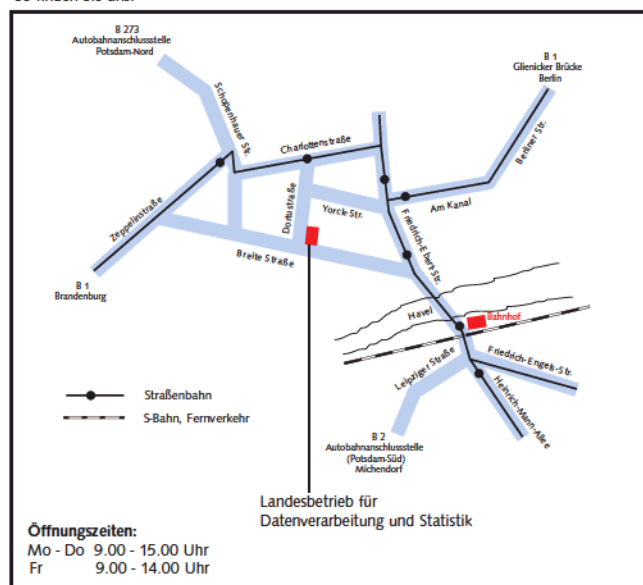
Fax. 0331 39 - 418

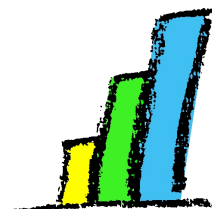
Vertrieb

Tel. 0331 39 - 496

Fax. 0331 39 - 418

So finden Sie uns:





Daten + Analysen

IV 2003

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell	5
-----------------------------	----------

Beiträge	11
-----------------------	-----------

Jahrbuch 2003: Statistisches Kompendium für Jederfrau und Jedermann	11
Kommunalwahlen im Land Brandenburg am 26. Oktober 2003	13
Online Erhebung – Erfahrungen aus dem Jahr 2003	20
Brandenburgs Getreideernte 2003 – eine erste Bilanz	23
Ergebnisse der Viehbestandserhebung im Mai 2003	26
Amtliche Energiestatistik	30
Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Jahren 1992 bis 2002 aus dem Blickwinkel der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	38
Verdienstunterschiede der Arbeitnehmer	47
Sozialhilfe im Jahr 2002	54

Buchbesprechungen	61
--------------------------------	-----------

Neue Veröffentlichungen	63
--------------------------------------	-----------

Aus Brandenburg

Starke Zuwachsraten im Campingtourismus



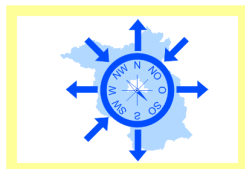
Auf den 175 geöffneten Campingplätzen mit Urlaubscamping des Landes Brandenburg verweilten im Monat August 2003 insgesamt 84 Tausend Gäste, die 261 Tausend

Übernachtungen buchten. Das ist das höchste Ergebnis seit August 1999.

Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein Zuwachs bei den Gästen von 41,8 Prozent und bei den Übernachtungen von 56,6 Prozent festzustellen, begünstigt durch das durchgehend hochsommerliche Wetter.

Seit Jahresbeginn betrug die Anzahl der Urlaubscamper 271 Tausend bei 764 Tausend Übernachtungen und damit der Zuwachs 21,6 Prozent bzw. 20,1 Prozent. Alle Reisegebiete des Landes trugen zum kräftigen Anstieg bei, insbesondere das Dahme-Seengebiet, das Barnimer Land sowie die Uckermark mit einem Übernachtungsanstieg von jeweils mehr als 30 Prozent.

Brandenburger Export bis August 2003 im Plus



Das Exportvolumen Brandenburgs lag im Zeitraum Januar bis August 2003 bei 3,3 Milliarden EUR. Der Zuwachs gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum betrug 254 Millionen

EUR bzw. 8,2 Prozent.

Im August erreichte die Warenausfuhr des Landes Brandenburg einen Wert von 376 Millionen EUR. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats um 40 Millionen EUR bzw. 9,7 Prozent verfehlt. Gegenüber Juli 2003 betrug der Rückgang 128 Millionen EUR bzw. 25,4 Prozent.

Im Zeitraum Januar bis August 2003 konnte das Vorjahresniveau sowohl bei der Ernährungswirtschaft (+ 12,4 Prozent) als auch bei der gewerblichen Wirtschaft (+ 8,7 Prozent) und darunter in allen Warengruppen überboten werden.

An der Spitze der wichtigsten Ausfuhr Güter standen pharmazeutische Erzeugnisse vor Sperrholz, Span- und Faserplatten, Blech aus Eisen oder Stahl, Luftfahrzeugen, Papier und Pappe sowie Kunststoffen.

In der Rangliste der Hauptexportländer gab es keine Veränderungen. Weiterhin führend waren die Vereinigten

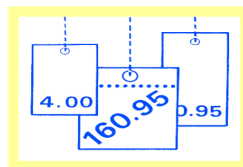
Staaten mit 421 Millionen EUR, das entsprach einem Anteil von 12,6 Prozent an der Gesamtausfuhr Brandenburgs. Es folgten Polen, die Niederlande, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich.

Die Wareneinfuhr Brandenburgs erreichte in den ersten acht Monaten einen Wert von 3,7 Milliarden EUR. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum wurde ein Rückgang von 136 Millionen EUR bzw. 3,6 Prozent verzeichnet.

Mit einem Anteil von 38,9 Prozent an der Gesamteinfuhr Brandenburgs waren Erdöl und Erdgas Hauptimportgüter, gefolgt von Luftfahrzeugen, Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Abfällen und Schrott aus Eisen oder Stahl sowie pharmazeutischen Grundstoffen. Dabei wurden mehr als 90 Prozent der Waren aus Europa bezogen, darunter 33 Prozent aus der EU und fast 40 Prozent aus der Russischen Föderation.

Hauptimportländer waren die Russische Föderation, Polen, Italien, Frankreich, die Niederlande sowie die Vereinigten Staaten.

Verbraucherpreisindex im Monat November 2003



Der Verbraucherpreisindex sank für das Land Brandenburg von Mitte Oktober 2003 bis Mitte November 2003 um 0,1 Prozent auf einen Indexstand von 104,3 (Basis 2000=100). Die Jah-

resteuierungsrate gegenüber November 2002 betrug + 1,4 Prozent.

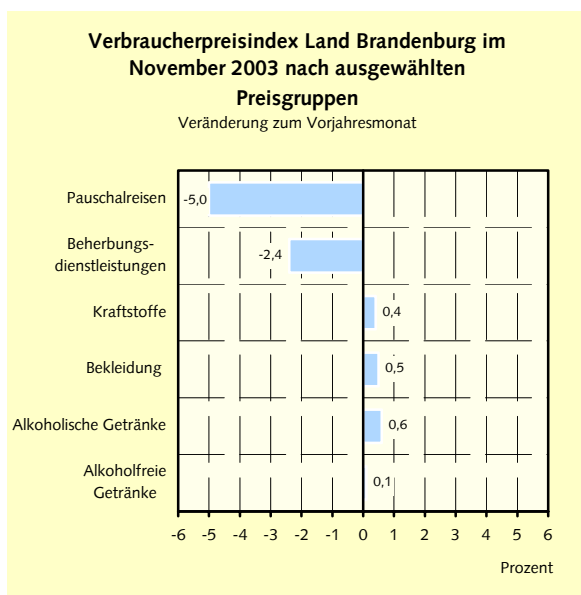
Die Entwicklung der Verbraucherpreise im November 2003 war durch gegenläufige Preisveränderungen bzw. gleichbleibendes Preisverhalten in den einzelnen Hauptgruppen gekennzeichnet, was im Endeffekt zu einer moderaten Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vormonat führte.

Beachtliche Preissenkungen waren bei Pauschalreisen, Miete für Ferienwohnungen, Personenbeförderung im Luft- sowie im Schiffsverkehr, Obst, Möbeln, Haushaltsgeräten und Heimelektronik zu beobachten. Preiserhöhungen wurden bei Heizöl, Umlage für Zentralheizung, Kraftstoffen und alkoholischen Getränken festgestellt.

Die Nahrungsmittelpreise haben sich gegenüber dem Vormonat nicht verändert. Die eingehendere Auswertung zeigte, dass die Senkung der Obstpreise (- 4,3 Prozent) die Preissteigerungen in allen anderen Nahrungsmittelwarengruppen dämpfte.

Die jährliche Teuerung betrug im November 2003 + 1,4 Prozent (Oktober 2003 - 1,3 Prozent, September 2003 + 1,1 Prozent). Teurer als im Vorjahr waren insbesondere Nahrungsmittel, alkoholische Getränke, Tabakwaren, Tarife für das Wohnen, Wohnungsnebenkosten, Dienstleistungen für soziale Zwecke, Bildungs-, Verkehrs-, Nachrichtenübermittlungs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen.

Die Berechnungen für die Monate Januar bis November des Jahres 2003 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ergaben für den Verbraucherpreisindex eine durchschnittliche Veränderung von + 1,0 Prozent.



Finanzierungsdefizit der Kommunen



Nach den Ergebnissen der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen im 1. Halbjahr 2003 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg insgesamt 2 193,3 Millionen EUR ausgegeben. Das sind 43,3 Millionen EUR und damit 1,9 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die bereinigten Einnahmen lagen mit 2 043,9 Millionen EUR um 287,3 Millionen EUR bzw. 12,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnet sich für das 1. Halbjahr 2003 somit ein Finanzierungsdefizit von 149,4 Millionen EUR.

Im Einzelnen lagen die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für Sozialleistungen um 30,8 Millionen

EUR und die für Personalausgaben um 22,3 Millionen EUR über dem Vorjahresbetrag. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand verringerten sich um 26,1 Millionen EUR und die kommunalen Sachinvestitionen gingen um 53,5 Millionen EUR zurück.

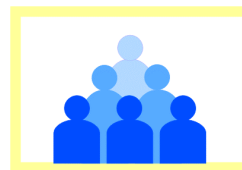
Der Rückgang der kassenmäßigen Einnahmen gegenüber dem 1. Halbjahr 2002 hatte vor allem folgende Ursachen: Die Steuereinnahmen (netto) in Höhe von 288,8 Millionen EUR blieben um 45,9 Millionen EUR unter dem Vorjahreswert. Mindereinnahmen traten insbesondere beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (- 33,8 Millionen EUR) und bei der Gewerbesteuer (- 16,6 Millionen EUR) auf. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Einnahmen der laufenden Rechnung (1 714,4 Millionen EUR) betrug 16,8 Prozent. Im 1. Halbjahr 2002 waren es 18,1 Prozent.

Rückläufig waren mit insgesamt 1 201,6 Millionen EUR die Einnahmen durch Landeszuweisungen (- 146,3 Millionen EUR zum Vorjahreszeitraum

Die vom Land gezahlten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 559,6 Millionen EUR (Vorjahreszeitraum: 608,4 Millionen EUR) bildeten den größten Posten dieser Zuweisungen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land in Höhe von 195,9 Millionen EUR blieben damit um 28,3 Prozent unter dem Vorjahresbetrag. Weitere 446,0 Millionen EUR wurden als Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen, Erstattungen des Verwaltungshaushalts sowie Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Im 1. Halbjahr 2003 wurde Vermögen in Höhe von 79,2 Millionen EUR veräußert. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es 152,2 Millionen EUR.

Weniger Beschäftigte in den Betrieben der Energie-, Gas- und Wasserversorgung auch im Jahr 2002



Im Jahr 2002 waren in Brandenburg insgesamt 9 514 Personen in den Betrieben der Energie-, Gas- und Wasserversorgung tätig, 2,4 Prozent weniger als im Jahr 2001.

Fast zwei Drittel aller Beschäftigten (63,1 Prozent) arbeiten im Bereich der Elektrizitätsversorgung, hier ging die Zahl der Beschäftigten gegenüber 2001 lediglich um 0,5 Prozent (32 Personen) zurück.

Der stärkste Beschäftigungsrückgang lässt sich mit 10,4 Prozent (74 Personen) in der Gasversorgung verzeichnen.

Im Jahr 2002 waren in Brandenburg insgesamt 9 514 Personen in den Betrieben der Energie-, Gas- und Wasserversorgung tätig, 2,4 Prozent weniger als im Jahr 2001.

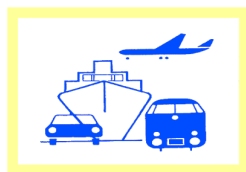
Fast zwei Drittel aller Beschäftigten (63,1 Prozent) arbeiteten im Bereich der Elektrizitätsversorgung, hier ging die Zahl der Beschäftigten gegenüber 2001 lediglich um 0,5 Prozent (32 Personen) zurück.

Der stärkste Beschäftigungsrückgang lässt sich mit 10,4 Prozent (74 Personen) in der Gasversorgung verzeichnen.

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt in den Betrieben der Energie-, Gas- und Wasserversorgung 2002

Jahr	Insgesamt	In hauptbetrieblichen Bereichen			
		Elektrizität	Gas	Fernwärme	Wasser
1991	20 925	13 807	894	2 198	4 027
2001	9 750	6 035	695	1 065	1 955
2002	9 514	6 003	621	1 024	1 865

Siedlungs- und Verkehrsfläche nahm 2002 weiter zu



Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasste zum Stichtag 31.12.2002 im Land Brandenburg eine Fläche von 248 000 Hektar; das entsprach einem Anteil von 8,4 Prozent an der

Landesfläche (2,95 Millionen Hektar). Binnen Jahresfrist nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 3 000 Hektar zu, der Zuwachs betrug 1,2 Prozent.

Den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche nahmen mit 128 000 Hektar die Gebäude- und Freiflächen ein. Der Anteil dieser Nutzungsart an der Siedlungs- und Verkehrsfläche Brandenburgs lag damit bei 51,7 Prozent.

Zweitgrößte Nutzungsart innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche war die Verkehrsfläche. Sie umfasste 102 000 Hektar und damit 41,3 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Betriebsfläche ohne Abbauand, die Erholungs- und die Friedhofsflächen umfassten zusammen 17 000 Hektar. Das entsprach einem Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 7,0 Prozent.

Aus Deutschland

Höchststand bei den Ehescheidungen im Jahr 2002



Im Jahr 2002 wurden in Deutschland 204 200 Ehen rechtskräftig geschieden. Damit ist ein neuer Höchststand erreicht. Die Zahl der Ehescheidungen stieg gegenüber dem

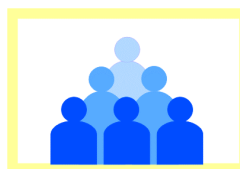
Vorjahr um 6 700 Fälle bzw. 3,4 Prozent. Nach den Ergebnissen für das Jahr 2002 ist damit zu rechnen, dass in Zukunft mehr als jede dritte Ehe geschieden wird. Jedes zweite geschiedene Ehepaar hatte im Jahr 2002 Kinder unter 18 Jahren. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der betroffenen minderjährigen Kinder von 153 500 auf 160 100 gestiegen (+ 4,1 Prozent).

Geschiedene Ehen und Zahl der betroffenen Kinder Deutschlands

Jahr	Insgesamt	darunter geschiedenen Ehen mit minderjährigen Kindern		Betroffene minderjährige Kinder
		Anzahl	je 1000 geschiedene Ehen	
1992	135 010	686 089	50,4	101 377
1993	156 425	81 853	52,3	123 541
1994	166 052	89 244	53,7	135 318
1995	169 425	92 664	54,7	142 292
1996	175 550	96 577	55,0	148 782
1997	187 802	105 000	55,9	163 112
1998	192 416	100 806	52,4	156 735
1999	190 590	91 777	48,2	143 728
2000	194 408	94 850	48,8	148 192
2001	197 498	98 027	49,6	153 517
2002	204 214	101 830	49,9	160 095

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mehr erwerbstätige Frauen im dritten Quartal 2003



Nach vorläufigen Berechnungen waren im dritten Quartal 2003 von den rund 38,3 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland 46,8 Prozent bzw. 17,9 Millionen Frauen. Ihr Anteil an der

Erwerbstätigkeit erhöhte sich damit im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte. Allein 14,9 Millionen Frauen waren dabei in den Dienstleistungsbereichen (Handel, Gastgewerbe, Verkehr und sonstige Dienstleistungen) beschäftigt. Mit einem Anteil von 55,4 Prozent arbeiten somit mehr Frauen als Männer in den Dienstleistungsbereichen (Handel, Gastgewerbe, Verkehr und sonstige Dienstleistungen). Begünstigt wurde die relative Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit im dritten Quartal 2003 dadurch, dass der derzeitige Beschäftigungsabbau weiterhin Frauen weniger stark trifft als Männer. Die Zahl der erwerbstätigen Männer nahm im dritten Quartal 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 378 000 Personen ab (- 1,8 Prozent), die der erwerbstätigen Frauen hingegen nur um 101 000 Personen (- 0,6 Prozent). Ursache hierfür ist die unterschiedliche Ausprägung des Beschäftigungsabbaus in den einzelnen Wirtschaftsbereichen: So erfuhr das mit einem hohen Männeranteil von 74,3 Prozent gekennzeichnete Produzierende Gewerbe (einschließlich des Baugewerbes) einen starken Beschäftigungsabbau mit 3,0 Prozent im Vorjahresvergleich, wogegen der Rückgang im Dienstleistungsbereich mit 0,4 Prozent deutlich schwächer ausfiel. Eine weitere Ursache für den Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit dürfte die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung im Zuge der gesetzlichen Neuregelung der Minijobs zum 1. April 2003 sein, da diese Beschäftigungsform schon in der Vergangenheit maßgeblich von Frauen dominiert war.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausbildung hat starken Einfluss auf das Verdienstniveau



Nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung erzielten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Volks-, Haupt-

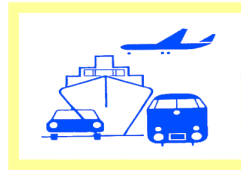
oder Realschulabschluss ohne zusätzliche Berufsausbildung im Oktober 2001 in Deutschland einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2 203 EUR. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit dem gleichen Schulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung verdienten mit 2 693 EUR 22 Prozent mehr. Mit zunehmendem Bildungsniveau steigen die Verdienste. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Hochschulabschluss erreichten einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 4 673 EUR, mehr als doppelt so viel wie diejenigen mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss ohne weitere Ausbildung. Dies zeigen die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001.

Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹⁾ Deutschlands im Oktober 2001 nach dem Ausbildungsstand

Ausbildung	Insgesamt	Männer	Frauen
	EUR		
Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss	2 610	2 738	2 213
mit Berufsausbildung	2 693	2 818	2 287
ohne Berufsausbildung	2 203	2 318	1 914
Abitur	3 334	3 688	2 767
mit Berufsausbildung	3 357	3 736	2 770
ohne Berufsausbildung	3 195	3 416	2 744
Fachhochschulabschluss	4 248	4 432	3 207
Hochschul-, Universitätsabschluss	4 673	4 901	3 733

Quelle: Statistisches Bundesamt

Inlandstourismus im September 2003 angestiegen



Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im September 2003 in Deutschland 35,2 Millionen Gästeübernachtungen gezählt, 1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Nach

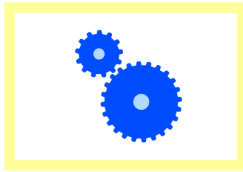
Kalender- und Saisonbereinigung (Berliner Verfahren 4 – BV 4) sind die Übernachtungen um 3 Prozent gegenüber August 2003 gesunken. Die Angaben umfassen sowohl Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten als auch auf Campingplätzen (Touristikingcamping). Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste stieg im September 2003 mit 31,1 Millionen um 2 Prozent gegenüber dem September 2002. Die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhten sich um 1 Prozent auf 4,1 Millionen.

Im Zeitraum Januar bis September 2003 wurden 269,2 Millionen Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen gezählt. Dies entsprach in etwa dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (- 0,2 Prozent). Auf inländische Gäste entfielen 236,4 Millionen (- 0,4 Prozent) und auf Gäste aus dem Ausland 32,8 Millionen Gästeübernachtungen (+ 1 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

Industrieinvestitionen 2002 um 11 Prozent gesunken

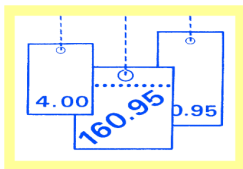


Die Investitionsaktivitäten der deutschen Industrie verzeichneten im Jahr 2002 einen deutlichen Rückgang. Sie lagen mit 50 Milliarden EUR um rund 11 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Größter Investor waren mit 11,7 Milliarden EUR wiederum die Automobilhersteller, die ihr hohes Investitionsniveau aus dem Vorjahr halten konnten und über 23 Prozent aller Industrieinvestitionen durchführten. Ohne die Autobauer hätte die Industrie im Jahr 2002 einen Investitionsrückgang von über 14 Prozent gehabt. Weitere wichtige Investoren waren 2002 die Chemische Industrie (6,5 Milliarden EUR bzw. - 3,2 Prozent gegenüber 2001), der Maschinenbau (4,5 Milliarden EUR bzw. - 8,2 Prozent), das Ernährungsgewerbe (4,2 Milliarden EUR bzw. + 3,8 Prozent) und die Hersteller von Metallerzeugnissen (3 Milliarden EUR bzw. - 13,2 Prozent). Diese fünf Wirtschaftszweige führten mit zusammen 29,9 Milliarden EUR rund 60 Prozent aller Investitionen in der Industrie durch. Die Investitionsentwicklung verlief in den alten und neuen Ländern unterschiedlich: Während die Betriebe im früheren Bundesgebiet 2002 rund 9 Prozent weniger investierten als im Vorjahr, lagen die Investitionsausgaben in den neuen Ländern 25 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Importpreise Oktober 2003 niedriger als im Vorjahr



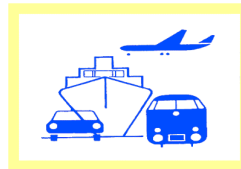
Die Importe von Waren im Oktober 2003 verbilligten sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 2,5 Prozent. Im September und im August 2003 hatten die Jahresveränderungsraten - 2,6 Prozent bzw. - 1,7 Prozent betragen.

Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölherzeugnisse lag im Oktober 2003 um 1,9 Prozent unter dem Stand des Vorjahres. Gegenüber September 2003 veränderte sich der Einfuhrpreisindex nur geringfügig (+ 0,1 Prozent). Binnen Monatsfrist verteuerte sich unter anderem die Einfuhr von Zitrusfrüchten (+ 8,4 Prozent), Rindfleisch (+ 5,7 Prozent), rohem Erdöl (+ 4,1 Prozent), Bananen (+ 3,9 Prozent). Dagegen wurden u. a. Rohkakao (- 8,2 Prozent), Rohkaffee (- 5,4 Prozent) und Äpfel (- 4,4 Prozent) billiger. Starke Preissenkungen gegenüber dem Vorjahr gab es im Oktober 2003 u. a. bei folgenden Importgütern: Rohkakao (- 40,5 Prozent), Rohkaffee (- 18,1 Prozent), Mineralölherzeugnisse (- 9,4 Prozent), rohes Erdöl (- 8,3 Prozent), Rohaluminium (- 6,4 Prozent), Holz- und Zellstoff (- 6,0 Prozent), Bananen (- 3,7 Prozent) und Rindfleisch (- 3,2 Prozent). Dagegen waren u. a. Düngemittel und Stickstoffverbindungen (+ 10,6 Prozent), Zitrusfrüchte

(+ 8,5 Prozent), Rohkupfer (+ 7,5 Prozent), Äpfel (+ 5,2 Prozent), Steinkohle (+ 4,9 Prozent) sowie Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+ 4,8 Prozent) teurer als vor einem Jahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Weniger Getötete im Straßenverkehr im September 2003

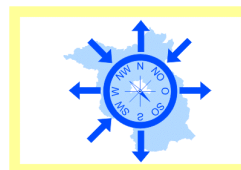


Im September 2003 wurden in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen 619 Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr getötet, 6 Prozent weniger als im September 2002. Seit Einführung

der Statistik 1953 waren dies die wenigsten Getöteten in einem September. Die bisher geringste Zahl an Verkehrstoten in einem September gab es 2001 mit 621. Weitere 43 200 (- 5 Prozent) Personen wurden im September 2003 verletzt. Die Polizei nahm rund 191 500 Straßenverkehrsunfälle auf, 2 Prozent weniger als im September 2002. Davon waren 33 300 (- 5 Prozent) Unfälle mit Personenschaden und 158 200 (- 1 Prozent) Unfälle, bei denen lediglich Sachschaden entstand. In den Monaten Januar bis September 2003 wurden in Deutschland 4 982 Verkehrsteilnehmer getötet (- 5 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) und 350 200 (- 3 Prozent) verletzt. Die Polizei registrierte in diesem Zeitraum 1,65 Millionen (- 2 Prozent) Straßenverkehrsunfälle, davon 269 100 (- 3 Prozent) Unfälle mit Personenschaden und 1,38 Millionen (- 2 Prozent) Unfälle mit nur Sachschaden.

Aus Europa

Eurozone erzielte Handelsbilanzüberschuss



Nach ersten Schätzungen erzielte die Eurozone im September 2003 einen Überschuss von 8,5 Milliarden EUR im Handel mit den übrigen Ländern der Welt; dem stand im September 2002

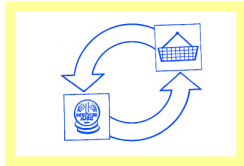
ein Überschuss von 9,2 Milliarden EUR gegenüber. Im August 2003 hatte man einen Saldo von + 7,5 Milliarden EUR und im August 2002 von + 8,5 Milliarden EUR verbucht. Die Ausfuhren sind im September 2003 saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat August um 0,9 Prozent zurückgegangen, die Einfuhren sind um 2,4 Prozent gefallen.

Für die 15 Mitgliedstaaten ist nach ersten Schätzungen im September 2003 ein Defizit von 0,5 Milliarden EUR zu erwarten, verglichen mit einem Überschuss von 1,4 Milliarden im September 2002. Im August 2003 hatten sie einen Saldo von + 1,8 Milliarden EUR verbucht, gegenüber

+ 1,3 Milliarden im August 2002. Die Ausfuhren sind im September 2003 saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat August um 2,5 Prozent zurückgegangen, die Einfuhren sind um 0,6 Prozent gefallen.

Quelle: Eurostat

Bruttoinlandprodukt der Eurozone und der 15 Mitgliedstaaten um 0,4 Prozent gestiegen



Nach ersten Schätzungen sind das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Eurozone und das der 15 Mitgliedstaaten im Verlauf des zweiten Quartals 2003 im Vorquartalsvergleich um jeweils 0,4

Prozent gestiegen. Im zweiten Quartal 2003 betrugen die Wachstumsraten - 0,1 Prozent in der Eurozone und 0,0 Prozent in den 15 Mitgliedstaaten.

Im Vergleich zum dritten Quartal 2002 ist das BIP in der Eurozone um 0,3 Prozent und in den 15 Mitgliedstaaten um 0,6 Prozent gestiegen, nach + 0,1 Prozent bzw. + 0,4 Prozent im Vorquartal.

Im dritten Quartal 2003 stieg die Bruttowertschöpfung in der Eurozone wie auch in den 15 Mitgliedstaaten um 0,5 Prozent, nach - 0,1 Prozent bzw. 0,0 Prozent im Vor-

quartal. Relativ zum dritten Quartal 2002 hat die Bruttowertschöpfung um 0,4 Prozent in der Eurozone und um 0,7 Prozent in den 15 Mitgliedstaaten zugenommen.

In den Vereinigten Staaten verzeichnete das BIP im dritten Quartal 2003 einen Zuwachs um 2,0 Prozent, nach + 0,8 Prozent im Vorquartal. Die privaten Konsumausgaben nahmen um 1,6 Prozent zu, die Investitionen um 3,7 Prozent. Die Ausfuhren stiegen um 2,6 Prozent, die Einfuhren um 0,4 Prozent.

In Japan stieg das BIP im dritten Quartal 2003 um 0,6 Prozent, nach + 0,9 Prozent im Vorquartal. Die privaten Konsumausgaben blieben unverändert, während die Investitionen um 1,3 Prozent wuchsen. Die Ausfuhren erhöhten sich um 2,8 Prozent und die Einfuhren um 1,7 Prozent.

Im Vergleich zum dritten Quartal 2002 ist das BIP der Vereinigten Staaten um 3,5 Prozent gestiegen (+ 2,5 Prozent im Vorquartal) und das Japans um 2,3 Prozent (+ 3,0 Prozent im zweiten Quartal 2003).

Quelle: Eurostat

Europäische Unternehmen – Zahlen und Fakten



Die Edition 2003 über „Europäische Unternehmen – Zahlen und Fakten“ liefert einen Standardkatalog statistischer Daten von 1991 bis 2001 über die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in der Europäischen Union.

Die in der Veröffentlichung enthaltenen Daten vermitteln

ein Bild der wesentlichen Entwicklungen von Produktion, Beschäftigung und Außenhandel. Die dazu gelieferten Kommentare beziehen sich im allgemeinen auf die dreistellige Ebene der europäischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 1. Erstmals enthält diese Ausgabe auch Daten über die EU-Beitrittsländer.

Die Veröffentlichung umfasst 6 Kapitel, die auch einzeln als PDF-Datei erhältlich sind:

- Teil 1: Energie, Wasser und Bau
- Teil 2: Chemikalien und Metalle

Teil 3: Investitionsgüterindustrie

Teil 4: Konsumgüter und Medien

Teil 5: Handel und Tourismus

Teil 6: Dienstleistungen für Unternehmen

Der Preis je Kapitel beträgt 15,00 EUR; bei Kauf aller 6 Kapitel beträgt er 50,00 EUR.

Die Papierfassung (400 Seiten) kostet 50,00 EUR (Katalog-Nr: KS-BW-03-001-DE-C; ISBN 92-894-5443-1). Eine CD-ROM (dreisprachig deutsch, englisch, französisch) ist für 300,00 EUR erhältlich (Katalog-Nr: KS-BZ-03-001-3A-Z; ISBN 92-894-5726-0).

Die Publikation ist zu beziehen unter



Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin/ Eurostat Data
Otto-Braun-Straße 70/72
10178 Berlin



01888 644 - 9430



E-Mail: datashop@destatis.de
Internet: www.eu-datashop.de

Jahrbuch 2003: Statistisches Kompendium für Jederfrau und Jedermann

Das Statistische Jahrbuch 2003 bietet in altbewährter Weise eine Vielzahl von Daten aus allen Lebensbereichen in tabellarischer Form z. T. mit Grafiken illustriert. Um die Ergebnisse auch im Rahmen der Bundesrepublik Deutschland besser einordnen zu können, ist am Ende des Nachschlagewerks ein Ländervergleich angefügt.

Das Statistische Jahrbuch vermittelt einen Einblick, wie sich das Land Brandenburg im Spiegel der Statistik darstellt. Auf über 600 Seiten finden sich Zahlen u.a. zu Bevölkerung, Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie Gesundheits- und Sozialwesen. In den Tabellen werden Entwicklungen über mehrere Jahre dargestellt und – soweit möglich – auf Kreisebene veröffentlicht. Grafiken helfen beim Einstieg in das Thema Statistik.

Das Themenspektrum des Statistischen Jahrbuchs erstreckt sich von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen. Ein zentrales Thema ist immer wieder die Bevölkerungsentwicklung. Das Land Brandenburg hatte 2001 erstmals seit 1994 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, dieser Trend hat sich 2002 fortgesetzt. Zum Stichtag 31.12.2002 lebten im Land Brandenburg 2 582 379 Personen, das waren 10 661 weniger als am Jahresende 2001. Mit 50,6 Prozent stellten die 1 306 234 Frauen die knappe Mehrheit.

Dieser Rückgang beruht zum einen auf der natürlichen Bevölkerungsentwicklung mit einem Geburtendefizit – 8 790 Todesfälle mehr als Geburten im Lande – analog der Entwicklung für Deutschland insgesamt. Auf der anderen Seite, und dies ist erstmals 2001 eingetreten, muss Brandenburg auch räumliche, d. h. Wanderungsverluste, wie alle neuen Bundesländer, hinnehmen. Der Wanderungsverlust betrug 2002 1 871 Personen, obwohl der Wanderungsüberhang aus Berlin bei 9 707 und der aus dem Ausland bei 3 009 Personen lag. Die attraktivsten Abwanderungsziele innerhalb Deutschlands waren Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Im häufig als „Speckgürtel“ bezeichneten engeren Verflechtungsraum um Berlin lebten am 31.12.2002 insgesamt 966 850 Personen, 12 759 mehr als am Jahresende 2001. Dies waren 37 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im äußeren Entwicklungsraum verringerte sich die Zahl um 23 420 auf 1 615 529 Menschen.

Darüber hinaus stecken im Jahrbuch so viele Daten und Fakten, dass hier nur wenige Beispiele erwähnt werden können:

- ❑ Die wichtigste „Bodenerhebung“ im Land Brandenburg hat eine Höhe von 201m. Der Kutschenberg befindet sich im südlichen Brandenburg im Landkreis Oberspreewald-Lausitz.
- ❑ Die Hälfte der Fläche des Landes wird landwirtschaftlich genutzt (1,5 Mill. Hektar). Die Waldfläche ist über 1 Mill. Hektar groß und nimmt mehr als ein Drittel Brandenburgs ein.
- ❑ Auf 100 Männer kamen Ende 2002 102,4 weibliche Personen. Allerdings beginnt die weibliche Übermacht erst beim Jahrgang 1945 und steigert sich mit den Lebensjahren. Bei den 99-Jährigen (Jahrgang 1903) gab es 52 Männer und 221 Frauen, also viermal so viel.
- ❑ Die meisten ledigen Personen wohnen in der Landeshauptstadt: 37,4 Prozent der männlichen und 29,3 Prozent der weiblichen Bevölkerung ab 18 Jahre sind ledig.
- ❑ Ende 2002 lebten im Land Brandenburg 66 765 Ausländer, darunter 41 360 männliche Personen. Gegenüber 1993 ist die Zahl der ausländischen Bevölkerung um etwa 24 000 gestiegen. Als Nationalitäten sind vor allem Polen, Vietnamesen, Russen und Ukrainer vertreten.
- ❑ Bei 962 Eheschließungen im Jahr 2002 war einer der Partner Ausländer. Brandenburger Männer heirateten vor allem Polinnen (120) und Ukrainerinnen (114), während Brandenburgerinnen in 119 Fällen türkische Männer ehelichten. Im Jahr 2002 erschienen 22 ganz junge Pärchen vor dem Standesamt, wo beide Partner unter 20 Jahre alt waren. Insgesamt 180 Frauen in diesem Alter wagten den Schritt in die Ehe, sechs davon mit Männern, die mindestens 20 Jahre älter waren.
- ❑ Für die Hochzeitsfeier wird die wärmere Jahreszeit bevorzugt. Fast zwei Drittel der Eheschließungen 2002 erfolgten in den Monaten Mai bis September, wobei der August mit 1 563 Hochzeiten der beliebteste war.

- ❑ Das durchschnittliche Heiratsalter bei der ersten Heirat lag 2002 bei Männern bei 31,9 und bei Frauen bei 28,9 Jahren.
 - ❑ 55 Prozent der Eltern der 17 704 Kinder, die 2002 das Licht der Welt erblickten, waren nicht miteinander verheiratet.
 - ❑ 6,3 Prozent der Mütter, die 2002 Kinder geboren haben, waren im Alter von 15 bis unter 20 Jahren. Deren Anteil lag 1996 bei 5,0 Prozent.
 - ❑ 730 Menschen starben 2002 bei Unfällen, darunter 485 Männer. Häufigste Ursache waren Verkehrsunfälle, aber auch bei häuslichen Unfällen, hinter denen sich vor allem Stürze verbergen, waren mehr Männer (105) als Frauen betroffen (76).
 - ❑ 2001 wurden in 34 Krankenhäusern des Landes Brandenburg 14 754 Frauen entbunden, darunter 17,1 Prozent durch Kaiserschnitt. 1992 lag der Anteil der Entbindungen durch Kaiserschnitt bei 11,7 Prozent.
 - ❑ Brandenburger Frauen haben 2002 weniger Schwangerschaften abbrechen lassen als in den beiden Vorjahren. Während 2002 8,6 Abbrüche je 1000 Frauen durchgeführt wurden, waren es 2001 9,2 und 2000 9,3 Schwangerschaftsabbrüche.
 - ❑ Die Filmwirtschaft zählte 2002 rund 4 Millionen Kinobesucher. Somit ging rein statistisch gesehen jeder Brandenburger 1,5 mal ins Kino. Im Vorjahr lag die Zahl der Besuche noch bei 4,6 Millionen (1,8 Besuche je Einwohner).
 - ❑ Die Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche hat sich in den letzten Jahren auf 1,3 Millionen Hektar eingeepegelt. Den größten Anteil hat die Uckermark. Aber auch in den vier kreisfreien Städten gibt es landwirtschaftlich genutzte Fläche, in Potsdam waren es im Jahr 2001 immerhin 918 Hektar.
 - ❑ Im vergangenen Jahr wurden fast 36 000 Tonnen Gurken im Land Brandenburg geerntet, das sind knapp 14 Kilogramm pro Einwohner. Der Hektarertrag stieg gegenüber 2001 von 443 auf 526 Dezitonnen.
 - ❑ 2002 wurden 3 276 Insolvenzverfahren beantragt. Die Gesamtzahl stieg damit gegenüber 2001 um mehr als die Hälfte an. Zurückzuführen ist die Steigerung vor allem auf den Anstieg bei den „übrigen Schuldern“ von 569 auf 1 684 beantragte Verfahren. Die Unternehmensinsolvenzen stiegen von 1 522 auf 1 592. Am häufigsten betroffen war das Baugewerbe mit 559 beantragten Verfahren.
 - ❑ Von 1993 bis 2001 konnten jedes Jahr mehr Touristen im Land Brandenburg begrüßt werden. Im BUGA-Jahr 2001 wurden über 3 Millionen Gästeankünfte registriert. 2002 wurde die 3-Millionen-Marke nicht mehr erreicht. Die Aufenthaltsdauer der Gäste insgesamt schwankte in den Jahren zwischen 2,8 und 3,1 Tagen. Die ausländischen Gäste blieben jedoch nicht mehr so lange. Hier sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf 2,3 Tage.
 - ❑ Die Neuzulassungen von PKW sind seit 1993 kontinuierlich zurück gegangen. Während damals knapp 106 000 Autos zugelassen wurden, waren es 2002 nur 72 000. Der Gesamtbestand nimmt trotzdem zu und beläuft sich auf knapp 1,4 Millionen PKW.
- Das Statistische Jahrbuch 2003 ist als Buch und CD erschienen und kostet jeweils 20 EUR; beides zusammen gibt es für 30 EUR.
- Diese Publikation kann erworben werden beim




Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Dortustraße 46
14467 Potsdam



0331 39-418



E-mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Ina Hergert, Dr. Heike Hendl 

Kommunalwahlen im Land Brandenburg am 26. Oktober 2003

Am 26. Oktober 2003 fanden im Land Brandenburg die allgemeinen Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise, Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien und kreisangehörigen Städte, Gemeindevertretungen der kreisangehörigen Gemeinden und die Wahlen der hauptamtlichen Bürgermeister in den amtsfreien sowie der ehrenamtlichen Bürgermeister in den amtsangehörigen Gemeinden statt.

Gleichzeitig wählten in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel die Bürgerinnen und Bürger ihren Oberbürgermeister. Neben diesen Wahlen fanden auch die Wahlen der Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister in vielen neuen und bereits bestehenden Ortsteilen statt.

Gewählt wurde in den neuen Gemeindegrenzen gemäß den Gesetzen zur landesweiten Gemeindegebietsreform vom 27. März 2003 (GVBl. I S. 66). Mit dem Tag der landesweiten Kommunalwahlen traten diese Gesetze in Kraft.

Durch die gesetzlichen Neugliederungen und zahlreichen freiwilligen Gemeindezusammenschlüsse bzw. Gemeindeeingliederungen hat sich die Zahl der Städte und Gemeinden auf 436 verringert.

Weiterhin wurden die hauptamtlichen Bürgermeister in 43 amtsfreien sowie die ehrenamtlichen Bürgermeister in 266 amtsangehörigen Gemeinden gewählt.

Auf Grund fehlender Bewerber fanden in den Gemeinden Niederfinow (Landkreis Barnim), Schlepzig (Landkreis Dahme-Spreewald), Schraden (Landkreis Elbe-Elster) und Beetzsee (Landkreis Potsdam-Mittelmark) keine Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeister statt. In den 15 Gemeinden des Amtes Neuhausen/Spree (Landkreis Spree-Neiße) erfolgen die Wahlen der Gemeindevertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeister auf Grund des Beschlusses des Verfassungsgerichtes vom 17.10.2003 zu einem späteren Zeitpunkt. In der Gemeinde Schwielowsee (Landkreis Potsdam-Mittelmark) fand die Wahl zur Gemeindevertretung bereits Anfang Januar 2003 statt.

Somit traten in 416 kreisangehörigen Städten und Gemeinden die Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurne, um ihre neue Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretung zu wählen.

Wahlvorschlagsträger und Kandidaten

Für die **Wahl der 14 Kreistage der Landkreise sowie der Stadtverordnetenversammlungen der vier kreisfreien Städte** wurden die Wahlgebiete in insgesamt 93 Wahlkreise eingeteilt. Somit gab es für diese Wahlen 93 unterschiedliche Stimmzettel. Zu besetzen waren 936 Sitze, da-

von 744 Kreistagssitze und 192 Sitze in den Stadtparlamenten der kreisfreien Städte.

Es wurden insgesamt folgende 12 Parteien vom Landesausschuss zugelassen, die als solche Wahlvorschläge einreichten:

- ☐ SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- ☐ CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands,
- ☐ PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus,
- ☐ FDP – Freie Demokratische Partei,
- ☐ GRÜNE/B 90 – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- ☐ Schill – Partei Rechtsstaatlicher Offensive,
- ☐ DVU – DEUTSCHE VOLKSUNION,
- ☐ DSU – Deutsche Soziale Union,
- ☐ FAMILIE – FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS,
- ☐ NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands,
- ☐ ödp – Ökologisch Demokratische Partei,
- ☐ DKP – Deutsche Kommunistische Partei.

Weiterhin beteiligten sich zwei politische Vereinigungen (BürgerBündnis freier Wähler e. V. und DIE REPUBLIKANER), fünf Listenvereinigungen, 51 Wählergruppen und 11 Einzelbewerber an den Wahlen zu den Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte. Das waren insgesamt 81 verschiedene Wahlvorschlagsträger, die zusammen 5 006 Kandidaten zur Wahl stellten. Dominierend bei den Wahlvorschlägen waren die Parteien, die 77 Prozent der Bewerber benannten. Es folgten die Wählergruppen mit 18 Prozent. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1998 wurden 570 Kandidaten mehr von den Wahlvorschlagsträgern aufgestellt. Die höchste Bewerberzahl mit 7,7 Kandidaten je Sitz war in der kreisfreien Stadt Potsdam zu verzeichnen. Dagegen bewarben sich in Frankfurt (Oder) nur 3,5 Kandidaten um einen Sitz im Stadtparlament. Bei den Wählergruppen traten 293 Bewerber für die Wählergruppen der Bauern an. Bei der politischen Vereinigung BürgerBündnis freier Wähler e. V. stellten sich 111 Bewerber zur Wahl.

Anzahl der Bewerber zu den Wahlen der Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte

Wahlvorschlagsträger	Bewerber zu den	
	Kommunalwahlen 2003	Kommunalwahlen 1998
Insgesamt	5 006	4 436
Parteien	3 877	3 468
dar. SPD	1 081	1 088
CDU	938	892
PDS	631	590
FDP	662	482
GRÜNE/B 90	325	316
DVU	45	–
andere Parteien	195	100
Politische Vereinigungen	112	153
Listenvereinigungen	106	76
Wählergruppen	900	720
Einzelbewerber	11	19

Der Anteil der Frauen an den Bewerbern lag bei rund 26 Prozent. In den kreisfreien Städten Potsdam und Frankfurt (Oder) bewarben sich rund 34 Prozent Frauen um die Abgeordnetensitze. Im Vergleich dazu stellten sich in den Landkreisen Prignitz und Oder-Spree nur 18 Prozent Bewerberinnen zur Wahl. Mit 38 Prozent stellte die FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der politischen Vereinigung Bürger-Bündnis freier Wähler e. V. mit 37 Prozent.

Für die **Wahlen der Gemeindevertretungen und der Stadtverordnetenversammlungen in den 416 kreisangehörigen Städten und Gemeinden** bewarben sich im Durchschnitt 2,6 Kandidaten auf einen Sitz in der Vertretung. Bei den Wahlen 1998 waren es 1,7 Bewerber je Sitz.

Rund 54 Prozent der Bewerber wurden von den Parteien und 39 Prozent von Wählergruppen aufgestellt. Von den 16 273 angetretenen Kandidaten war der Wahlvorschlagsträger bei:

- ☐ 8 859 Bewerbern eine Partei oder politische Vereinigung,
- ☐ 6 356 Bewerbern eine Wählergruppe,
- ☐ 348 Bewerbern eine Listenvereinigung und
- ☐ 710 Bewerber traten als Einzelbewerber an.

In 74 Gemeinden (ca. 18 Prozent) traten keine Vertreter von Parteien und politischen Vereinigungen zur Wahl der Vertretungskörperschaften an. Keine Bewerber von Wählergruppen gab es dagegen in 43 Gemeinden.

In den Landkreisen Märkisch-Oderland, Elbe-Elster und Uckermark traten rund 45 Prozent der Bewerber auf den Wahlvorschlägen von Wählergruppen an.

Für das **Amt des Oberbürgermeisters** in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel stellten sich 6 Kandidaten zur Wahl. Für das **Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters** kandidierten insgesamt 175 Bewerber. Durchschnittlich waren das 4,1 Bewerber je Amt. Auf die neu zu besetzenden **Bürgermeisterämter in den amtsangehörigen Gemeinden** bewarben sich durchschnittlich 1,8 Kandidaten, das waren insgesamt 489 Bewerber.

Für das Amt des Oberbürgermeisters bzw. hauptamtlichen Bürgermeisters entfielen 54 Prozent und für das des ehrenamtlichen Bürgermeisters 35 Prozent der Bewerber auf eine Partei. Rund 33 Prozent der Vorschläge für den ehrenamtlichen Bürgermeistersitz waren Einzelbewerber und 30 Prozent entfielen auf Wählergruppen.

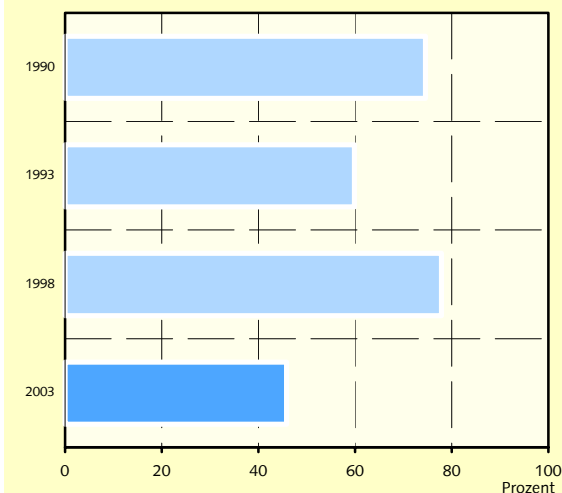
Der Anteil der Frauen an den Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters bzw. hauptamtlichen Bürgermeisters betrug ca. 16 Prozent und für das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters ca. 15 Prozent.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte dargestellt.

Wahlbeteiligung so niedrig wie nie zuvor

An den Kommunalwahlen 2003 beteiligten sich von den 2 111 925 Wahlberechtigten des Landes Brandenburg nur 967 949 Bürgerinnen und Bürger. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 45,8 Prozent. Gaben zu den Kommunalwahlen 1990 noch 74,9 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen ab, so waren es 1993 nur 59,9 Prozent. Bei den Kommunalwahlen 1998 lag die Beteiligung bei 77,9 Prozent. Allerdings war der Urnengang damals an die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag gekoppelt. Am 26. Oktober 2003 wurde das mit Abstand schlechteste Beteiligungsergebnis bei Kommunalwahlen seit 1990 erreicht.

**Wahlbeteiligung zu den Kommunalwahlen
1990, 1993, 1998 und 2003**

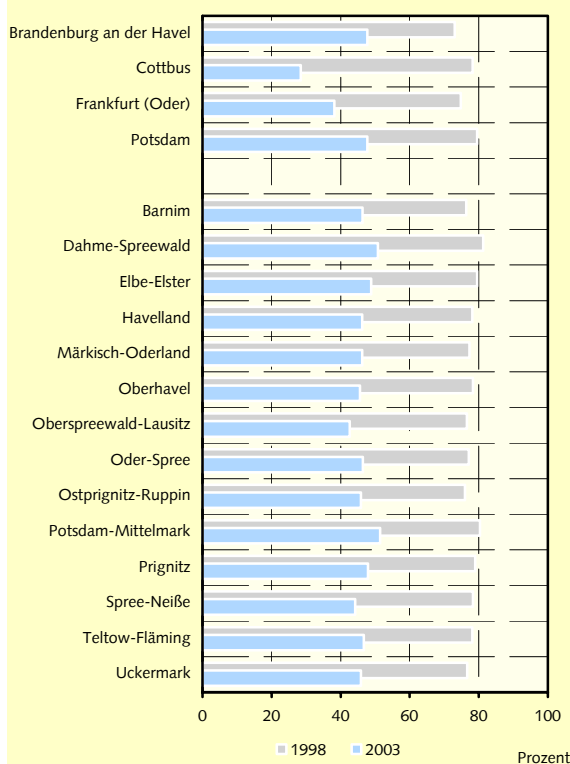


niedrig zeigte sich die Wahlbeteiligung in Frankfurt (Oder) mit 38,2 Prozent und vor allem in Cottbus mit 28,4 Prozent. Gaben in Cottbus zur Wahl 1998 noch 78,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, so sank die Beteiligung um fast zwei Drittel.

Eine Wahlbeteiligung von über 50 Prozent wurde nur in zwei Landkreisen (Potsdam-Mittelmark und Dahme-Spreewald) erzielt. Die niedrigste Beteiligung war in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße zu verzeichnen. Gegenüber den Kommunalwahlen 1998 ist das ein Rückgang in der Wahlbeteiligung beider Landkreise von rund 34 Prozent.

In Lenzerwische, einer Gemeinde aus dem Amt Lenzen-Elbtalaue (Landkreises Prignitz) war die Wahlbeteiligung mit 88,0 Prozent am höchsten. Im Vergleich dazu beteiligten sich in der Gemeinde Groß Döbbern aus dem Amt Neuhausen/Spree (Landkreis Spree-Neiße) nur 22,1 Prozent der wahlberechtigten Einwohner an der Wahl.

**Wahlbeteiligung am 26. Oktober 2003
nach Wahlgebieten**



Ungültige Stimmzettel

Höher als zu den Kommunalwahlen 1998 war die Zahl von ungültigen Stimmzetteln. 4,2 Prozent, das sind 40 449 Stimmzettel, konnten nicht gewertet werden. Die höchste Anzahl ungültiger Stimmzettel (5,1 Prozent) gab es im Landkreis Ostprignitz-Ruppin, gefolgt von den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz (5,0 Prozent) und Dahme-Spreewald (4,8 Prozent). Die wenigsten ungültigen Stimmzettel gab es in den kreisfreien Städten Cottbus mit 1,5 Prozent und Potsdam mit 2,7 Prozent. In der kreisfreien Stadt Cottbus wurden zu den Kommunalwahlen 2003 Wahlgeräte eingesetzt. Daher können die ungültigen Stimmzettel in Cottbus entweder von den Briefwählern kommen oder durch eine bewusste ungültige Stimmabgabe am Wahlgerät.

In den Landkreisen war die Anzahl der ungültigen Stimmzettel um 1,4 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1998 stieg der Anteil ungültiger Stimmzettel um 0,8 Prozentpunkte. Es bleibt ein Wahlgeheimnis, ob die Ursachen des Ungültigmachens der Stimmzettel in der Unzufriedenheit mit den eingereichten Wahlvorschlägen, in der unpraktischen Handhabung großformatiger Stimmzettel, im Wahlsystem liegen oder aus Protest erfolgte.

Ergebnisse der Kommunalwahlen 2003

Die Verteilung der Stimmen im Landesergebnis sieht wie folgt aus:

- Die **CDU** erhielt bei einem Landesergebnis von 27,8 Prozent die meisten gültigen Stimmen. Im Vergleich zu

Zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen zeigten sich Unterschiede im Wahlverhalten. Gingen in den 14 Landkreisen insgesamt 46,9 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurne, so waren es in den vier kreisfreien Städten nur 40,1 Prozent. Die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel und Potsdam lagen mit 47,7 und 45,7 Prozent noch im Landesdurchschnitt. Erschreckend

den Wahlen vor 5 Jahren gewann die CDU 6,4 Prozentpunkte der Stimmen hinzu.

- ❑ Die **SPD** musste die meisten Stimmenverluste hinnehmen. Sie büßte 15,4 Prozentpunkte gegenüber den Kommunalwahlen 1998 ein und ist mit 23,5 Prozent der gültigen Stimmen im Land Brandenburg nur noch zweitstärkste Kraft.
- ❑ Die **PDS** konnte 21,3 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinen und verlor gegenüber 1998 nur 0,3 Prozentpunkte.
- ❑ Die **FDP** konnte ihr Wahlergebnis gegenüber 1998 um 2,2 Prozentpunkte verbessern und erreichte 6,3 Prozent der gültigen Stimmen.
- ❑ Die Partei **GRÜNE/B 90** erzielte mit 4,2 Prozent fast das gleiche Ergebnis wie bei den letzten Kommunalwahlen 1998 (4,1 Prozent).
- ❑ Die **DVU** trat erstmalig bei Kommunalwahlen an und erreichte bei einem Landesergebnis von 1,0 Prozent insgesamt 9 Sitze, davon je zwei Sitze im Kreistag von Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz, je einen in Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie in der Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt Potsdam.

Erstmals bei Kommunalwahlen im Land Brandenburg trat die Partei Rechtsstaatlicher Offensive an. Sie erzielte im Landesergebnis 28 748 Stimmen (1,1 Prozent) und ist damit in 5 Kreistagen (Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Spree-Neiße) mit je einem Abgeordneten, im Kreistag Barnim mit 3 sowie in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt (Oder) mit zwei Abgeordneten vertreten.

Die SPD musste in allen Wahlgebieten gegenüber den Kommunalwahlen 1998 Stimmenverluste hinnehmen. Die höchste Anzahl an Stimmenverlusten verzeichnete die SPD in den Landkreisen Prignitz (- 19,6 Prozentpunkte), Uckermark (- 19,0 Prozentpunkte), Havelland und Teltow-Fläming (je - 16,9 Prozentpunkte). Im Vergleich dazu waren die Stimmenverluste im Landkreis Elbe-Elster mit 12,7 Prozentpunkten die geringsten.

Die CDU konnte in allen Wahlgebieten Stimmengewinne verzeichnen. In der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel hatte die CDU im Vergleich zu den Wahlen 1998 einen Stimmenzuwachs von 21,3 Prozentpunkten. Die SPD verlor hier 13,5 und die PDS 6,7 Prozentpunkte. Den größten Stimmengewinn in den Landkreisen hatte die CDU in Havelland (+ 11,0 Prozentpunkte), Oberhavel (+ 8,9 Prozentpunkte), Elbe-Elster (+ 8,6 Prozentpunkte) und Uckermark (+ 8,0 Prozentpunkte). Nur einen sehr geringen Zuwachs gab es für die CDU in der kreisfreien Stadt Cottbus (+ 0,3 Prozentpunkte) und im Landkreis Dahme-Spreewald (+ 0,9 Prozentpunkte).

Wahlen zu den Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte 2003 und 1998

Merkmal		2003	1998
Wahlberechtigte	Anzahl	2 111 925	2 036 423
Wähler	Anzahl	967 949	1 586 252
Wahlbeteiligung	%	45,83	77,89
Ungültige Stimmzettel	Anzahl	40 449	54 004
	%	4,18	3,40
Gültige Stimmen	Anzahl	2 728 176	4 381 097
Sitze insgesamt	Anzahl	936	943
davon			
CDU	Anzahl	758 375	938 542
	%	27,80	21,42
	Sitze	262	200
SPD	Anzahl	642 301	1 707 521
	%	23,54	38,97
	Sitze	215	367
PDS	Anzahl	581 415	947 319
	%	21,31	21,62
	Sitze	203	204
FDP	Anzahl	172 886	181 529
	%	6,34	4,14
	Sitze	59	38
GRÜNE/B 90	Anzahl	113 674	181 138
	%	4,17	4,13
	Sitze	39	38
DVU	Anzahl	28 232	X
	%	1,03	X
	Sitze	9	X
Bürger	Anzahl	20 693	43 402
	%	0,76	0,99
	Sitze	7	11
Wählergruppen	Anzahl	288 650	287 178
	%	10,58	6,55
	Sitze	106	66
Listenvereinigung	Anzahl	48 093	37 934
	%	1,76	0,87
	Sitze	14	8
Einzelbewerber	Anzahl	10 718	13 713
	%	0,39	0,31
	Sitze	1	–
Sonstige	Anzahl	63 139	42 821
	%	2,31	0,98
	Sitze	21	11

X zu den Kommunalwahlen nicht angetreten

Gegenüber den letzten Kommunalwahlen 1998 erreichte die PDS das beste Ergebnis in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) mit 4,8 Prozentpunkten und im Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit 3,9 Prozentpunkten Stimmenzuwachs. Stimmenverluste gab es für die PDS in 9 Wahlgebieten. In den Landkreisen waren diese Verluste gering und lagen zwischen 0,2 bis 2,2 Prozentpunkte.

Die FDP hatte, außer im Landkreis Elbe-Elster, in allen anderen 13 Landkreisen und vier kreisfreien Städten Stimmengewinne zu verzeichnen. Gegenüber 1998 konnte sie in Frankfurt (Oder) sowie im Landkreis Spree-Neiße über 4 Prozentpunkte dazu gewinnen.

Die Partei GRÜNE/B90 musste in 12 Wahlgebieten geringe Stimmenverluste hinnehmen. Den größten Zuwachs an Stimmen erzielte die Partei im Landkreis Havelland (+ 5,2 Prozent).

Die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfrei-

en Städte machen auch deutlich, dass die **Wählergruppen und Vereinigungen** bei den Wählern an Bedeutung gewonnen haben.

Von den gültigen Stimmen entfielen 83,2 Prozent auf die etablierten Parteien (SPD, CDU, PDS, FDP, GRÜNE/B 90) und 3,3 Prozent auf die übrigen zu den Kommunalwahlen 2003 zugelassenen 7 Parteien. 13,1 Prozent der Stimmen wurden den Wählergruppen, Listenvereinigungen und politischen Vereinigungen gegeben. Darunter entfallen 10,6 Prozent auf die Wählergruppen. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1998 erhielten die Wählergruppen 6,6 Prozent der gültigen Stimmen.

Die Kreisbauernverbände haben dabei mit insgesamt 3,5 Prozent der Stimmen den höchsten Anteil auf sich vereinen können. Den höchsten Anteil an Stimmen hatten die Bauernverbände in den Landkreisen Prignitz (11,8 Prozent), Märkisch-Oderland (8,1 Prozent) und Teltow-Fläming (7,9 Prozent).

Stimmengewinne und -verluste 2003 gegenüber 1998

Wahlgebiet	SPD	CDU	PDS	FDP	GRÜNE/ B 90	Bürger	WG	LV	EB	Sonstige
	Prozentpunkte									
Brandenburg an der Havel	- 13,5	+ 21,3	- 6,7	+ 3,8	- 1,9	-	+ 3,2	-	+ 0,2	-
Cottbus	- 16,4	+ 0,3	+ 3,1	+ 1,5	+ 0,4	x	+ 13,2	-	x	- 0,4
Frankfurt (Oder)	- 16,0	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,5	- 0,8	+ 3,1	+ 0,02	-	x	+ 0,6
Potsdam	- 16,4	+ 5,8	+ 2,0	+ 0,4	- 1,0	+ 0,6	+ 2,1	-	-	+ 4,8
Barnim	- 15,8	+ 4,4	- 2,2	+ 1,4	+ 0,0	-	+ 7,8	-	- 0,7	x
Dahme-Spreewald	- 15,8	+ 0,9	- 0,8	+ 2,2	- 0,4	-	+ 4,6	+ 6,5	+ 2,4	x
Elbe-Elster	- 12,7	+ 8,6	- 1,8	- 0,4	- 1,2	-	+ 5,7	-	- 0,0	- 1,8
Havelland	- 16,9	+ 11,0	+ 0,3	+ 2,3	+ 5,2	-	+ 3,6	x	-	+ 0,9
Märkisch-Oderland	- 14,7	+ 7,4	+ 0,2	+ 1,0	- 1,7	-	+ 2,8	-	+ 0,2	x
Oberhavel	- 15,5	+ 8,9	- 1,5	+ 1,0	- 0,4	+ 0,9	+ 2,4	-	- 0,1	x
Oberspreewald-Lausitz	- 14,7	+ 5,1	+ 0,4	+ 0,6	- 0,5	-	+ 5,3	-	x	- 0,4
Oder-Spree	- 13,0	+ 4,4	+ 0,3	+ 3,4	- 0,2	-	x	x	-	+ 2,6
Ostprignitz-Ruppin	- 15,7	+ 6,0	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,8	- 2,0	+ 0,3	x	x	x
Potsdam-Mittelmark	- 15,9	+ 6,5	- 1,0	+ 3,9	+ 0,2	-	+ 4,6	- 0,6	+ 0,1	x
Prignitz	- 19,6	+ 4,9	- 0,2	+ 1,7	- 0,7	-	+ 10,8	-	x	x
Spree-Neiße	- 13,9	+ 7,5	- 0,3	+ 4,2	- 0,6	x	+ 5,2	-	+ 0,7	+ 0,4
Teltow-Fläming	- 16,9	+ 5,3	+ 0,3	+ 2,8	+ 2,1	x	+ 10,0	x	x	- 0,9
Uckermark	- 19,0	+ 8,0	- 1,4	+ 3,2	- 0,2	-	+ 9,3	-	-	-
Land Brandenburg	- 15,4	+ 6,4	- 0,3	+ 2,2	+ 0,0	- 0,2	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,3

X Aussage nicht sinnvoll, da zu den Kommunalwahlen 1998 oder 2003 nicht angetreten

Sitzverteilung in den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte

Wahlgebiet	Sitze in der Vertre- tung	CDU	SPD	PDS	FDP	GRÜ- NE/ B 90	DVU	Bürger	WG	LV	EB	Sons- tige
Brandenburg an der Havel	46	17	10	7	4	2	–	–	6	–	–	–
Cottbus	50	12	10	13	2	3	–	–	9	–	–	1
Frankfurt (Oder)	46	12	7	16	3	1	–	3	2	–	–	2
Potsdam	50	10	11	17	1	3	1	2	3	–	–	2
Barnim	56	13	13	14	3	3	–	–	7	–	–	3
Dahme-Spreewald	56	13	14	11	4	2	–	–	5	6	1	–
Elbe-Elster	50	18	10	8	2	1	2	–	9	–	–	–
Havelland	56	19	14	10	4	3	–	–	5	–	–	1
Märkisch-Oderland	56	15	12	14	3	2	1	–	8	–	–	1
Oberhavel	56	16	15	11	3	3	–	1	5	–	–	2
Oberspreewald-Lausitz	50	16	13	10	2	2	2	–	3	–	–	2
Oder-Spree	56	13	15	12	4	2	1	–	–	6	–	3
Ostprignitz-Ruppin	50	13	11	10	3	3	–	–	8	1	–	1
Potsdam-Mittelmark	56	16	13	10	5	4	1	–	6	1	–	–
Prignitz	46	14	9	8	4	1	–	–	9	–	–	1
Spree-Neiße	50	18	11	10	4	1	–	–	4	–	–	2
Teltow-Fläming	56	13	15	12	4	1	1	1	9	–	–	–
Uckermark	50	14	12	10	4	2	–	–	8	–	–	–
Land Brandenburg	936	262	215	203	59	39	9	7	106	14	1	21

Es zeigt sich, dass die Stimmabgabe für die Wählergruppen und Vereinigungen von den jeweils örtlichen Verhältnissen geprägt und der Einfluss lokalpolitischer Faktoren ausschlaggebend ist. So dominierten in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel die Wählergruppen „Gartenfreunde“ mit einem Stimmenanteil von 5,4 Prozent und „Pro Kirchmöser“ mit 4,9 Prozent. In der kreisfreien Stadt Cottbus war es die Wählergruppe „Aktive unabhängige Bürger“ mit 14,0 Prozent. In den Städten Frankfurt (Oder) und Potsdam erreichte die politische Vereinigung BürgerBündnis freier Wähler e. V. 7,6 bzw. 4,7 Prozent. Im Landkreis Dahme-Spreewald dominierte die Listenvereinigung „Gemeinsame unabhängige Bürgerliste“ mit einem Wähleranteil von 9,8 Prozent. Im Landkreis Elbe-Elster fielen 11,0 Prozent der Wählerstimmen auf die Wählergruppe „Landwirtschaft, Umwelt und Natur Elbe-Elster“ und im Landkreis Uckermark 10,6 Prozent auf die Wählergemeinschaft „RETTET DIE UCKERMARK“.

Gewählte Kandidaten in den Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte

Bei den Wahlen zu den Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte wurden insgesamt 936 Abgeordnete gewählt. Mit 262 Abgeordneten stellt die CDU die meisten Kandidaten, gefolgt von der SPD mit 215 und der PDS mit 203 gewählten Abgeordneten.

In 10 Kreistagen sowie in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel ist die CDU mit den meisten Abgeordneten vertreten.

Die SPD hat von den 18 Vertretungen in 15 ihre Mehrheit eingebüßt. Stärkste Kraft ist sie nur noch in den Kreistagen der Landkreise Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Teltow-Fläming.

Die PDS verdrängte die SPD in den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam sowie im Kreistag Barnim.

Die verschiedenen Wählergruppen sind mit insgesamt 106 Kandidaten in den Parlamenten vertreten. Im Vergleich dazu wurden 1998 auf den Wahlvorschlägen von Wählergruppen 66 Bewerber gewählt. Mit je neun Abgeordneten sind die Wählergruppen am stärksten in den Vertretungen von Cottbus, Elbe-Elster, Prignitz und Teltow-Fläming vertreten.

Von den insgesamt 11 angetretenen Einzelbewerbern schaffte ein Kandidat im Landkreis Dahme-Spreewald den Einzug in den Kreistag.

Insgesamt sind 209 Frauen in den Kreistagen der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte vertreten. Der Frauenanteil liegt damit bei 22,4 Prozent und ist im Vergleich zu 1998 um rund 2 Prozentpunkte gesunken.

Von den gewählten Abgeordneten je Wahlvorschlag hat die Partei GRÜNE/B 90 mit 35,9 Prozent den höchsten

Frauenanteil, gefolgt von der PDS mit 35,0 Prozent und der SPD mit 28,4 Prozent. Bei der CDU sind 14,5 und bei der FDP nur 8,5 Prozent der Parlamentssitze mit Frauen besetzt. Die Wählergruppen werden durch 15,1 Prozent weibliche Angeordnete vertreten sein.

Der Frauenanteil in den einzelnen Vertretungen stellt sich unterschiedlich dar. In der Stadtverordnetenversammlung Potsdam sowie im Kreistag Oder-Spree wird fast jeder dritte Sitz von Frauen besetzt. Im Vergleich dazu ist der Frauenanteil in den Kreistagen Oberhavel und Prignitz mit 14,3 und 10,9 Prozent am geringsten.

Die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen am 26. Oktober 2003 liegen als Tabellen- und Einzelmateriale im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg vor und sind über das Dezernat Informationsmanagement zu beziehen. Des Weiteren finden Sie die Ergebnisse auch im Internet unter der Adresse:

www.wahlen.brandenburg.de.

Angelika Behrend 

Neues Themenheft „Frauen in Brandenburg“



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat das Themenheft „Frauen in Brandenburg“ mit aktualisierten Daten des Jahres 2002 herausgegeben. Der fast 100-seitige Bericht zur Situation der Frauen in Brandenburg knüpft an die im Jahr 1997 erschienene Publikation an. Er vermittelt nicht nur die gegenwärtige Situation der Frauen im Land Brandenburg, sondern spiegelt auch den Veränderungsprozess in einzelnen Lebensbereichen über Zeitreihen wider. Um Unterschiede in den Situationen beider Geschlechter zu verdeutlichen, wurden den „weiblichen“ Daten oft die der Männer zum gleichen Thema gegenübergestellt.

Neben demographischen Aspekten und Familienstrukturen werden insbesondere die Bereiche Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Sozialleistungen und Gesundheit beleuchtet; ebenso das Engagement der Frauen im öffentlichen Leben der Gesellschaft.

Das Themenheft „Frauen in Brandenburg“ aus der Reihe „Daten + Analysen“ ist anschaulich mit farbigen Grafiken und Tabellen illustriert. Es kann zum Preis von 6,25 EUR erworben werden beim

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik



Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Online-Erhebung – Erfahrungen aus dem Jahr 2003

Die Auskunftserteilung via Internet – also die sogenannte Online-Erhebung – hält sukzessive Einzug in die amtliche Statistik. In mehreren Bereichen können nunmehr die Auskunftsgewebenden direkt per Internet ihre Erhebungsbögen ausfüllen und absenden. Keine umständliche Papierversendung mehr und durch den Einbau grundlegender Plausibilitäten reduzieren sich die Rückfragen seitens der amtlichen Statistik, also eine echte Kosteneinsparung auf beiden Seiten. Erste Erfahrungen mit dem Werkzeug Online-Erhebung im Verarbeitenden Gewerbe zeigen natürlich noch Verbesserungsmöglichkeiten auf, jedoch kann man als erstes Resümee eine positive Bilanz ziehen.

Mit dem neuen Jahrtausend haben neue Erhebungstechnologien in den verschiedensten deutschen Ämtern Einzug gehalten. So werden in der amtlichen Statistik nunmehr Online-Erhebungen über browsergestützte Verfahren zur Eingabe und/oder Übermittlung statistischer Daten durch die Auskunftsgewebenden genutzt.

Mit der Nutzung des Internet zur Gewinnung statistischer Grunddaten eröffnet sich die Möglichkeit, herkömmliche Prozesse durch zeitgemäße Techniken zu modernisieren und durch neue Arbeits- und Organisationsformen abzulösen.

Dabei stehen sowohl für den Auskunftsgewebenden als auch für die Statistischen Ämter unterschiedliche Aspekte der Effizienz- und Effektivitätssteigerung im Mittelpunkt.

Folgende Ziele lassen sich für den Auskunftsgewebenden erreichen:

- ❑ Aufwandsreduzierung durch den Wegfall manueller Ausfüllung von Papierfragebögen,
- ❑ durch den Einbau grundlegender Plausibilitäten in die Online-Erhebung: reduzierte Rückfragenhäufigkeit,
- ❑ einheitliches Vorgehen bei unterschiedlichen Statistiken,
- ❑ Statistik- und länderübergreifende Datenlieferungen werden möglich,
- ❑ Möglichkeit der IT-gestützten Bereitstellung statistischer Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen wird eröffnet und
- ❑ Kostenreduzierung durch den Wegfall von Postversand.

Auf der Seite der Statistischen Ämter lassen sich auch Synergie-Effekte ausmachen:

- ❑ Beschleunigung des Erhebungsablaufes durch medienbruchfreie Auskunftserteilung,
- ❑ Vereinfachung und Verbesserung der – zukünftig medienbruchfreien – statistischen Arbeitsabläufe,

- ❑ Reduzierung der Korrekturen und Rückfragen durch Übermittlung weitgehend fehlerfreier Daten,
- ❑ mögliche Qualitätsverbesserung der Ergebnisse und
- ❑ Kosteneinsparung durch den Wegfall von Druck- und Versandkosten (die aber gegenwärtig durch die Entwicklungs- und Einführungskosten der Online-Verfahren eher noch erhöht werden).

Das Online-Erhebungsverfahren wird bereits bei mehreren Statistiken angewandt. Die folgenden Ausführungen zu den praktischen Erfahrungen im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg beschränken sich im Wesentlichen auf die Wirtschaftsstatistiken des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereiches.

Es sei dabei aber nicht unerwähnt, dass auch für die Verdiensterhebung und seit dem Oktober 2003 für die Beherbergungsstatistik das Online-Erhebungsverfahren genutzt wird.

Das Online-Erhebungsverfahren

Wie läuft das Online-Erhebungsverfahren ab und welche Voraussetzungen sind notwendig, um den zu sendenden Daten den notwendigen Datenschutz zu gewährleisten?

Bevor sich ein Auskunftspflichtiger an dem Online-Erhebungsverfahren beteiligen kann, muss er sich bei dem jeweiligen Statistischen Amt, in Brandenburg beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) registrieren lassen, um neben einem Benutzernamen auch ein entsprechendes Kennwort zu erhalten. Das ist notwendig, um die Übertragung der Daten über ein geschütztes HTTPS-Protokoll zu gewährleisten. Dazu werden die Daten dann für die Übermittlung verschlüsselt, um ein zufälliges „Mitlesen“ oder gar geplantes Ausspionieren der Daten zu verhindern.



Adresse http://www.lids-bb.de/sixcms/detail.php?template=lids_erhebung Wechsle

**Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik
Land Brandenburg
Dienstleister für Information und Kommunikation**

home ► Online-Erhebung

Online-Erhebungen

Statistik-Online

[Verdienstenerhebung](#)

[Statistik-Online Bundesweit](#)

[Downloads](#)

[Registrierantrag \(application/pdf 217,3 KB\)](#) Mit diesem Antrag können Sie sich für "Statistik-Online" anmelden.

[Benutzerhinweise \(application/pdf 93,5 KB\)](#) Eine kurze Hilfe zur Bedienung von "Statistik-Online"

[Datenschutz](#) Hier finden Sie Informationen zum Schutz Ihrer Daten.

Suche:

[Kontakt](#) [Impressum](#)

[Webaccess](#)

[brandenburg.de](#)

Zusätzlich zu dieser organisatorischen Voraussetzung zur Nutzung des Online-Verfahrens sind noch einige technische Gegebenheiten notwendig, um eine reibungslose Teilnahme zu gewährleisten:

- ☐ Internet-Anschluss des Auskunftsgibenden,
- ☐ Monitor mit Bildschirmauflösung 1024 x 768, um die Formulare vollständig angezeigt zu bekommen,
- ☐ Internet-Browser ab MS Internet-Explorer 5.5 oder Netscape Navigator 6.1,
- ☐ zum Lesen und der Ausgabe der Erläuterungen den Adobe Acrobat Reader (ab Version 4.0),
- ☐ Browser-Einstellung zur Nutzung der SSL-Verschlüsselung und Zulassung von Java-Scripts sowie
- ☐ die Registrierung als Anwender des Online-Verfahrens beim LDS Brandenburg.

Sind sowohl die technischen als auch die organisatorischen Voraussetzungen erfüllt, kann der Auskunftsgibende für alle Erhebungen seine Auskünfte erteilen, zu deren Erteilung er verpflichtet ist. Im Internet unter www.lids-bb.de „Online-Erhebungen“ ist jederzeit die Anmeldung zur Teilnahme am Online-Erhebungsverfahren möglich (vgl. Abbildung).

An diesem Verfahren können selbstverständlich auch die im Auftrag der Unternehmen agierenden Steuerberater, für die von Ihnen vertretenden Unternehmen und den abzugebenden Erhebungen, teilnehmen. Betreuen die Steuerberater mehrere Unternehmen wird der Effizienzgewinn durch das Online-Verfahren sogar noch potenziert.

Bisherige Praxiserfahrungen

Seit April 2003 werden für folgende Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes Online-Befragungen durchgeführt:

- ☐ Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (1135 Berichtspflichtige),
- ☐ monatliche Produktionserhebung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (517 Berichtspflichtige) und
- ☐ vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (576 Berichtspflichtige).

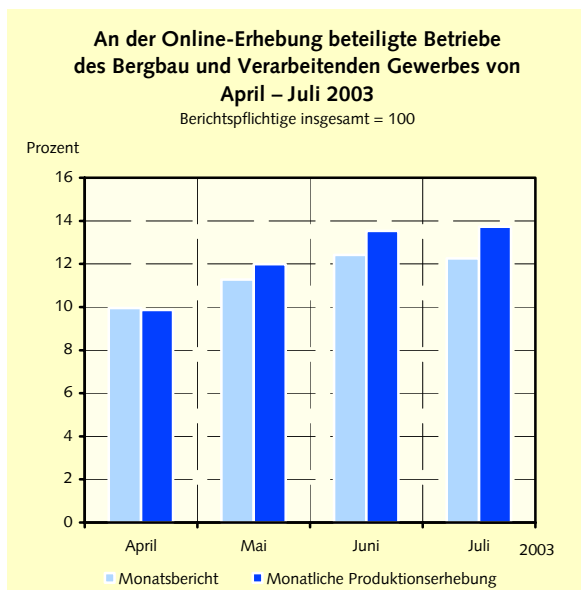
Für ausgewählte Dienstleistungsbereiche, in welchen eine für drei Jahre angeordnete vierteljährliche Konjunkturerhebung läuft, wurde direkt mit Einführung der Statistik auch der Weg der Online-Auskunft angeboten und installiert (1 785 Berichtspflichtige).

In einem ersten Schritt wurden den Betrieben bzw. Unternehmen entsprechende Registrierungsunterlagen zugesandt, um ihnen einen vor fremdem Zugriff geschützten Zugang zur Online-Erhebungs-Plattform gewährleisten zu können. Die Registrierung wird auch weiterhin fortgesetzt, mit dem Ziel, den Anteil der Online-Melder noch spürbar zu erhöhen.

Statistik	Berichtspflichtige	Anteil der für das Online-Verfahren registrierten Berichtspflichtigen
	Anzahl	Prozent
Monatsbericht für Betriebe des Bergbau und Verarbeitenden Gewerbes	1 135	12,4
Monatliche Produktionserhebung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau und Gew. v. Steinen und Erden	517	23,0
Vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau und Gew. v. Steinen und Erden	576	20,0
Vierteljährliche Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	1 785	10,2

Der Anteil der für das Online-Verfahren registrierten Betriebe bzw. Unternehmen liegt noch unterhalb eines Viertels aller Berichtspflichtigen, jedoch zeigt die Entwicklung der Beteiligung an diesem Verfahren eine wachsende Bereitschaft.

Auch wenn noch nicht alle registrierten Berichtspflichtigen tatsächlich an der Online-Erhebung teilnehmen so ist doch seit Einführung für den Berichtsmonat April bis zur Erhebung des Monats Juli eine steigende Akzeptanz festzustellen.



Ein ähnlicher Anteil der Online-Melder an den Auskunftsgewerben ist bei der vierteljährlichen Produktionserhebung für Betriebe des Bergbau und Verarbeitenden Gewerbes mit etwa 10 Prozent zu verzeichnen.

In der vierteljährlichen Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen ist eine Beteiligung am Online-Meldevorgang mit ca. 4 Prozent noch nicht zufriedenstellend. Allerdings muss hierbei angemerkt werden, dass sowohl die Erhebung selbst als auch das Online-Verfahren gleichzeitig eingeführt worden sind. Sieht man die Beteiligung in den bisher erhobenen zwei Quartalen des Jahres 2003 im Verlauf, so kann festgestellt werden, dass durch eine Steigerung von 22 Meldern im I. Quartal auf 79 Auskunftsgewerben im II. Quartal fast eine Vierfachung stattgefunden hat, die Anlass zur Hoffnung gibt, dass sich auch in dieser Erhebung die Beteiligung noch erhöht.


Ausblick

Die Interneterhebungen sind ein Beitrag der amtlichen Statistik zur E-Government-Initiative von Bund und Länder und tragen somit zum Bürokratieabbau gegenüber den Auskunftsgewerben und zur Effizienzsteigerung in der Statistik bei. Dies gilt insbesondere dann, wenn möglichst speziell die Statistiken mit einer großen Anzahl an Berichtspflichtigen sowie die fachlich verbundenen Erhebungen in das Internet gestellt werden können.

Mittelfristig werden alle amtlichen Statistiken hinsichtlich ihrer möglichen Einbeziehung in die Internet-Erhebung überprüft und bei Eignung in den Katalog der Online-Erhebungen aufgenommen, um dann zügig in die Tat umgesetzt zu werden.

Nicht zu unterschätzen ist dabei der erhebliche Personal- und Kostenaufwand auf Seiten der amtlichen Statistik, der durch den Einsparungseffekt in einem vertretbaren Maße kompensiert werden sollte.

Die jüngste Vergangenheit zeigt aber, dass die rasende technische Entwicklung auf dem Gebiet der Internet-Technologie sicherlich auch für die elektronische Datenerhebung noch Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen kann, die unter heutiger Sicht noch nicht absehbar sind. Auf jeden Fall zeigt sich auch die amtliche Statistik den neuen Innovationen aufgeschlossen und hält nicht an alten Zöpfen fest.

Sabine Quaiser 

Brandenburgs Getreideernte 2003 – eine erste Bilanz

Die Erntemenge der Brandenburger Getreidebauern fiel im Jahr 2003 mit 1,62 Millionen Tonnen Getreide nach 1993 am schlechtesten aus. Maßgeblich beteiligt daran waren der Abbau der Roggenintervention der EU und die extremen Witterungsverhältnisse im letzten Sommer und Winter.

Ernteverluste gab es bei allen Getreidearten; am größten waren sie, bezogen auf die Hektarerträge bei Hafer, Wintergerste und Triticale.

Ein Drittel Ertragsrückgang

Von Brandenburgs Feldern wurden in diesem Jahr nach gegenwärtigem Stand 1,62 Millionen Tonnen Getreide geerntet ¹⁾. Das ergibt sich als amtliches Ergebnis aus den Ertragsmessungen der „Besonderen Erntermittlung“ (BEE), die nach bundeseinheitlichem Verfahren für Winterweizen, Roggen, Winter- und Sommergerste, Hafer und Triticale in ausgewählten landwirtschaftlichen Betrieben Brandenburgs durchgeführt wurde. Die Betriebe wurden nach einem mathematisch-statistischen Stichprobenverfahren zu Jahresbeginn ausgewählt. Ergänzt wurden die BEE-Ergebnisse durch Ertragsschätzungen ebenfalls repräsentativ ausgewählter Betriebe in Brandenburg für die Getreidearten Sommerweizen sowie Winter- und Sommergetreide.

Getreideernte 1991 – 2003		
Jahr	Getreide	Entwicklung zum Vorjahr
	1 000 Tonnen	Prozent
1991	2 077,0	- 3,9
1992	1 311,5	- 36,9
1993	1 622,7	+ 23,7
1994	1 811,4	+ 11,6
1995	2 468,0	+ 36,2
1996	2 103,6	- 14,8
1997	2 477,7	+ 17,8
1998	2 537,3	+ 2,4
1999	2 789,0	+ 9,9
2000	2 345,9	- 15,9
2001	3 225,1	+ 37,5
2002	2 609,9	- 19,1
2003 ²⁾	1 623,3	- 37,8

Im Vorjahr wurden in Brandenburg noch 2,61 Millionen Tonnen Getreide geerntet. Damit fiel die Erntemenge im Jahr 2003 um mehr als ein Drittel geringer aus. Es ist die drittkleinste Getreideernte seit 1991.

Maßgeblich dafür waren drei Faktoren:

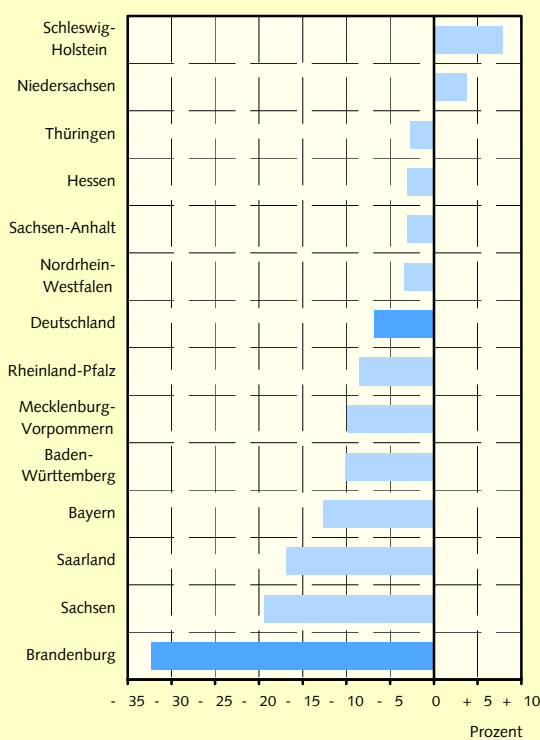
- ❑ Mit der Herbstbestellung wurde bereits im Vorjahr die Getreideanbaufläche erheblich verringert. Sie sank um 8 Prozent von rund 550 000 Hektar (2002) auf nur noch rund 506 000 Hektar in diesem Jahr. Grund dafür war hauptsächlich der Abbau der Roggenintervention durch die EU. Das wirkte sich in Brandenburg, dem bisher größten Roggenanbauer Deutschlands, am deutlichsten aus. Der Roggenanbau in Brandenburg wurde drastisch reduziert (von 231 000 auf 170 000 Hektar). Aufgrund der Boden- und Klimaverhältnisse Brandenburgs war ein Ausweichen auf andere Getreidearten nur begrenzt möglich. Dieser Faktor war in seinen Auswirkungen zwar nicht nur auf Brandenburg begrenzt, wirkte sich hier jedoch besonders gravierend aus. Wie schon erwähnt, verringerte sich 2003 in Brandenburg binnen eines Jahres die Getreideanbaufläche um 8,1 Prozent, in Deutschland (ohne Brandenburg) dagegen nur um 1,8 Prozent (vorläufige Ergebnisse).
- ❑ Durch den strengen und langanhaltenden Winter 2002/2003 waren die Auswinterungsschäden beim Wintergetreide so hoch wie lange nicht. Auf 13 708 Hektar, das waren 3 Prozent der Herbstaussaatfläche, konnte nur noch der Totalausfall festgestellt werden. Höhere Schäden waren zuletzt im Winter 1995/1996 zu verzeichnen. Besonders betroffen war dabei die Wintergerste, bei der mehr als 10 Prozent der Herbstaussaatfläche umgebrochen werden musste.
- ❑ Des Weiteren hat die von Mai bis Juli anhaltende Dürreperiode die Ertragsaussichten radikal weiter reduziert. Im Landesmittel entspricht das Ergebnis einem

1) Hier und im folgenden wird Getreide insgesamt immer ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix (CCM) verstanden.

2) Vorläufiges Ergebnis

Ertrag von 32,1 Dezitonnen Getreide je Hektar. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt (1997 bis 2002) von 48,9 Dezitonnen je Hektar und dem auch schon leicht unterdurchschnittlichen Ertrag des Vorjahres von 47,4 Dezitonnen je Hektar bedeutet das einen Ertragsrückgang um rund ein Drittel. Auch dieser Faktor hatte in Brandenburg besonders katastrophale Folgen. Anhand einer Gruppierung der Bundesländer nach der Entwicklung des Hektarertrages bei Getreide gegenüber dem Vorjahr weist Brandenburg den höchsten Verlust aus.

Entwicklung des Hektarertrages bei Getreide 2003 gegenüber 2002 nach Bundesländern



Hektarerträge zurückgegangen

Brandenburgs Getreideerträge liegen wegen der im Vergleich zu den anderen Bundesländern ungünstigeren natürlichen Bedingungen ohnehin niedriger als die Erträge aller anderen Bundesländer. Sie betragen im langjährigen Durchschnitt nur rund 70 bis 75 Prozent des deutschen Durchschnittsniveaus. 2003 erreichte Brandenburg aber nur noch 57 Prozent des deutschen Ertragsniveaus. Damit ist Brandenburg wieder auf den Stand des Dürrejahres 1992 zurückgefallen.

Betroffen von diesen erheblichen Rückgängen im Ertragsniveau sind alle Getreidearten. Für die im Anbau wichtigsten sollen hier die Angaben genannt werden.

Getreide – Hektarerträge 2003

Getreideart	2003	Langjähriges Mittel 1997 – 2002	Abweichung zum langjährigen Mittel
	Dezitonnen		Prozent
Hafer	20,9	37,5	- 44,3
Wintergerste	31,2	54,2	- 42,4
Triticale	30,2	50,5	- 40,2
Sommergerste	23,4	38,5	- 39,2
Winterweizen	39,7	60,0	- 33,8
Roggen	29,5	43,4	- 32,0

Bei dem im Anbau immer noch dominierenden **Roggen** (170 400 Hektar) wurde mit 29,5 Dezitonnen je Hektar ein Ertrag erreicht, der nach der Wende nur im Dürrejahr 1992 (23,7 Dezitonnen je Hektar) noch niedriger lag. Daraus resultierte in Verbindung mit dem bereits erwähnten radikalen Rückgang der Anbaufläche eine Gesamterntemenge von 502 600 Tonnen Roggen. 2002 waren es noch 945 600 Tonnen, 2001 sogar 1,35 Millionen Tonnen.

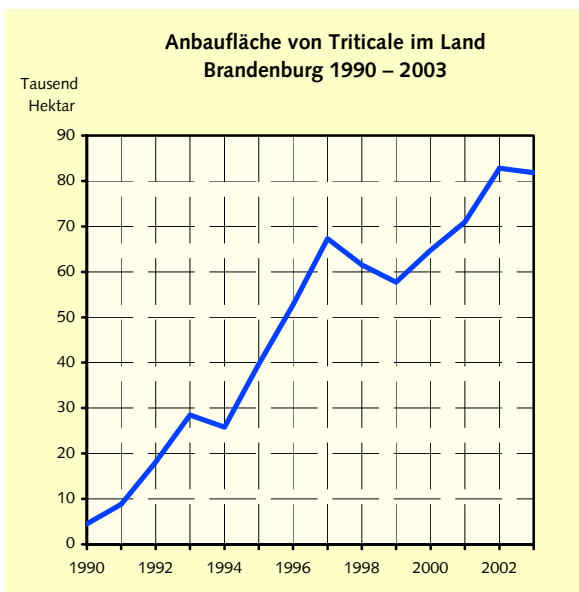
Brandenburg hatte im Jahr 1999 Niedersachsen als größten Roggenproduzenten Deutschlands überholt und seither diese Position behauptet. Das Ergebnis dieses Jahres bedeutet, dass Brandenburg wieder den zweiten Platz einnimmt. Beide Länder zusammen produzierten in den letzten drei Jahren rund 48 Prozent der deutschen Roggenernte. Diesen Anteil haben sie in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten ständig erhöht. Anfang der 90-er Jahre betrug er erst etwa 40 Prozent. Mit erheblichem Abstand folgen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt als drittgrößte Produzenten mit einem Anteil von jeweils 10 bis 12 Prozent der deutschen Roggenernte.

Für den im Anbau an zweiter Stelle rangierenden **Winterweizen** (138 100 Hektar) stellt sich die Situation im Hinblick auf das Ertragsniveau ähnlich wie beim Roggen dar; 2003 wurde ein Ertrag von 39,7 Dezitonnen je Hektar erreicht. Sein Ertrag lag in den letzten zehn Jahren stets über 50 Dezitonnen je Hektar, teilweise sogar über 60 Dezitonnen je Hektar (1995, 1998, 1999 und 2001). Nur 1992 wurde mit 36,3 Dezitonnen je Hektar ein schlechteres Ergebnis erzielt.

Winterweizen ist im Gegensatz zum Roggen aber eine Getreideart, deren Anbauanteil zunimmt. Dies ist in erheblichem Maße neben der wachsenden Nachfrage auch auf den züchterischen Fortschritt zurückzuführen. Die Entwicklung von Sorten, die auch unter Brandenburgs Boden- und Klimaverhältnissen ansprechende Erträge und Qualitäten liefern, hat dazu beigetragen.

Lag bis 1999 die Anbaufläche von Winterweizen stets in einem Bereich von 90 000 bis 110 000 Hektar, so wurde in den Folgejahren die Fläche kontinuierlich bis auf jetzt 138 100 Hektar vergrößert. Trotz dieser erweiterten Anbaufläche hat der geringe Hektarertrag dazu geführt, dass die Erntemenge von Winterweizen nur 548 000 Tonnen betrug. Diese Erntemenge wurde zuletzt 1996 mit 535 100 Tonnen unterboten. Damals wuchs Winterweizen aber auf einer um fast 50 000 Hektar kleineren Fläche.

An dritter Stelle im Anbau steht inzwischen **Triticale**, eine künstlich geschaffene Getreideart als Kreuzung aus Weizen (lat. *Triticum*) und Roggen (lat. *Secale*). Triticale wird fast ausschließlich für Futterzwecke verwendet. Der Anbau von Triticale wurde seit 1990 in erheblichem Umfang ausgedehnt. Wuchs diese Getreideart 1990 erst auf 4 500 Hektar in Brandenburg, so betrug die Anbaufläche 2003 bereits 81 800 Hektar.



Triticale erbrachte in den letzten zehn Jahren relativ stabil Hektarerträge von über 45 Dezitonnen je Hektar; teilweise sogar von 50 Dezitonnen je Hektar und mehr (1995, 1998, 1999, 2001). Damit ist der in diesem Jahr zu verzeichnende Ertrag von 30,2 Dezitonnen je Hektar ein erheblicher Verlust. Er liegt um über 40 Prozent unter dem langjährigen Mittel (1997-2002).

Bei der **Wintergerste** (66 500 Hektar) betrug der Hektarertrag 31,2 Dezitonnen je Hektar. Ein ähnlich geringes Niveau war zuletzt 1996 mit 31,9 Dezitonnen je Hektar zu verzeichnen. Wintergerste hat wie Roggen an Bedeutung im brandenburgischen Getreideanbau verloren. In der ersten Hälfte der 90-er Jahre wurde sie noch auf über 90 000 Hektar angebaut; danach bis einschließlich 2001 waren es

70 000 bis 75 000 Hektar. In den beiden letzten Jahren betrug ihre Anbaufläche nur noch 66 000 bis 68 000 Hektar. Die schrumpfende Anbaufläche und der aus den genannten Gründen geringe Hektarertrag hatten zur Folge, dass in diesem Jahr mit 207 300 Tonnen die nach 1996 (174 600 Tonnen) zweitkleinste Erntemenge bei Wintergerste erzielt wurde.

Alle **weiteren Getreidearten** (Hafer, Sommergerste, Sommerweizen sowie Winter- und Sommermenggetreide) haben mit einer Anbaufläche von insgesamt rund 49 200 Hektar einen Anteil von weniger als 10 Prozent (9,7 Prozent) am Getreideanbau Brandenburgs insgesamt. Aber auch für diese Getreidearten stellt sich die Situation so wie bei den hier im Einzelnen analysierten Arten dar.

Fazit

Das Jahr 2003 stellt damit für Brandenburgs Getreidebauern eines der schlechtesten in der langjährigen Skala dar. Die geringen Erträge bedeuten für eine Vielzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Anbetracht der meist geringen Kapitaldecke erhebliche Belastungen für die weitere wirtschaftliche Tätigkeit. Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtrösten, dass die Getreideernte 2003 entgegen allen anfänglichen Befürchtungen eine gute, teilweise sogar sehr gute Qualität aufwies. Die aufgrund der geringen Erntemengen und der guten Qualitäten gestiegenen Getreidepreise gleichen den Erlösausfall insgesamt nicht aus. Hinzu kommt, dass diese gestiegenen Preise bei den viehhaltenden Betrieben über den Futterzukauf wiederum zu neuen Belastungen führen.

Von den Auswirkungen der Ertragsausfälle sind alle Regionen des Landes betroffen, allerdings in unterschiedlichem Maße. Besonders gravierend traten sie in den südöstlichen Landkreisen Brandenburgs auf, während im Norden des Landes im Vergleich dazu die Ausfallraten nicht derart extrem waren.

Die hier dargestellten Ergebnisse stellen im Hinblick auf die genannten Hektarerträge der einzelnen Getreidearten bereits endgültige Ergebnisse dar. Endgültige Aussagen über die Erntemengen und zusammengefassten Hektarerträge für Getreide sind erst nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse zu den Anbauflächen möglich. Die Aufbereitung der Daten zu den Anbauflächen für das Jahr 2003 sind derzeit noch nicht abgeschlossen, da die Bodennutzungshaupterhebung 2003 im Rahmen der diesjährig sehr umfangreichen Agrarstrukturerhebung durchgeführt wurde.

Uwe Seeger 

Ergebnisse der Viehbestandserhebung im Mai 2003

Die Entwicklung der Viehbestände im Land Brandenburg war durch unterschiedliche Tendenzen bei den einzelnen Tierarten und Nutzungsrichtungen gekennzeichnet. Im Verlaufe der vergangenen vier Jahre erhöhte sich der Bestand an Geflügel und Schweinen. Rückläufig war dagegen die Rinder- und Schafhaltung. In den zurückliegenden Jahren war eine zunehmende Spezialisierung der Betriebe nach einzelnen Produktionsrichtungen festzustellen. Die Konzentration der Tierbestände auf weniger Betriebe nahm zu.

Vorbemerkungen

Erhebungen über die Viehbestände haben in der Agrarstatistik eine besondere Bedeutung. Die Ergebnisse bilden eine wesentliche Grundlage für agrarpolitische Entscheidungen. Sie dienen der Beurteilung der gegenwärtigen und zukünftigen Versorgung des Marktes mit Fleisch, Milch und Eiern sowie der voraussichtlichen Preisentwicklung. Diese Informationen unterrichten auch den auskunftspflichtigen Tierhalter. Viehbestandserhebungen geben Aufschluss über die Anzahl der Viehhaltungen, den Umfang der Tierhaltung nach Regionen, Tierarten, Alter, Geschlecht und Nutzungszweck sowie deren wirtschaftliche und jahreszeitlich bedingte Bestandsentwicklung.

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Viehbestände ist das Agrarstatistikgesetz. Für den Nachweis der Rinder-, Schweine- und Schafbestände sind außerdem Rechtsvorschriften der Europäischen Union verbindlich.

Nach den Bestimmungen des Agrarstatistikgesetzes werden jeweils am 3. Mai und 3. November jedes Jahres Viehbestandserhebungen durchgeführt. Im Mai werden jährlich Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen sowie zweijährlich für Pferde und Geflügel erfragt. Im November werden Rinder- und Schweinebestände nachgewiesen. Die Bestandserhebungen im Mai werden in ungeraden Jahren (2001, 2003, danach 2007) allgemein durchgeführt. Alle übrigen Erhebungen sind repräsentativ. Der Erhebungsbereich über die Viehhaltung bezieht sich seit 1999 auf landwirtschaftliche Betriebe.

Die nachfolgend verwendeten Ergebnisse für das Jahr 2003 sind vorläufig.

Ergebnisse

Die im Mai 2003 durchgeführte Erhebung der Viehbestände widerspiegelt unterschiedliche Tendenzen in den einzelnen Haltungs- und Produktionszweigen. Ursachen sind hauptsächlich die Absatzmöglichkeiten, Quotierungen, Erzeugerpreise und die Bereitstellung von Fördermitteln.

teln. Beeinflusst wird die Tierbestandsentwicklung durch das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und der damit veränderten Verbrauchernachfrage sowie durch eine artgerechte Tierhaltung.

In den letzten Jahren war eine zunehmende Spezialisierung der Betriebe nach einzelnen Produktionsrichtungen und eine verstärkte Konzentration der Tierhaltung auf weniger Betriebe festzustellen. Besonders deutlich wurde das in der Geflügelhaltung.

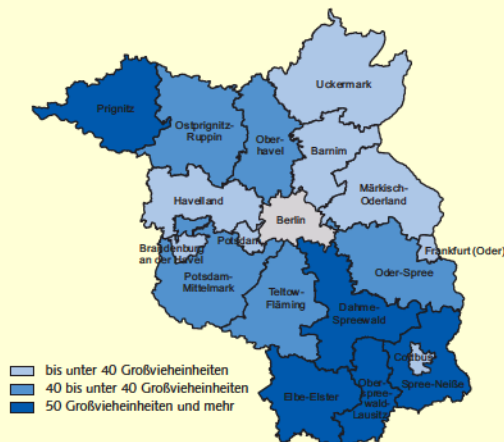
Viehbestände am 03. Mai 1999 – 2003

Merkmal	1999	2000	2001	2002	2003
	1 000				
Rinder	687	664	649	623	609
darunter					
Milchkühe	206	197	190	182	181
Ammen- und Mutterkühe	98	101	101	96	91
Schweine	753	741	733	756	769
darunter Zuchtsauen	101	94	100	101	102
Schafe	167	169	156	149	140
Geflügel	6 921	. 7 453	. 8 272		
darunter					
Legehennen	2 823	. 2 802	. 2 665		
Masthühner	2 421	. 2 667	. 3 295		
Enten	885	. 963	. 866		
Truthühner	354	. 436	. 864		
Pferde	18	. 18	. 17		

Das Land Brandenburg gehört zu den viehärmsten Regionen Deutschlands. Je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche werden 47 Großvieheinheiten gehalten. Das liegt erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 85 Großvieheinheiten (2001).

Im Nordosten Brandenburgs gibt es einen geringeren Viehbesatz je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche als in den übrigen Regionen.

Viehbesatz in Großvieheinheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 2003



Rinderhaltung

Die Rinderhaltung ist auch im Land Brandenburg der dominierende Zweig der Viehwirtschaft. Der im Mai 2003 ermittelte Bestand von 609 000 Rindern entsprach einem Anteil an Deutschland von 4,5 Prozent. Der Rinderbestand verminderte sich in den letzten Jahren ständig und bedeutete den Tiefstand der vergangenen 50 Jahre. Bei der Mehrzahl der Bestandskategorien war ein Bestandsabbau festzustellen.

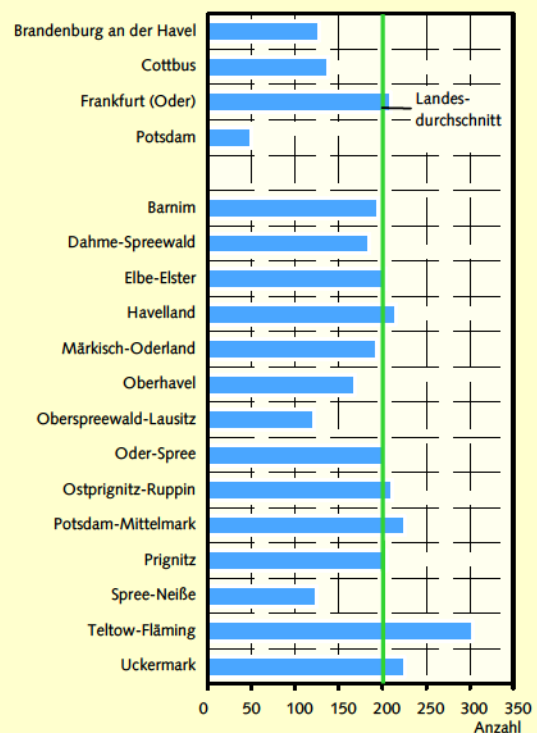
Entwicklung ausgewählter Rinderkategorien

Merkmal	Bestand 3.5.2003	Veränderung 3.5.2003 gegenüber	
		3.5.1999	3.5.2001
	1 000	Prozent	
Kälber	99	- 9,9	- 7,8
Mastrinder	72	- 13,6	- 4,9
Weibliche Jungrinder zur Zucht ab 1 Jahr	119	- 12,1	- 4,7
Milchkühe	181	- 12,4	- 4,6
Ammen- und Mutter- kühe	91	- 7,3	- 9,3

Im Verlaufe der letzten beiden Jahre verminderte sich der Rinderbestand in der Mehrzahl der Landkreise. Besonders hoch war der Bestandsabbau in den Landkreisen Märkisch-Oderland, Ostprignitz-Ruppin und Dahme-Spree-wald. Durchschnittlich wurden je Betrieb 198 Rinder gehalten. Die Schwankungsbreite zeigt nachfolgende gra-fische Darstellung.

Die regionale Entwicklung des Milchkuhbestandes wurde entscheidend von der Kontingentierung des Umfangs der Milcherzeugung beeinflusst. Durch die weitere Leistungs-steigerung waren in 16 Verwaltungsbezirken Bestands-vermindierungen festzustellen. Besonders hoch war der Rückgang im Verlaufe der vergangenen beiden Jahre in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) und in den Landkrei-sen Oberspreewald-Lausitz und Barnim. Dabei war festzu-stellen, dass viele Milchviehalter diesen Betriebszweig aufgaben und sich der Durchschnittsbestand je Halter er-höhte. 893 Betriebe befassten sich noch mit der Milcher-zeugung. Vor vier Jahren waren es noch 1 106 Betriebe; vor zwei Jahren 969. Der Durchschnittsbestand je Halter schwankte von 331 Milchkühen im Landkreis Teltow-Fläming bis 154 in der Prignitz.

Rinder je Rinderhalter 2003 nach Verwaltungsbezirken



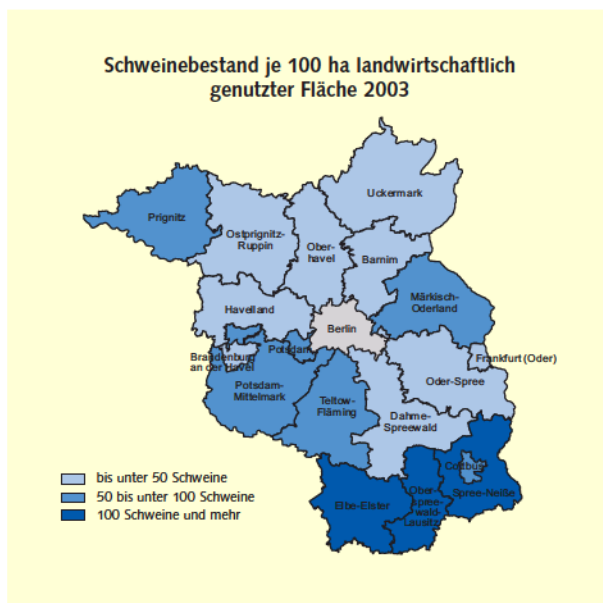
Der Landkreis Prignitz hielt wie auch in den Vorjahren den höchsten Milchkuhbestand aller brandenburgischen Land-kreise. 13,1 Prozent des Landesbestandes befanden sich in diesem Landkreis.

Die Ammen- und Mutterkuhhaltung entwickelte sich in den vergangenen Jahren auf dem durch die Prämienrechte vorgegebenen Niveau. Brandenburg hat bei dieser Form der Rindernutzung den höchsten Bestand (13,7 Prozent)

aller deutschen Länder. Ein Drittel aller Kühe Brandenburgs waren Ammen- und Mutterkühe. Durch den hohen Anteil von Grünlandflächen konzentrierte sich die Haltung von Ammen- und Mutterkühen in den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin, Prignitz, Potsdam-Mittelmark und Uckermark. 1 819 Betriebe hielten Ammen- und Mutterkühe.

Schweinehaltung

Der Schweinebestand Brandenburgs hat einen Anteil von 2,9 Prozent an Deutschland und 21 Prozent der neuen Bundesländer. Brandenburg ist nach Sachsen-Anhalt das Land mit den meisten Schweinen im Osten Deutschlands. Die regionale Verteilung des Schweinebestandes zeigt innerhalb Brandenburgs ein starkes Nord-Süd-Gefälle. In den Landkreisen Elbe-Elster, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz werden je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche etwa doppelt so viele Schweine wie in den übrigen Landkreisen gehalten. In den kreisfreien Städten bestimmt nur noch der private Verbrauch den Umfang der Schweinehaltung.



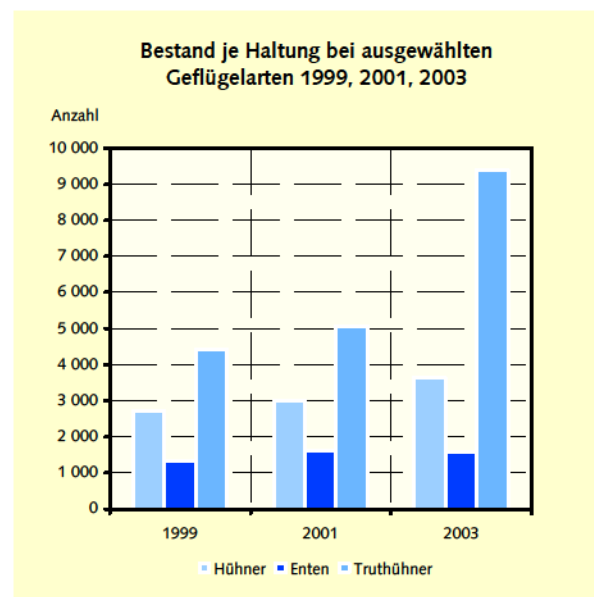
Schafhaltung

Der Schafbestand war 2003 niedriger als in den vergangenen Jahren. Der Rückgang zum Vorjahr betrug 10,6 Prozent. Der Bestandsabbau erfolgte vor allem bei den Mutterschafen und Lämmern. Die Mutterschafhaltung nahm einen Anteil von 70,4 Prozent des Schafbestandes ein. Die Schafhaltung konzentrierte sich in den Landkreisen Märkisch-Oderland (16,3 Prozent), Ostprignitz-Ruppin (11,1 Prozent), Prignitz (10,1 Prozent), Uckermark (9,6 Prozent)

und Oder-Spree (9,4 Prozent). Die durchschnittliche Bestandsgröße verringerte sich auf 199 Schafe. Einige größere Schafhaltungen gaben diesen Betriebszweig auf. Größere Schafherden gab es in den Landkreisen Märkisch-Oderland, Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz.

Geflügelhaltung

Die Geflügelhaltung gehört in Brandenburg zu den Wachstumsbereichen. Die einzelnen Regionen des Landes sind unterschiedlich an der positiven Entwicklung einzelner Branchen beteiligt. Der Umfang bei den einzelnen Arten wird von wenigen leistungsstarken Betrieben bestimmt. Durchschnittlich wurden 3 660 Hühner, 1 578 Enten und 9 392 Trethühner je Bestand ermittelt.



Charakteristisch für die Hühnerhaltung ist der hohe Grad der Spezialisierung. In weniger als einem Prozent der hühnerhaltenden Betriebe konzentrieren sich über neun Zehntel aller Hühner. Acht Legehennenhalter und 20 Masthühnerhalter haben jeweils mehr als 10 000 Tiere im Bestand. Etwa die Hälfte aller Legehennenhalter nutzt die Tiere nur zur Eigenversorgung. Im Land Brandenburg gibt es 1 727 Betriebe mit Legehennen und 421 Betriebe mit Masthühnern.


In Brandenburg konzentriert sich die Entenhaltung Deutschlands. Mitte des Jahres 2001 betrug der Anteil 44 Prozent. Nach der Bestandsermittlung vom 3. Mai 2003 wurden 866 000 Enten nachgewiesen. Das ist der bisher zweithöchste Bestand in Brandenburg. Die Entenhaltung dominiert in den östlichen Landesteilen. Traditionsgemäß gibt es im Oderbruch die Mehrzahl der Enten. Über die

Hälfte der Enten in Brandenburg werden in Landwirtschaftsbetriebe des Landkreises Märkisch-Oderland gehalten. Danach folgt die Uckermark mit etwa einem Viertel am Landesergebnis. Außerdem befinden sich größere Entenhaltungen in den Landkreisen Oder-Spree und Barnim. Es gibt 549 Entenhalter in Brandenburg. 27 Betriebe halten jeweils mehr als 10 000 Enten in ihren Ställen.

Die Haltung von Truthühnern wurde durch die vermehrte Nachfrage nach fettarmem Fleisch stark erweitert. Mitte des Jahres 2003 wurden 864 000 Tiere nachgewiesen. Das

waren etwa doppelt so viel wie vor zwei Jahren. Im Vergleich zu 2001 beträgt der Bestandszuwachs 98,2 Prozent. Größere Bestände gibt es in den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin (278 000), Prignitz (226 000) und Märkisch-Oderland (178 000).

Die Truthühnerhaltung wird von 92 Landwirtschaftsbetrieben ausgeübt. Durchschnittlich wurden 9 392 Trutzhühner je Halter nachgewiesen.

Heinrich Strodtmann 

CD-ROM "Statistik regional 2003" erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat die neue CD-ROM „Statistik regional“ Ausgabe 2003 herausgegeben. Diese Ausgabe liegt auch in englischer Sprache vor.

"Statistik regional" ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank. Die CD-ROM bietet die Möglichkeit, vergleichbare wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für Landkreise und kreisfreie Städte, ggf. Regierungsbezirke, Länder und das Bundesgebiet zu recherchieren und zu spezifischen Tabellen zusammenzustellen.

Der Datenabruf ist einfach und schnell handhabbar. Die recherchierten Ergebnisse können im Text- oder EXCEL-Format gespeichert und weiterverarbeitet werden. Die CD-ROM "Statistik regional" enthält die Datenbank mit der zum Betrieb erforderlichen Software sowie eine Übersichtskarte mit der administrativen Gliederung Deutschlands als PDF-Datei. Systemvoraussetzung sind die Betriebssysteme ab Windows 95 oder Windows NT 4.0.

"Statistik regional" wird jährlich aktualisiert und fortgeschrieben. Die derzeit lieferbare Ausgabe 2003 enthält die Daten für die Berichtszeiträume 1995 bis 2001.

Die CD-ROM Statistik regional 2003 kostet als Einzelplatzversion 148 EUR einschließlich Versandkosten. Ihr liegt ein Gutschein bei, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Preisnachlass von 50 Prozent gewährt wird.

Im Statistikportal der statistischen Ämter unter www.regionalstatistik.de sind die Daten der CD-ROM ebenfalls recherchierbar.

Bestellungen richten Sie bitte an den:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Amtliche Energiestatistik neu geregelt

Am 1. Januar 2003 ist das Energiestatistikgesetz (EnStatG)¹⁾ nach langer Vorbereitungszeit in Kraft getreten. Mit diesem neuen Gesetz werden die amtlichen Energiestatistiken aus verschiedenen Rechtsgrundlagen zusammengeführt und an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer angepasst, wobei künftig auch für die Bereiche Wärmemarkt, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energieträger Statistikdaten bereitgestellt werden. Neu geregelt wird außerdem die Befragung über den Energieeinsatz in der Industrie, was zu einer deutlichen Entlastung gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) führen wird. Somit wird auch der Vorgabe der Politik nach Entlastung der Auskunftsgewebenden und nach Kostenneutralität der amtlichen Statistik Rechnung getragen. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes wird darüber hinaus eine Empfehlung des Statistischen Beirates zur Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Der nachfolgende Beitrag beleuchtet den energiepolitischen Hintergrund und informiert über die Ausgestaltung des neuen Gesetzes.

1 Ausgangssituation

„Wirtschaft ohne Energie geht schon rein physikalisch nicht“, sagte der – zu dieser Zeit noch designierte – Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) Wolfgang Clement²⁾ zu Beginn der neuen Legislaturperiode und wies damit sogleich auf die besondere Bedeutung der Energiewirtschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse hin. Der Energiesektor ist ohne Frage wichtiger Bestandteil einer Volkswirtschaft. Zentrale energiepolitische Aufgabe ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung, die eine gleichermaßen sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiebereitstellung und -nutzung gewährleistet. Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung sind die zuständigen politischen Institutionen in Bund und Ländern auf verlässliche statistische Informationen angewiesen. Informationen über die Energieversorgung sind ebenfalls wichtige Orientierungsgrößen für andere Politikbereiche, wie zum Beispiel für die Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Finanzpolitik.

Das in Deutschland vorhandene energiestatistische Datenangebot genügte allerdings nicht mehr den Anforderungen, die sich aus der umfassenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Energiesektors ergeben. In den zurückliegenden Jahrzehnten existierte keine amtliche Energiestatistik, die eine zusammenhängende Darstellung des Aufkommens, der Umwandlung und der Verwendung von Energieträgern ermöglichte. Stattdessen gab es eine Reihe von Einzelgesetzen, die mittelbar oder unmittelbar energierelevante Tatbestände berührten.

Die bislang wichtigste Rechtsgrundlage zur Erhebung energiestatistischer Daten war das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002. Dieses Gesetz bildete bis Ende letzten Jahres die Rechtsgrundlage für Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Außerdem enthielt es Regelungen für die Erhebung von Brennstoffen sowie von Elektrizität bei Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes. Weitere Statistiken mit Energiebezug waren bzw. sind im Rohstoffstatistikgesetz, im Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe, im Mineralölgatengesetz sowie im Außenhandelsstatistikgesetz geregelt.

Die Zersplitterung der energiestatistischen Rechtsgrundlagen war von erheblichem Nachteil für die statistische Aufbereitung und Interpretation von Energiedaten. So erforderte eine Gesamtdarstellung des Energieflusses einen erheblichen Aufwand für die Auswertung der verschiedenen Einzelstatistiken, deren Erhebungsmerkmale bisher nicht genügend aufeinander abgestimmt waren. Wichtige Teilbereiche der Energieversorgung wurden außerdem durch die bisherige Energiestatistik nur unzureichend erfasst. Dies galt beispielsweise für die Kraft-Wärme-Kopplung, für die Nutzung erneuerbarer Energieträger, wie Sonne und Wind, sowie für zentrale Verwendungsbereiche, wie Haushalte und Kleinverbraucher.

1) Gesetz zur Neuregelung der Energiestatistik und zur Änderung des Statistikregistergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 2002, Artikel 1 „Gesetz über Energiestatistik (Energiestatistikgesetz – EnStatG)“ (BGBl. I S. 2867).

2) Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 2002

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe Ende der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts hat der Bedarf an Daten über die Energieerzeugung und -verwendung in inter- und supranationalen Organisationen, wie der Internationalen Energie-Agentur (IEA), dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) oder der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), erheblich zugenommen. Diesen Verpflichtungen konnte die Bundesregierung nur mit Einschränkungen gerecht werden. Eine bereits im Jahr 1992 für das Bundesministerium für Wirtschaft durchgeführte Bestandsaufnahme der Energiestatistik in der Bundesrepublik Deutschland durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam zu dem Ergebnis, dass „angesichts des in vielen energierelevanten Bereichen konstatierten erheblichen Informationsdefizits ein Handlungsbedarf zur Verbesserung der Datenbasis offenkundig ist“³⁾. Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Energiefragen war eine Umsetzung dieses Handlungsbedarfs dringend geboten. Diese Einschätzung wurde auch im jüngsten Energiebericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bestätigt.⁴⁾

Auch im Hinblick auf die international eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Berichterstattung hierüber war der bisherige Zustand unbefriedigend. Die Berechnung der Emissionsentwicklung beim mengenmäßig bedeutendsten Klimagas – dem Kohlendioxid – kann nur auf der Basis von Energieeinsatzmengen vorgenommen werden. Eine möglichst vollständige und ausreichend detaillierte Erfassung der in den einzelnen Verwendungsbereichen eingesetzten Energieträger ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine sachgerechte Politik zum Schutz der Erdatmosphäre. Auch dies machte eine gegenüber dem bisherigen Zustand erhebliche Verbesserung der energiestatistischen Datenbasis notwendig.

Schließlich haben sich die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft, insbesondere für die leitungsgebundene Energieversorgung, in den letzten Jahren grundlegend verändert. Durch die Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte wurde ein Umbruch der Marktstrukturen in Gang gesetzt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Auf der Angebotsseite werden nach wie vor Unternehmen entflochten, neue Anbieter treten hinzu und veränderte Produktformen werden auf dem Markt angeboten. Auf der Konsumentenseite bilden sich neue Formen der Organisation von Nachfrage (als Stichworte seien genannt: Bündel- und Kettenkunden,

Contracting usw.). Die Erfassungsmöglichkeiten der amtlichen Statistik waren auf diese veränderten Marktbedingungen nicht ausgerichtet. Hier bestand dringender Anpassungsbedarf hinsichtlich der Formulierung adäquater Erhebungstatbestände und Erfassungsstufen.

Die Anforderungen der Energiepolitik an das energiestatistische Datenmaterial sind zudem vielfältig und gehen über die allgemein gültigen Kriterien wie Zuverlässigkeit, Objektivität und Aktualität hinaus. Dabei sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben, die sich aus konkreten energiepolitischen Aufgabenstellungen ergeben:

- Im Energiebereich kommt es in besonderem Maße auf die Vollständigkeit der Erhebung aller Komponenten an. Klammert man Teilmärkte aus, wird die Aussagefähigkeit einer Gesamtbetrachtung (üblicherweise in Form einer Energiebilanz) entscheidend verringert. Versorgungsanteile, Importabhängigkeiten, Energie-Einsparentwicklungen und die Zielerreichung im Zusammenhang mit der international eingegangenen Verpflichtung zur Reduktion der Klimagase können nur dann zuverlässig beurteilt werden, wenn die Versorgungsströme möglichst vollständig abgebildet werden. Dies ist auch notwendige Voraussetzung dafür, dass ein internationaler Handel mit Emissions-Zertifikaten eingeführt werden kann.
- Außerdem muss im Energiebereich besonderer Wert auf eine zeitnahe und mit möglichst kurzer Periodizität erfolgende Erhebung und Berichterstattung gelegt werden. Dies ergibt sich aus der zentralen Verantwortung der Energiepolitik für die Gewährleistung einer ausreichenden und sicheren Energieversorgung. Die Sicherstellung der Energieversorgung erfordert insbesondere bei nicht oder nur begrenzt speicherfähigen Energieträgern wie Elektrizität und Gas eine auf kurze Zeiträume bezogene Betrachtungsweise. Für die wesentlichen Versorgungsmerkmale sind deshalb monatliche Erhebungen und Aufbereitungen notwendig. Nur so können eine ausreichend genaue Beurteilung des Lastverlaufs der Energieversorgung vorgenommen und Vorsorge zur Vermeidung von Krisensituationen getroffen werden. Im Übrigen bestehen Anforderungen nach monatlicher Berichterstattung auch durch internationale statistische Behörden und Institutionen sowie aufgrund von Verpflichtungen im Rahmen supranationaler Krisenvorsorgesysteme.

Mit dem neuen Energiestatistikgesetz (EnStatG) wurde für die Energiepolitik ein energiestatistischer Rahmen geschaffen, der möglichst viele Energieträger und Verwendungsbereiche umfasst. Dabei wurde ein einheitliches Erhebungskonzept zugrunde gelegt und die Grundlage für eine Energiefachstatistik geschaffen. In dieses Konzept

3) Messer, R./Ziesing, H.-J.: „Aktueller und längerfristiger Bedarf an energiestatistischen Basisdaten“, Gutachten des DIW, Berlin 1992, S. 74.

4) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung (Energiebericht)“, Berlin 2001, S. 19 und 21

**Was ändert sich, was ist neu im Energiestatistikgesetz (EnStatG)?
Das Wichtigste auf einen Blick**

Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Periodi- zität	Berichtskreis EnStatG	Änderungen (+) neues Merkmal, (-) Merkmal entfällt
066K	Elektrizitätsversorgung (Kraftwerke)	m	maximal 1 000 Anlagen- betreiber	(+) Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
066N	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber)	m	maximal 1 000 Netzbetrei- ber	(-) 24-Stunden-Werte Netzbelastung
066Z	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber): Bezug von Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern	j	alle Netzbetreiber	(+) Zahl und Leistung der einspei- senden Anlagen
067	Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeiten- den Gewerbe	j	alle Eigenversorger	(+) KWK (-) 24-Stunden-Werte (-) verschiedene Leistungsarten
064	Fernwärmeversorgung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Wärme; Einsatz von Energieträgern zur Wärmeerzeugung	j	maximal 1 000 Betreiber	neue Erhebung
068, 069	Gasversorgung (Ferngasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Gas	m	maximal 100 Betreiber	(+) Ausfuhr nach Staaten
070	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas	m		Erhebung entfällt
072	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas	m		Erhebung entfällt
073	Abwasserbeseitigung (Kläranlagen, andere Abwasser- behandlungsanlagen): Gewinnung und Verwendung von Klärgas	j	maximal 6 000 Betreiber	(+) Abgabe von Klärgas nach Ländern (+) Abgabe von Elektrizität aus Klär- gas nach Ländern
074	Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe: Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen; Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung	j		Erhebung entfällt
075	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Abgabe von Flüssiggas	j	maximal 130 Unternehmen	(+) Erweiterung der Abnehmergrup- pen (+) Abgabe nach Ländern
075	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Abgabe von Flüssiggas			
061	Ein- und Ausfuhr von Kohle	m	alle Importeure/Expor- teure	neue Erhebung
062	Geothermie	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
063	Treibstoffe aus Biomasse	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
060	Bezug, Bestand, Verbrauch, Abgabe von Energieträgern (Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe)	j m/vj	maximal 60 000 Betriebe maximal 68 000 Betriebe	neue Erhebung (-) Erhebung entfällt
082	Gasversorgung (Fern- und Ortsgasunternehmen, Pro- duzenten, Kokereien): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas	j	alle Betreiber	(+) Bestand, Einsatz von Energieträ- gern zur Gaserzeugung (+) Ausfuhr nach Staaten (+) Transitmengen von Gas
083	Elektrizitätsversorgung (Anlagen-/Netzbetreiber): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Elektrizität	j	alle Betreiber	keine Änderung

wurden zunächst die bislang verstreut angeordneten Einzelstatistiken eingebracht. Hierzu war es notwendig, die Regelungen für diese Einzelstatistiken zu aktualisieren und vorhandene Lücken zu schließen. Gleichzeitig konnten

bestehende Überschneidungen eliminiert und der Erhebungsumfang und die Berichtskreise auf das sachlich notwendige Maß reduziert werden.⁵⁾ Außerdem wurden Er-

5) Siehe Angermann, O./Laux, G./Reimann, W.: „Überlegungen zur Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ in WiSta 8/1998, S. 640 ff.

hebungen für einige Energieträgerbereiche angeordnet, deren statistische Erfassung bisher noch nicht ausreichend geregelt war. Darüber hinaus berücksichtigt das neue Gesetz die Anforderungen an eine umfassende und aktuelle Berichterstattung im föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland durch entsprechende regionale Aufgliederungen bestimmter Merkmale. Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird auch eine Empfehlung des Statistischen Beirates nach Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Die tabellarische Übersicht zeigt die wesentlichen Änderungen auf einen Blick.

Angesichts des engen Haushaltsrahmens für die amtliche Statistik muss sich das Gesetz auf die Behandlung der dringenden Probleme der Energiestatistik konzentrieren. Um den Forderungen nach Entlastung und Kostenneutralität zu entsprechen, konnten zusätzliche Erhebungen nur in dem Umfang realisiert werden, in dem das bisherige Programm der Energiestatistik reduziert wurde. Die neu aufgenommenen Erhebungen für den Wärmemarkt, die Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energieträger und den Kohleaußenhandel stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rückführung einiger Erhebungen, beispielsweise der Statistik über die industrielle Energieverwendung. Hier sind im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen erhebliche Entlastungen von Berichtspflichtigen vorgesehen. Dies gilt insbesondere für die Betriebe und Unternehmen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes, bei denen auf die bisherige monatliche bzw. vierteljährliche Erhebung bei höchstens 68 000 Betrieben verzichtet wurde; hier findet nur noch eine jährliche Erfassung bei maximal 60 000 Betrieben statt. Befreit werden diese Betriebe auch von der Meldung zur jährlichen Statistik über die Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen. Ferner wurden die monatlichen Erhebungen über Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas ersatzlos gestrichen.

Aufgrund der genannten politischen Vorgaben, die bei der Schaffung neuer bzw. der Ausweitung bestehender amtlicher Statistiken zu berücksichtigen sind, kann das vorliegende Gesetz den eingangs dargestellten Datenbedarf leider nicht vollständig abdecken.

Der außerordentlich heterogene Verwendungsbereich der Kleinverbraucher (Gewerbe, Handel und Dienstleistungen), der Verbrauchssektor Haushalte sowie die Wärmeerzeugung aus Biomasse und Solarthermie mussten unberücksichtigt bleiben, da hierfür aus Kostensicht gegenwärtig keine realistischen Erhebungsmöglichkeiten im Rahmen der amtlichen Statistik gesehen werden. Es ist somit nicht möglich, den aus nationalen, europäischen und internationalen Berichtspflichten resultierenden Informationsbedarf allein auf der Basis des EnStatG zu decken. Deshalb sollen künftig regelmäßige Zusatzerhebungen außerhalb der amtlichen Statistik durchgeführt werden.

Ausgenommen bleibt im Rahmen dieses Gesetzes auch der Mineralölbereich, für den entsprechende Daten auf der Grundlage des Mineralöldatengesetzes⁶⁾ von 1988 erfasst werden. Eine Integration dieses Gesetzes in das Energiestatistikgesetz ist nicht sinnvoll, da das Mineralöldatengesetz vorrangig dem Verwaltungsvollzug dient.

2 Wesentliche Neuregelungen gegenüber den bisher geltenden Gesetzen

2.1 Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik im Rahmen des Energiestatistikgesetzes (§§ 3 und 4)

Mit der Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik wird insbesondere der sich aus den supranationalen⁷⁾ sowie nationalen Rahmenvorschriften⁸⁾ und Folgeregelungen ausgelösten Trennung der leitungsgebundenen Energieversorgung in die Bereiche Erzeugung, Übertragung und Verteilung bei Strom bzw. Gewinnung, Fernleitung, Speicherung, Verteilung und Versorgung bei Erdgas Rechnung getragen. Ferner wird die Erhebung in der Elektrizitätswirtschaft um den Bereich der energiepolitisch besonders bedeutsamen Kraft-Wärme-Kopplung erweitert. Angaben hierzu sowie über den zurechenbaren Brennstoffeinsatz waren bislang nur auf Basis grober Schätzungen möglich.

6) Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft (Mineralöldatengesetz – MinÖlDatG) vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2352), zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992).

7) Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, Amtsblatt der EG Nr. L 27 vom 30. Januar 1997, S. 20; Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, Amtsblatt der EG Nr. L 204 vom 21. Juli 1998, S. 1.

8) Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998, Artikel 1 „Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)“ (BGBl. I S. 730).

2.1.1 Erhebungen in der Elektrizitätswirtschaft

Die sichere und ausreichende Versorgung mit Elektrizität gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Industriegesellschaft. Die Elektrizitätswirtschaft unterliegt in Deutschland deshalb der Aufsicht des Staates im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Elektrizitätswirtschaft ist außerdem der zentrale Umwandlungsbereich innerhalb der Energiewirtschaft und als solcher auch ein wichtiger Energieverwendungsbereich. Mehr als ein Drittel des Primärenergieverbrauchs entfällt auf den Elektrizitätssektor. Eine möglichst detaillierte, exakte und zeitnahe statistische Erhebung und Darstellung ist deshalb dringend geboten. Dies erfordern auch umfangreiche Berichtspflichten für Eurostat und internationale Organisationen wie die Internationale Energie-Agentur sowie für den grenzüberschreitenden elektrizitätswirtschaftlichen Zusammenschluss, der Union pour la Coordination du Transport de l' Electricité (UCTE), in dessen Verbund die deutsche Elektrizitätswirtschaft eingegliedert ist.

Wie bisher sind in diesem Bereich monatliche und jährliche Erhebungen vorgesehen. Die monatliche Erhebung ermöglicht eine zeitnahe Darstellung der wichtigsten elektrizitätswirtschaftlichen Tatbestände. Um die Unternehmen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung zu entlasten, wird die bisherige monatliche Totalerhebung auf eine Teilerhebung bei höchstens 1 000 Betreibern von Anlagen begrenzt. Erfasst werden sowohl Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung als auch Anlagen zur Übertragung und/oder Verteilung von Elektrizität. Diese Angaben sind für die nationale Strombilanz erforderlich und geben zudem Auskunft über die Effizienz des Erzeugungsprozesses. Sofern das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (jetzt: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) von seiner in § 13 EnStatG vorgesehenen Ermächtigung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Erfassung der Daten bei Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität ab 1 Megawatt. Bei Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität ist eine solche Abschneidegrenze technisch nicht sinnvoll.

Im Rahmen der Erhebung bei den Betreibern von Anlagen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung geht es bei den Merkmalen Erzeugung, Einspeisung und Einfuhr darum, das Elektrizitätsangebot sowie die gekoppelte Wärmeerzeugung darzustellen. Zur Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung unter Berücksichtigung der Stromimport- und -exportmengen ist es erforderlich, Ein- und Ausfuhr nach Herkunfts- und Abnahmestaaten zu erfassen. Bei den Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wird zusätzlich die Abgabe der ausgekoppelten Wärme erfasst.

Die Merkmale Betriebs- und Eigenverbrauch, Pumparbeit und Entnahme von Elektrizität beschreiben die Verwendungsseite der erzeugten Strommengen. Von besonderer

Bedeutung für die Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung sind die Merkmale Engpassleistung, Höchstlast und Verfügbarkeit der Anlagen an einem Stichtag. Dieser Stichtag ist gemäß internationaler Vereinbarungen der dritte Mittwoch eines jeden Monats. Zusätzlich ist vorgesehen, dass von Betreibern von Kraftwerken für die allgemeine Versorgung zusätzlich die Belastung auch für jede Stunde innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden an einem Stichtag anzugeben ist. Die Erstellung der auf diese Weise gewonnenen Tages-Lastlinie ist erforderlich, um die Versorgungsbereitschaft der Kraftwerke beurteilen zu können. Die so erhobenen Angaben geben Auskunft über die relevanten Belastungskennziffern der Stromversorgung, die im Jahresverlauf starken Schwankungen unterliegen können. Auf die bisher üblichen, aber aufwändig zu ermittelnden 24-Stunden-Werte bei Netzbetreibern wird verzichtet. Dies stellt eine erhebliche Entlastung der Energieversorgungsunternehmen dar.

Das Merkmal Benutzungsstunden stellt eine für den Betrieb von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wichtige Information dar, auf deren Basis weitere relevante Kennzahlen über die Effizienz der Energieerzeugung berechnet werden können. Zur Beurteilung von Sicherheit und Effizienz der Stromversorgung sowie für die Komplettierung der Energiebilanz ist es auch notwendig, den Bezug, Bestand und Einsatz der Energieträger nach Arten für die Stromerzeugung zu erfassen. Von besonderer Bedeutung für die Erstellung der Energiebilanzen ist die Erfassung der Wärmegehalte der Energieträger.

Die jährliche Erhebung beschränkt sich auf wenige zusätzliche Merkmale, sodass Doppelbefragungen bei den Auskunftsgebenden ausgeschlossen sind. Das Merkmal Abgabe von Elektrizität nach inländischen Abnehmergruppen ermöglicht Aussagen zur Abnahmestruktur des Elektrizitätsunternehmens. Die Erfassung des Betriebsverbrauchs bei allen Betreibern von Anlagen dient der Vervollständigung der Mengenbilanz auf der Abgabeseite. Die Fragen nach dem Ausfuhrwert und den Erlösen ergänzen die technische Betrachtung um eine ökonomische Komponente. Die Angabe der Erlöse und der dazugehörigen Mengen ist außerdem Grundlage zur Festlegung der Konzessionsabgaben sowie unternehmensinterner Verrechnungspreise. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich Auskunft über den Wertefluss in der Elektrizitätswirtschaft sowie über deren volkswirtschaftlichen Stellenwert. Aufgrund der Deregulierung auf dem Strommarkt und der damit einhergehenden Veränderungen ist es notwendig, auch die neuen Marktteilnehmer einzubeziehen, sofern sie Letztverbraucher versorgen, aber kein eigenes Netz zur Versorgung betreiben. Die Angaben über die Abgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen, die Information über die Erlöse ist Grundlage für energiepolitische Entscheidungen.

dungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden.

Ferner ist wie bisher eine jährliche Erhebung bei Betreibern von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme in Koppelungsprozessen, die zur eigenen Versorgung bestimmt sind, vorgesehen. Bei den Auskunftgebenden handelt es sich in der Regel um Anlagenbetreiber im industriellen Bereich. Die Merkmale entsprechen mit Ausnahme der 24-Stunden-Werte denen der Monatserhebung bei Elektrizitätsunternehmen.

2.1.2 Erhebungen in der Gaswirtschaft

Eine genaue statistische Erfassung und Darstellung der Entwicklung in der Gaswirtschaft ist für eine an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientierte Energiepolitik unentbehrlich. Der Anteil des Gases am Primärenergieverbrauch liegt in Deutschland gegenwärtig bei über 20%, und alle Prognosen gehen davon aus, dass seine Bedeutung künftig noch zunehmen wird. Die Erhebungen nach § 4 EnStatG umfassen Angaben, die auch bisher schon von der amtlichen Statistik erfragt wurden. Die derzeitige Erhebungspraxis und die Erhebungsmerkmale werden nunmehr aber präziser formuliert und die Berichtskreise an die neue Entwicklung auf dem Gasmarkt angepasst. Außerdem wird zur Entlastung der Berichtspflichtigen die Zahl der monatlich zu Befragenden deutlich reduziert.

Die monatliche Erhebung wendet sich an höchstens 100 Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas. Sie werden über die Gewinnung und Erzeugung von Gas nach eingesetzten Energieträgern sowie den Bezug nach inländischen Liefergruppen und Einfuhr befragt. Diese Merkmale sind erforderlich, um das verfügbare Gasaufkommen im Inland darstellen und Aussagen über die Entwicklung von Importabhängigkeiten treffen zu können.

Die weitere Erfassung des Speichersaldos ist wichtig, um das Gasangebot darzustellen. Die Abgabe der Gasversorgungsunternehmen unterliegt im jahreszeitlichen Wechsel und je nach Konjunkturverlauf großen Schwankungen. Diesen starken Schwankungen bei der Gasabgabe stehen überwiegend kontinuierliche Bezüge gegenüber. Der saisonale Ausgleich erfolgt hauptsächlich mit Hilfe der Untertagespeicher. Die Erfassung des Betriebs- und Eigenverbrauchs und der Abgabe nach inländischen Abnehmergruppen und Ausfuhr geben Aufschluss über die Verwendung der verfügbaren inländischen Gasmenge. Diese Daten tragen dem zunehmenden Interesse an Informationen über den Ausbau einer gesicherten Gasversorgung und über die Änderung der Abnehmerstruktur auf deregulierten Gasmärkten Rechnung.

Die jährliche Erhebung befragt auch jene Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas, die nicht zur monatlichen Statistik melden. Außerdem ist aufgrund der Liberalisierung der Gasmärkte und der damit einhergehenden Veränderungen auch die Einbeziehung von neuen Marktteilnehmern, sofern sie Letztverbraucher versorgen und keine eigenen Anlagen zur Verteilung betreiben, erforderlich. Daher ist ein Teil der Merkmale identisch mit denen der Monatsmeldung. Doppelbefragungen sind allerdings ausgeschlossen. Darüber hinaus werden alle Betreiber zu den Merkmalen Bestand und Einsatz von Energieträgern für die Erzeugung von Gas sowie über Einfuhr und Ausfuhr, jeweils nach Staaten befragt. Allerdings bedarf es hier einer besonderen Differenzierung der Transitmengen, die von anderen Staaten für andere Staaten durch Deutschland geleitet werden. Dies ist erforderlich, um das tatsächlich verfügbare inländische Gasangebot abbilden und die Belastung der Leitungskapazitäten einschätzen zu können. Ferner ist die Abfrage der Gasabgabe nach Art der inländischen Endabnehmer und der daraus erzielten Erlöse vorgesehen. Diese Angaben sind wiederum eine Ergänzung des rein mengenmäßigen Gasflussbildes um eine ökonomische Komponente. Die Kenntnis der Erlöse ist außerdem Grundlage für Entscheidungen nach der Konzessionsabgabenverordnung und zur Bildung interner Verrechnungspreise. Die Angaben über die Gasabgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen, die Information über die Erlöse ist Grundlage von energiepolitischen Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich auch Auskunft über den Wertefluss in der Gaswirtschaft sowie über deren volkswirtschaftlichen Stellenwert.

Die Auswahl der Erhebungsmerkmale ist so gestaltet, dass den vielfältigen nationalen und internationalen Informationsverpflichtungen nachgekommen werden kann. Die Ergebnisse gewährleisten die Weiterführung der Gasstatistik in der Bilanzform und erlauben, die deutschen Berichtspflichten entsprechend den Anforderungen der Internationalen Energie-Agentur, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen sowie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, zu erfüllen.

Die bereits seit Jahrzehnten durchgeführte jährliche Erhebung des Absatzes von Flüssiggas bei den Verkaufsgesellschaften war im Entwurf des Energiestatistikgesetzes ursprünglich nicht vorgesehen, da es sich beim Flüssiggas nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Absprache mit der deutschen Mineralöl- und Gaswirtschaft um ein Mineralölprodukt handelt. Auf Empfehlung des Bundesrates wurde diese Erhebung dann aber doch in das Gesetz aufgenommen, da die Länder diese Informatio-

nen über die sektorale und regionale Verteilung des Absatzes von Flüssiggas für ihre Energiebilanzen benötigen. Aus gesetzestechnischen Gründen wurde diese Erhebung, in die bundesweit knapp über 100 Unternehmen einbezogen werden, dem § 4 EnStatG zugeordnet. Die vorgenannte Vereinbarung zwischen dem federführenden Ressort und den Wirtschaftsverbänden bleibt davon unberührt.

2.2 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung in der Wärmewirtschaft (§ 5 EnStatG)

Die Wärmewirtschaft stellt einen zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Energiewirtschaft dar. Sie umfasst die Wärmeerzeugung in Heizwerken, die Kraft-Wärme-Kopplung in Heizkraftwerken und den Betrieb von Versorgungsnetzen. Zur Fernwärme gehören physikalisch gesehen auch die Fernwärme mit nahen Transportwegen (sog. Nahwärme) sowie die Kälteerzeugung aus Absorptionsanlagen.

Aus historischen Gründen beschränkte sich das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe bisher auf die Erfassung der Abgabe von Fernwärme bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung. Diese Erhebung lieferte jedoch keine Daten über die Fernwärmeerzeugung und den Brennstoffeinsatz. Die neue Rechtsgrundlage ordnet nun eine Befragung bei den Betreibern der Anlagen, die der Fernwärmeerzeugung und -versorgung dienen, an. Die Auskunftspflichtung richtet sich aber auch an Dritte, die sich der Leitungen zur Versorgung bedienen. Die komplexen Prozesse der Kraft-Wärme-Kopplung werden jedoch aus Praktikabilitätsgründen in Verbindung mit der Erhebung der Elektrizitätserzeugung gemäß § 3 EnStatG statistisch erfasst. Um die Belastung der Berichtspflichtigen möglichst gering zu halten, beschränkt sich die Erhebung auf jährlich höchstens 1 000 Betreiber. Dabei werden wenige zentrale Tatbestände zur Angebots- und Abgabesituation sowie zusätzlich Bezug, Einsatz und Bestand der zur Produktion der Wärme benötigten Energieträger sowie der Eigenverbrauch erhoben. Die Ergebnisse der Abfrage der Wärmeengpassleistung sind zur Beobachtung der Kapazitätsbelastung und Effizienz notwendig. Die Angabe der Netzverluste ist zur Komplettierung der Energiebilanzen des Bundes und der Länder erforderlich.

2.3 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Erfassung der Kohleimporte und -exporte (§ 6 EnStatG)

Für die Kohlestatistik gab es bisher keine nationale Rechtsgrundlage. Der Bedarf an statistischem Zahlenmaterial über die inländische Gewinnung von Kohle und deren Verwendung wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft, dem Statistischen Bundesamt und der Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. aus dem Jahr 1954 gedeckt. Die Kohleimporte und -exporte wurden bisher vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhr-

kontrolle (BAFA) auf Grundlage des „Gesetzes über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe (BrennstoffStatG)“, erhoben. Mit Einführung des EnStatG wird das BrennstoffStatG außer Kraft gesetzt.

Nach dem neuen Gesetz werden Daten zum Außenhandel mit Kohle erhoben, die sich aufgrund ihrer energiespezifischen Merkmale wie Wärmegehalt, Einsatzbereich und Liefervertragsdauer wesentlich von denen aus der allgemeinen Außenhandelsstatistik unterscheiden. Viele Prognosen gehen davon aus, dass die Bedeutung der Kohleimporte für die Energieversorgung in Deutschland künftig weiter ansteigen wird. Dies gilt insbesondere für den Import von Steinkohle. Daneben existiert aber auch ein grenzüberschreitender Handel mit Braunkohle, der in einigen Regionen eine wichtige Rolle spielt.

Die neue Vorschrift regelt die monatlichen Erhebungen bei allen Unternehmen, die Kohle ein- und/oder ausführen. Diese Erhebungen dienen in erster Linie der zeitnahen Beobachtung des mengenmäßigen Flussbildes des Kohleimports und -exports. Mit den erhobenen Angaben, bei denen auch nach Kohlearten differenziert wird, wird das Gesamtbild des Energieträgerflusses in Deutschland vervollständigt. Die Daten finden auch Eingang in die Energiebilanzen.

2.4 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung von erneuerbaren Energieträgern (§ 7 EnStatG)

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger ist von besonderer Bedeutung für eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung der Zukunft. Erneuerbare Energieträger können dazu beitragen, endliche Energiere Ressourcen zu schonen, die Umwelt zu entlasten und gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Amtliche statistische Daten über die Nutzung dieser Energiequellen fehlten bislang jedoch in weiten Bereichen. Hier musste die Datenbasis entscheidend verbessert werden, insbesondere um verlässlichere Grundlagen für politische Ziel- und Prioritätensetzungen sowie für die Erfolgskontrolle von Maßnahmen zu erhalten. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger wird gegenwärtig nur bei der allgemeinen Elektrizitätsversorgung sowie im Rahmen der Klärgasnutzung statistisch erhoben, wobei wegen der Erhebungsgrenze ab 1 Megawatt (MW) für die meisten Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energieträger keine amtlichen Zahlen existieren.

Zur Verbesserung der Datenlage über erneuerbare Energieträger wurde eine Reihe von Maßnahmen in Gang gesetzt. Zum Ersten werden die Betreiber von Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern befragt. Diese Betreiber sind allesamt Energieversorgungsunternehmen, denen die erfragten Informationen aufgrund der im Erneuer-

erbare-Energien-Gesetz⁹⁾ angeordneten Abnahme- und Vergütungspflicht ohnehin vorliegen. Somit können Daten über die Nettoerzeugung und Einspeisung von Strom aus Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie, aus Wind- und Kleinwasserkraftanlagen, aus Anlagen zur Nutzung der Geothermie, von Biogas sowie von Biomasse kostengünstig ermittelt und vorgelegt werden. Dadurch werden Belastungen bei den (meist privaten) Betreibern insbesondere kleinerer Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vermieden.

Zweitens werden – wie bisher – die Erzeugung und die weitere Verwendung von Gas erfasst, das in Kläranlagen gewonnen wird. Die Erhebung konzentriert sich auf wenige wichtige Merkmale, die notwendig sind, um Produktion und Nutzung dieses erneuerbaren Gases in Deutschland zu beschreiben. Die erhobenen Angaben geben Auskunft über die Bedeutung dieser Energienutzungsformen für die Energieversorgung und gestatten Rückschlüsse auf die Nutzung des vorhandenen Potenzials. Die Abfrage der Erzeugung und Abgabe von Elektrizität aus Kläranlagen dient dazu, das Gesamtbild zu komplettieren.

Neu ist die Abfrage bei den Betreibern von Anlagen zur Nutzung der Geothermie. Diese Anlagen können bei günstigen geologischen Gegebenheiten zur Wärmeengewinnung eingesetzt werden. Bisher existieren in Deutschland allerdings nur wenige Anlagen. Um ihren Beitrag zur Energieversorgung erfassen und in die Energiebilanz integrieren zu können, ist eine jährliche Erhebung der wichtigsten Produktions- und Verwendungsmerkmale vorgesehen.

Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass der Beitrag der Treibstoffe aus Biomasse zur Energieversorgung künftig ansteigen wird. Dabei dürfte es sich schwerpunktmäßig um die Gewinnung von Kraftstoffen, wie zum Beispiel Rapsöl, zur Substitution von Mineralölprodukten handeln. Deshalb sieht das EnStatG die Möglichkeit einer statistischen Erhebung dieses Energieversorgungsbeitrags vor, soweit er in Anlagen zur gewerblichen Erzeugung anfällt.

2.5 Erhebung der Energieverwendung (§ 8 EnStatG)

Die statistische Erhebung des Energieangebots wird durch die Erfassung der Energieverwendung ergänzt. Dies ist dringend erforderlich, um Erkenntnisse über die Möglichkeiten der rationellen Energienutzung, über Einsparpotenziale und mit der Energienutzung verbundene Schadstoffemissionen zu erlangen. Allerdings werden gegenwärtig keine Realisierungsmöglichkeiten für eine alle Bereiche umfassende Verwendungsstatistik gesehen, weil zum Beispiel die Energienutzung im außerordentlich heterogenen Kleinverbraucherbereich (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) oder im Haus-

haltsbereich nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand erfasst werden könnte. Die Erhebung der Energieverwendung konzentriert sich deshalb auf den Bereich der industriellen Energienutzung, der auch bisher schon im Rahmen der laufenden Konjunkturbeobachtung befragt wurde. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, wird hier eine jährliche Befragung bei höchstens 60 000 Betrieben im Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe als ausreichend erachtet.

Für eine grundlegende Darstellung der Energieverwendung sind regelmäßige Angaben über Bezug, Bestand, Verbrauch und Abgabe nach Energieträgern erforderlich. Die bisherige Liste der Energieträger entsprach nicht mehr dem Stand der Technik, sie wurde überarbeitet und der Verwendungsvielfalt in den Betrieben angepasst. Darüber hinaus wird bei dem Energieträgereinsatz künftig zwischen energetischer und nicht-energetischer Verwendung unterschieden. Dies ist auch für die Energiebilanz und die darauf fußende Berechnung der CO₂-Emissionen in einigen Wirtschaftsbereichen von größter Bedeutung.

3 Zur Umsetzung des Gesetzes

Das EnStatG wurde am 26. Juli 2002 im Bundesgesetzblatt verkündet und ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Die dazwischen liegende relativ kurze Zeitspanne erforderte eine Prioritätensetzung bei der methodischen und fachlichen Vorbereitung der neuen Erhebungen. So wurde in den vergangenen Monaten mit den Statistischen Ämtern der Länder vorrangig ein Konzept zur Anpassung der monatlichen Erhebungen, insbesondere für die Elektrizitätswirtschaft, erarbeitet und mit der Fachaufsicht und den Wirtschaftsverbänden abgestimmt. Die neu gestalteten Fragebogen sind in Druck und gehen den Auskunftgebenden in diesen Tagen zu.

Die Jahresherhebungen in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft bleiben im Wesentlichen unverändert. Das Formblatt für die Befragung der Unternehmen der Wärmewirtschaft ist ebenfalls fertiggestellt und wird in Kürze von den Statistischen Ämtern der Länder versandt. Der Jahresbogen für die Industriekraftwerke wurde – soweit fachlich möglich – dem Fragebogen für die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung angepasst. Die Erhebungsunterlagen für die Bereiche Geothermie, Biotreibstoffe sowie Energieverwendung sind in Vorbereitung. Auch hier ist eine Abstimmung mit dem Ressort und den Fachverbänden vorgesehen. Es ist davon auszugehen, dass diese Erhebungen nach einer Anlaufphase termingerecht durchgeführt werden können.

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Bayer 

9) Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes vom 29. März 2000, Artikel 1 (BGBl. I S. 305).

Dieser Beitrag ist ein Nachdruck aus „Wirtschaft und Statistik“ 1/2003 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Jahren 1992 bis 2002 aus dem Blickwinkel der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die Erwerbstätigkeit in der Gesamtheit der Volkswirtschaft ist eine Berechnungs- und Bezugsgröße im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Ergebnis dessen wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit sowohl für Brandenburg als auch für die Verwaltungsbezirke des Landes dargestellt.

*Im Jahr 2002 gab es in Brandenburg 1 026 008 erwerbstätige Personen, rund 30 Tausend weniger als 1992. Wirtschaftlich gesehen haben sich die Beschäftigungsverhältnisse der Erwerbstätigen vom produzierenden Gewerbe (- 87,3 Tausend Personen) in den Dienstleistungsbe-
reich (+ 87,4 Tausend Personen) verschoben.*

Regional hat sich in den letzten 10 Jahren die Zahl der Erwerbstätigen nur in der Landeshauptstadt Potsdam und in den an Berlin angrenzenden Landkreisen erhöht.

Die Bedeutung der Erwerbstätigenrechnung für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In der amtlichen Statistik werden in diversen Fachstatistiken, wie beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft oder in der Landwirtschaft regelmäßig Beschäftigtenzahlen erhoben. Diese bilden jedoch nur einen Ausschnitt aus der gesamten Volkswirtschaft ab und liefern in der Regel Stichtagswerte. Deshalb ist es notwendig, die Erwerbstätigkeit in ihrer Gesamtheit separat zu ermitteln. Die Bereitstellung von Erwerbstätigenzahlen, die inhaltlich und konzeptionell voll auf die Belange der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abgestimmt sind, erfolgt auf regionaler Ebene (Länder und Kreise) durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Diesem Arbeitskreis gehören das Statistische Bundesamt und Vertreter aller Statistischen Ämter der Länder an. Die Rechnungen zur Erwerbstätigkeit erfolgen, wie auch die Rechnungen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995).

Die ermittelten Erwerbstätigenzahlen sind Jahresdurchschnittswerte, die nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept) und nach dem Wohnort (Inländerkonzept) nachgewiesen werden. Beide Größen unterscheiden sich durch den Pendlersaldo.

Für das Land Brandenburg stellt sich dies 2001 wie folgt dar:

□ Erwerbstätige (Inländer)	1 166,9 Tausend Personen
□ Pendlersaldo	122,0 Tausend Personen
□ Erwerbstätige (Inland)	1 044,9 Tausend Personen

Nach der Stellung im Beruf werden die Erwerbstätigen in Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte sowie Beamte) und Selbständige und mithelfende Familienangehörige unterteilt. Für die Darstellung nach Wirtschaftszweigen wird die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) genutzt.

Die so ermittelten Erwerbstätigenzahlen werden vor allem als Bezugsgröße für andere volkswirtschaftliche Aggregate und auch als Schlüsselgröße genutzt.

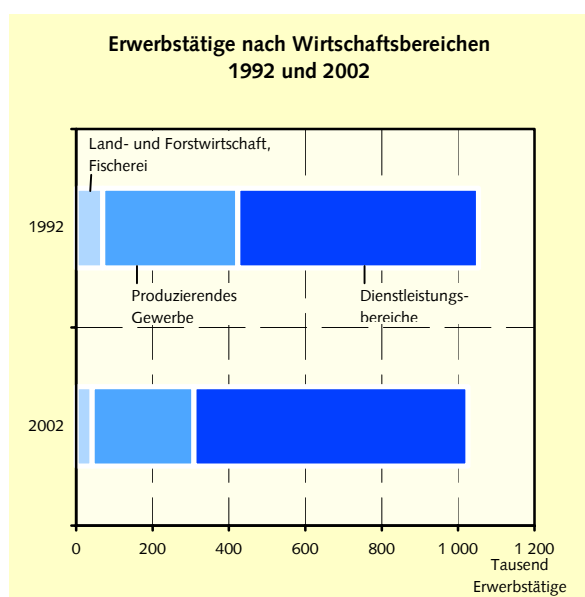
Um volkswirtschaftliche Größen, wie beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt, Konsumausgaben privater Haushalte, Wertschöpfungsangaben einzelner Wirtschaftsbereiche oder das Arbeitnehmerentgelt zwischen Regionen (z. B. Ländern, Kreisen), Wirtschaftsbereichen oder Sektoren einer Volkswirtschaft vergleichen zu können, muss man sie auf Größen des Arbeitseinsatzes beziehen. Eine der aussagefähigsten und am häufigsten verwendeten Bezugsgrößen ist dabei die Zahl der Erwerbstätigen. Andere Bezugsgrößen sind die Einwohner, die Arbeitsstunden, das Arbeitsvolumen oder die Vollzeitäquivalente.

Nicht alle volkswirtschaftlichen Aggregate können regional-hierarchisch „von unten nach oben“ ermittelt werden, bis der regionale Wert des Aggregats feststeht (man spricht dabei von der Bottom-up-Methode). Bei einem nicht unerheblichen Teil der Größen verteilt man das berechnete Aggregat auf die regionalen Einheiten indem ein Verteilungsschlüssel genutzt wird. Dieser Verteilungsschlüssel sollte mit den zu berechnenden Größen korrelieren, d. h. regionale Besonderheiten so genau wie möglich widerspiegeln (hier spricht man von der Top-down-Methode). Die Erwerbstätigenzahlen sind als Schlüsselgröße für die Berechnungen in der regionalen VGR unverzichtbar.

Erwerbstätige im Land Brandenburg

Im Jahr 2002 waren im Land Brandenburg 1 026 008 Personen beschäftigt. Dies sind ca. 30 Tausend bzw. 2,9 Prozent weniger als 1992.

Deutlich ist zu erkennen, dass sich die Wirtschaft in Brandenburg im Umbruch von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft befindet. Im Produzierenden Gewerbe blieben im betrachteten Zeitraum von den 353,8 Tausend Arbeitsplätzen nur 266,5 Tausend erhalten (- 87,3 Tausend Erwerbstätige). Demgegenüber erhöhte sich das Arbeitsplatzangebot im Dienstleistungsbereich um 87,4 Tausend Erwerbstätige bzw. 13,9 Prozent.



Innerhalb des Produzierenden Gewerbes fiel der Beschäftigungsrückgang im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden besonders gravierend aus. Kontinuierlich verringerten sich die Erwerbstätigen von 36,8 Tausend (1992) auf 5,3 Tausend (2002). Dies sind 14 Prozent der Erwerbstätigen von 1992. Auch im Bereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung gab es Beschäftigungseinbrüche. Das Niveau stabilisierte sich aber in den letzten Jahren und der Beschäftigungsabbau fiel geringer aus als im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Im gesamten Zeitraum von 1992 bis 2002 ist im Verarbeitenden Gewerbe ein Rückgang der Erwerbstätigen um 21,5 Prozent und im Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung um 41,7 Prozent zu verzeichnen. Anders verlief die Entwicklung im Baugewerbe. Mit 136,9 Tausend Erwerbstätigen im Jahr 1992 gestartet, verzeichnete dieser Wirtschaftsbereich Zuwachsraten von 14,4 Prozent (1993), 12,5 Prozent (1994) und 6,9 Prozent (1995) an Erwerbstätigen. Ab 1996 kam es allerdings auch hier zu Rückgängen bei den Erwerbstätigen, so dass von den 1992 vorhandenen 136,9 Tausend

Arbeitsplätzen nur noch 123,6 Tausend Arbeitsplätze erhalten blieben.

Im genannten Zeitraum stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich von 630,3 Tausend Personen auf 717,6 Tausend Personen an. Der Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt erhöhte sich von 59,8 Prozent 1992 auf 69,8 Prozent im Jahre 2002. Insbesondere verzeichnete der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister Beschäftigungszuwächse. Gegenüber 1992 waren 2002 in dieser Branche 75,0 Prozent Erwerbstätige mehr beschäftigt. Auch die öffentlichen und privaten Dienstleister, die den höchsten Anteil am Dienstleistungssektor stellen, wiesen für den Zeitraum von 1992 bis 2002 eine geringe Erhöhung der Erwerbstätigkeit von 5,2 Prozent auf. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 24,8 Tausend Personen. Allerdings haben im Bereich Verkehr separat betrachtet ca. 15,1 Tausend Personen ihren Arbeitsplatz verloren.

Im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei hatten 1992 6,6 Prozent der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz, im Jahr 2002 waren es noch 4,1 Prozent. Dies ist ein Rückgang um 27,4 Tausend Personen bzw. 39,6 Prozent. Nach rapiden Beschäftigungseinbrüchen von 1992 (35,9 Prozent) und 1993 (19,1 Prozent) fiel der Beschäftigungsabbau in den nachfolgenden Jahren geringer aus.

Anteil der Selbstständigen gestiegen

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf im Land Brandenburg, so lässt sich feststellen, dass der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Zeitraum 1992 bis 2002 stetig zunahm. Damit nähert sich Brandenburg den Strukturen der alten Bundesländer. Im Jahr 2002 erreichte Brandenburg einen Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen an allen Erwerbstätigen von 10,4 Prozent, dies entsprach annähernd der Quote für ganz Deutschland (10,6 Prozent). Besonders hoch lagen die Selbstständigenquoten in Brandenburg 2002 in den Wirtschaftsbereichen:

□ Kredit- und Versicherungsgewerbe	30,6
□ Gastgewerbe	20,4
□ Baugewerbe	15,4
□ Grundstücksbesitz, Vermietung, Unternehmensdienstl.	13,3
□ Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	13,0
□ Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	11,7

Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken

Die Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg sind von 1992 bis 2001 von tiefgreifenden Veränderungen ge-

kennzeichnet. In vielen Kreisen sind langjährig gewachsene Strukturen nicht mehr vorhanden. Nur die an Berlin angrenzenden Landkreise, im sogenannten „Speckgürtel“, konnten die Anzahl der Erwerbstätigen erhöhen.

Den höchsten Zuwachs an Erwerbstätigen hatte in diesem Zeitraum der Landkreis Potsdam-Mittelmark mit 16,2 Tausend Personen bzw. 25,8 Prozent. Auch die Landkreise Märkisch Oderland (+ 11,1 Tausend Personen), Oberhavel (+ 9,0 Tausend Personen), Dahme-Spreewald (+ 8,7 Tausend Personen), Teltow-Fläming (+ 7,5 Tausend Personen) und die kreisfreie Stadt Potsdam (+ 7,8 Tausend Personen) konnten die Zahl der Erwerbstätigen von 1992 bis 2001 erhöhen. Besonders hohe Rückgänge gab es dagegen in den Landkreisen:

□ Spree-Neiße	- 21,6 Tausend Personen
□ Brandenburg an der Havel	- 14,6 Tausend Personen
□ Oberspreewald-Lausitz	- 13,1 Tausend Personen
□ Elbe-Elster	- 7,3 Tausend Personen
□ Uckermark	- 7,1 Tausend Personen

Mit einem Anteil von 8,7 Prozent an den Erwerbstätigen insgesamt waren in der kreisfreien Stadt Potsdam 2001 nach wie vor die meisten Arbeitsplätze vorhanden (1992 7,9 Prozent). Es folgen Potsdam-Mittelmark mit 7,6 Prozent (1992 6,0 Prozent) und Oder-Spree mit 6,8 Prozent (1992 7,0 Prozent).

In der **Land- und Forstwirtschaft** kam es in allen Kreisen zum Abbau von Arbeitsplätzen. Gegenüber 1992 sind im Durchschnitt noch 60 Prozent der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich tätig.

Im **Produzierenden Gewerbe** fand der Abbau von Arbeitsplätzen vor allem in den Jahren 1992, 1993 und ab 1997 statt. Zwischenzeitlich wurde dieser Prozess durch die Konjunktur im Baugewerbe, die einen erhöhten Arbeitskräftebedarf zur Folge hatte, abgebremst. Für die Landkreise Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz wirkte sich der rapide Rückgang im Bereich Kohlebergbau besonders gravierend aus. Im Landkreis Spree-Neiße gingen im Zeitraum 1992 bis 2001 25,5 Tausend Arbeitsplätze verloren und im Landkreis Oberspreewald-Lausitz waren es 12,5 Tausend Arbeitsplätze. Weitere hohe Rückgänge waren in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel mit 12,2 Tausend Erwerbstätigen und in Frankfurt (Oder) mit 5,8 Tausend Erwerbstätigen zu verzeichnen. Besonders positiv war die Entwicklung im Landkreis Märkisch-Oderland. Hier entstanden 6,0 Tausend Arbeitsplätze. Auch in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (+ 4,7 Tausend) und Teltow-Fläming (+ 1,5 Tausend) gab es 2001 mehr Arbeitsplätze als 1992.

In fast allen Kreisen arbeiteten 2001 mehr Erwerbstätige im **Dienstleistungsbereich** als 1992. Besonders günstig

verlief die Entwicklung in den Landkreisen Oberhavel (+ 34,6 Prozent), Dahme-Spreewald (+ 34,5 Prozent), im Havelland (+ 33,8 Prozent) und Potsdam-Mittelmark (+ 32,9 Prozent). Den höchsten Anteil am Land insgesamt hat im Bereich Dienstleistungen nach wie vor Potsdam mit ca. 11 Prozent.

Die Beziehung zwischen Erwerbstätigen und anderen volkswirtschaftlichen Größen

Um die wirtschaftliche Leistung in unterschiedlichen Regionen oder auch über längere Zeiträume miteinander vergleichen zu können, setzt man sie zu anderen Größen in Beziehung. Bei manchen volkswirtschaftlichen Aggregaten wird der Vergleich erst sinnvoll, wenn sie zu den Erwerbstätigen in Beziehung gesetzt werden.

Ein Ausdruck für die Produktivität ist das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu den Erwerbstätigen. In Brandenburg steigerte sich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen von 26 367 EUR im Jahr 1992 auf 40 875 EUR im Jahr 2002. Dies entspricht einem Anstieg von 55,0 Prozent bzw. einem absoluten Zuwachs von 14 508 EUR. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt separat, so weist es eine Steigerung um 50,6 Prozent von 1992 bis 2002 auf. Die Erwerbstätigen sanken im genannten Zeitraum auf 97,1 Prozent. Die Produktivität in Deutschland insgesamt liegt 2002 bei 51 290 EUR je Erwerbstätiger. Im Vergleich zu Deutschland erkennt man, dass Brandenburg trotz erheblicher Produktivitätssteigerungen in den letzten 10 Jahren noch Nachholbedarf hat.

Eine weitere volkswirtschaftliche Größe, deren Veränderung sich besser beurteilen lässt wenn man sie zu den Erwerbstätigen, insbesondere den Arbeitnehmern, in Beziehung setzt, ist das Arbeitnehmerentgelt. Obwohl die Entwicklung der Arbeitnehmer von 1992 bis 2002 rückläufig und auch das Arbeitnehmerentgelt insgesamt für Brandenburg ab 2001 gesunken ist, ist das Arbeitnehmerentgelt je beschäftigten Arbeitnehmer kontinuierlich gestiegen.

Beim Vergleich der Verwaltungsbezirke des Landes Brandenburg ist die Kennziffer Bruttowertschöpfung je Erwerbstätiger von Bedeutung. Hier wird deutlich, dass der Landkreis Spree-Neiße trotz negativer Entwicklung der Bruttowertschöpfung immer noch, eine im Vergleich zum Land insgesamt, hohe Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen hat.

Ausblicke auf die weitere Gestaltung der Erwerbstätigenrechnung

Neben der Anzahl der Erwerbstätigen wird es für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen immer wichtiger zu bestimmen, welcher zeitliche Aufwand notwendig ist,

um z. B. das Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Sonderarbeitszeiten breiten sich mehr und mehr aus. Die Gesamtsumme der von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen) zu berechnen, ist eine Herausforderung, der sich der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung auch auf Landesebene stellt. Mit der Bestimmung des Arbeitsvolumen würden die Produk-

tivitätsaussagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine qualitative Verbesserung erfahren.

Ein weiterer Aspekt in der Arbeit der Erwerbstätigenrechnung ist die Bereitstellung von unterjährigen Erwerbstätigenzahlen. Die jährlichen Angaben sollen durch halbjährliche ergänzt werden. Hierzu werden erste Proberechnungen durchgeführt.

Cornelia Zinnow 

Erwerbstätige im Land Brandenburg 1992 und 2001 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken						
Verwaltungsbezirk	Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungsbereiche		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
	1992	2001	1992	2001	1992	2001
	1000 Personen					
Brandenburg an der Havel	21,5	9,3	27,6	25,3	0,4	0,3
Cottbus	12,8	11,1	53,7	55,8	1,0	0,4
Frankfurt (Oder)	11,8	6,1	33,0	37,3	0,7	0,3
Potsdam	14,4	10,6	68,0	79,7	0,5	0,4
Barnim	21,2	14,6	38,6	44,3	3,2	1,8
Dahme-Spreewald	17,4	16,1	32,0	43,1	4,0	3,0
Elbe-Elster	19,7	14,1	28,2	28,0	4,6	3,1
Havelland	15,6	14,7	23,5	31,5	3,7	2,3
Märkisch-Oderland	12,0	18,0	37,8	44,9	6,3	4,2
Oberhavel	23,9	24,1	30,4	40,9	4,1	2,3
Oberspreewald-Lausitz	30,0	17,4	32,7	32,4	1,7	1,5
Oder-Spree	28,5	24,1	40,9	44,4	4,8	2,9
Ostprignitz-Ruppin	13,1	13,6	25,3	29,3	5,6	3,5
Potsdam-Mittelmark	16,6	21,3	40,2	53,4	6,1	4,5
Prignitz	10,6	9,8	25,6	22,6	4,9	2,8
Spree-Neiße	47,4	21,9	26,2	31,8	3,9	2,2
Teltow-Fläming	19,2	20,7	30,6	38,9	5,3	3,1
Uckermark	18,2	15,8	35,9	35,6	8,5	4,0
Land Brandenburg	353,8	283,3	630,3	719,2	69,3	42,4

Erwerbstätige im Land Brandenburg 1992 – 2001 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirke	1992	1994	1996	1998	2000	2001
Erwerbstätige in Tausend						
Brandenburg an der Havel	49,5	42,5	36,6	36,0	34,9	34,9
Cottbus	67,4	70,1	69,8	69,6	67,8	67,3
Frankfurt (Oder)	45,6	48,7	45,4	44,4	44,2	43,7
Potsdam	82,9	87,2	86,3	88,9	90,7	90,7
Barnim	63,0	62,2	61,3	61,4	61,3	60,7
Dahme-Spreewald	53,4	55,9	61,1	62,2	63,2	62,2
Elbe-Elster	52,5	50,4	51,4	50,7	49,0	45,2
Havelland	42,8	43,2	47,6	47,7	48,8	48,5
Märkisch-Oderland	56,1	62,1	72,7	71,6	69,9	67,2
Oberhavel	58,4	59,1	65,7	65,5	68,2	67,3
Oberspreewald-Lausitz	64,4	63,1	55,9	52,8	51,9	51,3
Oder-Spree	74,2	69,8	70,3	70,4	73,1	71,5
Ostprignitz-Ruppin	44,1	43,9	46,5	47,9	46,5	46,4
Potsdam-Mittelmark	62,9	70,7	76,7	79,2	81,4	79,1
Prignitz	41,1	39,2	39,0	36,3	35,4	35,1
Spree-Neiße	77,5	64,6	62,5	59,6	57,8	55,8
Teltow-Fläming	55,1	56,4	59,5	60,8	62,0	62,7
Uckermark	62,6	58,5	58,2	58,3	57,0	55,4
Land Brandenburg	1 053,3	1 047,5	1 066,7	1 063,2	1 063,2	1 044,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent						
Brandenburg an der Havel	0,6	-6,3	-8,2	-2,3	-2,7	0,0
Cottbus	-16,6	2,4	-3,5	-2,9	-1,6	-0,7
Frankfurt (Oder)	-21,3	3,4	-3,8	-3,9	0,9	-1,1
Potsdam	-7,1	4,7	-1,9	2,4	1,4	0,0
Barnim	-8,9	-0,4	-1,8	1,2	-1,0	-1,0
Dahme-Spreewald	-10,2	6,0	4,2	-1,7	0,6	-1,6
Elbe-Elster	-6,7	-1,1	-0,4	-1,2	-2,5	-7,9
Havelland	-17,9	5,4	6,5	1,0	0,3	-0,7
Märkisch-Oderland	-16,4	11,4	6,5	0,4	-1,2	-3,9
Oberhavel	-9,7	3,9	4,6	1,3	1,7	-1,2
Oberspreewald-Lausitz	-16,3	7,6	-13,0	-3,4	-4,6	-1,3
Oder-Spree	-9,1	-2,9	0,0	0,6	2,2	-2,2
Ostprignitz-Ruppin	-19,0	4,9	2,8	0,4	-2,4	-0,2
Potsdam-Mittelmark	-5,3	6,1	1,0	0,3	1,6	-2,9
Prignitz	-6,4	1,0	-0,2	-2,6	-1,1	-0,8
Spree-Neiße	-14,2	-7,4	5,7	-2,2	-1,1	-3,4
Teltow-Fläming	-4,2	5,4	2,5	-0,1	1,2	1,2
Uckermark	-10,6	1,4	-3,5	3,2	-2,1	-2,7
Land Brandenburg	-11,3	2,4	-0,2	-0,3	-0,4	-1,7
Anteil der Verwaltungsbezirke am Land insgesamt						
Brandenburg an der Havel	4,7	4,1	3,4	3,4	3,3	3,3
Cottbus	6,4	6,7	6,5	6,5	6,4	6,4
Frankfurt (Oder)	4,3	4,7	4,3	4,2	4,2	4,2
Potsdam	7,9	8,3	8,1	8,4	8,5	8,7
Barnim	6,0	5,9	5,7	5,8	5,8	5,8
Dahme-Spreewald	5,1	5,3	5,7	5,8	5,9	5,9
Elbe-Elster	5,0	4,8	4,8	4,8	4,6	4,3
Havelland	4,1	4,1	4,5	4,5	4,6	4,6
Märkisch-Oderland	5,3	5,9	6,8	6,7	6,6	6,4
Oberhavel	5,5	5,6	6,2	6,2	6,4	6,4
Oberspreewald-Lausitz	6,1	6,0	5,2	5,0	4,9	4,9
Oder-Spree	7,0	6,7	6,6	6,6	6,9	6,8
Ostprignitz-Ruppin	4,2	4,2	4,4	4,5	4,4	4,4
Potsdam-Mittelmark	6,0	6,7	7,2	7,5	7,7	7,6
Prignitz	3,9	3,7	3,7	3,4	3,3	3,4
Spree-Neiße	7,4	6,2	5,9	5,6	5,4	5,3
Teltow-Fläming	5,2	5,4	5,6	5,7	5,8	6,0
Uckermark	5,9	5,6	5,5	5,5	5,4	5,3
Land Brandenburg	100	100	100	100	100	100

Produktivität (BIP, BWS je Erwerbstätiger) im Land Brandenburg 1992 – 2002

Merkmal	1992	1994	1996	1998	2000	2002
EUR						
Bruttoinlandsprodukt	26 367	33 148	35 704	37 190	39 777	40 875
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	x	x	x	x	x	x
Unterstellte Bankgebühr	x	x	x	x	x	x
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	24 647	30 981	33 628	35 339	38 077	39 531
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9 720	15 928	17 688	21 981	22 810	25 930
Produzierendes Gewerbe	21 680	29 874	34 508	35 632	37 861	40 401
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	18 635	29 910	37 610	41 171	48 238	51 414
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	29 618	43 397	55 813	60 176	70 530	81 174
Verarbeitendes Gewerbe	11 671	23 163	29 834	34 308	41 494	44 628
Energie- und Wasserversorgung	58 470	71 696	104 327	107 532	112 945	117 343
Baugewerbe	26 502	29 839	31 830	30 478	27 786	27 572
Dienstleistungsbereiche	27 953	32 812	34 419	36 131	39 110	40 007
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	18 361	22 055	22 862	25 006	30 582	32 393
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	21 805	22 332	22 042	23 023	22 851	23 157
Gastgewerbe	13 675	13 890	11 114	9 172	8 238	7 638
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14 999	25 024	30 683	38 470	59 946	67 565
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	63 188	71 842	76 834	76 215	80 302	80 941
Kredit- und Versicherungsgewerbe	36 897	41 174	51 508	61 468	71 635	76 465
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	70 928	80 344	83 009	79 217	82 062	81 817
Öffentliche und private Dienstleister	26 744	30 185	30 920	31 549	31 698	31 374
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	29 874	33 785	35 077	35 617	35 989	35 723
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
Bruttoinlandsprodukt	+ 20,0	+ 9,1	+ 4,1	+ 1,8	+ 3,6	+ 1,6
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	x	x	x	x	x	x
Unterstellte Bankgebühr	x	x	x	x	x	x
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	+ 20,0	+ 9,0	+ 4,5	+ 2,2	+ 4,1	+ 2,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 10,8	- 7,1	+ 7,0	+ 11,1	- 5,4	- 4,1
Produzierendes Gewerbe	+ 30,4	+ 14,2	+ 7,4	+ 1,8	+ 5,7	+ 5,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 32,4	+ 16,1	+ 19,8	+ 6,4	+ 9,7	+ 4,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 1,4	- 10,4	+ 36,8	+ 16,4	- 1,5	+ 5,7
Verarbeitendes Gewerbe	+ 67,9	+ 41,2	+ 18,5	+ 6,4	+ 13,6	+ 4,3
Energie- und Wasserversorgung	+ 4,3	+ 3,9	+ 30,8	+ 5,1	+ 1,5	+ 3,7
Baugewerbe	+ 15,3	+ 12,0	- 3,0	- 3,9	- 2,1	+ 3,5
Dienstleistungsbereiche	+ 11,0	+ 7,0	+ 2,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 28,9	+ 8,4	+ 1,8	+ 5,4	+ 8,6	+ 2,6
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	+ 36,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 6,5	- 2,7	+ 0,3
Gastgewerbe	+ 49,1	+ 2,0	- 11,8	- 12,8	- 3,8	- 6,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 13,4	+ 26,4	+ 9,2	+ 8,9	+ 21,0	+ 6,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	- 1,6	+ 5,9	+ 1,3	- 0,7	+ 3,4	- 0,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	- 27,2	+ 7,1	+ 11,2	+ 5,7	+ 1,1	+ 4,5
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	+ 4,0	+ 5,0	- 0,8	- 2,1	+ 3,9	- 0,9
Öffentliche und private Dienstleister	+ 5,3	+ 4,6	+ 2,3	- 1,0	+ 0,6	- 0,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	+ 5,5	+ 3,9	+ 1,4	- 0,8	+ 0,9	- 0,3

Produktivität im Ländervergleich 2002

Land	Bruttoinlands- produkt in jeweiligen Preisen	Bruttoinlands- produkt in Preisen von 1995	Erwerbstätige	Bruttoinlands- produkt je Erwerbs- tätigen in jeweiligen Preisen (Wirt- schaftsleistung)	Bruttoinlands- produkt je Erwerbs- tätigen in Preisen von 1995 (Produktivität)
	Mill. EUR		1000	EUR	
absolut					
Baden-Württemberg	307 443	287 362	5 359	57 368	53 621
Bayern	368 917	347 816	6 280	58 743	55 383
Berlin	77 131	72 555	1 533	50 313	47 328
Brandenburg	44 117	41 826	1 023	43 115	40 875
Bremen	22 962	21 556	390	58 947	55 337
Hamburg	75 178	70 243	1 046	71 894	67 175
Hessen	191 610	184 073	3 009	63 674	61 169
Mecklenburg-Vorpommern	29 611	27 904	724	40 910	38 552
Niedersachsen	183 124	170 958	3 486	52 534	49 044
Nordrhein-Westfalen	463 963	435 658	8 344	55 604	52 212
Rheinland-Pfalz	93 300	88 089	1 762	52 959	50 001
Saarland	25 432	24 301	506	50 306	48 067
Sachsen	75 793	71 430	1 925	39 370	37 104
Sachsen-Anhalt	43 314	40 451	1 021	42 423	39 619
Schleswig-Holstein	65 637	62 125	1 234	53 197	50 350
Thüringen	40 667	37 953	1 047	38 841	36 249
Deutschland	2 108 200	1 984 300	38 688	54 492	51 290
Veränderung zum Vorjahr in Prozent					
Baden-Württemberg	+ 1,9	+ 0,1	- 0,2	+ 2,1	+ 0,3
Bayern	+ 2,3	+ 0,6	- 0,2	+ 2,5	+ 0,9
Berlin	+ 1,2	- 0,7	- 1,5	+ 2,8	+ 0,8
Brandenburg	+ 1,2	- 0,5	- 2,1	+ 3,4	+ 1,6
Bremen	+ 2,3	+ 0,8	- 0,4	+ 2,7	+ 1,2
Hamburg	+ 2,2	+ 0,4	- 0,7	+ 2,9	+ 1,1
Hessen	+ 1,9	+ 0,4	- 0,4	+ 2,4	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1,5	- 0,2	- 1,5	+ 3,0	+ 1,3
Niedersachsen	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	+ 1,3	- 0,2	- 0,6	+ 1,9	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	+ 2,5	+ 1,0	- 0,0	+ 2,5	+ 1,0
Saarland	+ 2,6	+ 0,9	- 1,2	+ 3,9	+ 2,1
Sachsen	+ 2,1	+ 0,1	- 1,1	+ 3,2	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	+ 1,8	+ 0,1	- 1,6	+ 3,6	+ 1,7
Schleswig-Holstein	+ 1,8	+ 0,6	- 0,8	+ 2,6	+ 1,4
Thüringen	+ 1,3	- 0,6	- 2,1	+ 3,5	+ 1,5
Deutschland	+ 1,8	+ 0,2	- 0,6	+ 2,4	+ 0,8

Arbeitnehmer, Bruttolöhne und -gehälter, Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerentgelt je beschäftigten Arbeitnehmer in Brandenburg 1992 – 2002

Jahr	Arbeitnehmer		Bruttolöhne und -gehälter		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer		Arbeitnehmerentgelt je beschäftigten Arbeitnehmer	
	absolut	Entwicklung gegenüber dem Vorjahr	absolut	Entwicklung gegenüber dem Vorjahr	absolut	Entwicklung gegenüber dem Vorjahr	absolut	Entwicklung gegenüber dem Vorjahr	absolut	Entwicklung gegenüber dem Vorjahr
	1000	Prozent	Mill. EUR	Prozent	Mill. EUR	Prozent	EUR	Prozent	EUR	Prozent
1992	982,2	- 12,9	14 608	+ 14,5	17 962	+ 18,1	14 873	+ 31,4	18 288	+ 35,5
1993	947,8	- 3,5	16 210	+ 11,0	19 891	+ 10,7	17 102	+ 15,0	20 986	+ 14,8
1994	966,6	+ 2,0	17 660	+ 8,9	21 835	+ 9,8	18 269	+ 6,8	22 589	+ 7,6
1995	985,3	+ 1,9	19 026	+ 7,7	23 652	+ 8,3	19 310	+ 5,7	24 005	+ 6,3
1996	981,3	- 0,4	19 359	+ 1,8	24 048	+ 1,7	19 727	+ 2,2	24 505	+ 2,1
1997	977,1	- 0,4	19 354	+ 0,0	24 197	+ 0,6	19 807	+ 0,4	24 764	+ 1,1
1998	968,5	- 0,9	19 456	+ 0,5	24 325	+ 0,5	20 088	+ 1,4	25 116	+ 1,4
1999	967,7	- 0,1	19 886	+ 2,2	24 758	+ 1,8	20 549	+ 2,3	25 584	+ 1,9
2000	958,2	- 1,0	20 078	+ 1,0	25 025	+ 1,1	20 954	+ 2,0	26 116	+ 2,1
2001	936,1	- 2,3	19 942	- 0,7	24 796	- 0,9	21 304	+ 1,7	26 489	+ 1,4
2002	914,9	- 2,3	19 799	- 0,7	24 654	- 0,6	21 640	+ 1,6	26 947	+ 1,7

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1992 – 2001 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen					
	1992	1994	1996	1998	2000	2001
EUR						
Brandenburg an der Havel	16 733	28 867	34 115	35 329	35 296	35 656
Cottbus	21 602	29 681	33 112	34 426	35 842	36 256
Frankfurt (Oder)	21 986	30 426	34 808	35 409	35 070	35 727
Potsdam	23 394	30 857	34 763	36 853	36 621	37 024
Barnim	20 538	30 778	33 625	33 882	36 297	37 139
Dahme-Spreewald	24 836	32 623	36 584	37 798	42 280	43 619
Elbe-Elster	19 589	30 575	31 827	33 657	35 075	38 535
Havelland	19 598	28 380	31 046	34 283	35 194	35 965
Märkisch-Oderland	24 761	34 772	34 812	36 982	37 192	38 818
Oberhavel	18 844	28 870	32 939	34 668	35 943	37 104
Oberspreewald-Lausitz	23 817	33 012	36 258	37 872	35 714	36 828
Oder-Spree	20 802	28 659	33 069	36 188	40 165	41 300
Ostprignitz-Ruppin	20 758	28 325	31 636	33 996	35 476	36 043
Potsdam-Mittelmark	23 692	31 871	34 340	35 353	36 031	37 374
Prignitz	18 077	26 550	30 373	33 975	34 966	36 066
Spree-Neiße	22 878	30 263	37 284	40 970	42 447	45 046
Teltow-Fläming	19 727	27 942	32 129	32 473	44 521	45 805
Uckermark	20 611	30 183	33 441	37 218	39 984	41 707
Land Brandenburg	21 432	30 325	33 825	35 741	37 645	38 848
1992 = 100						
Brandenburg an der Havel	100	173	204	211	211	213
Cottbus	100	137	153	159	166	168
Frankfurt (Oder)	100	138	158	161	160	162
Potsdam	100	132	149	158	157	158
Barnim	100	150	164	165	177	181
Dahme-Spreewald	100	131	147	152	170	176
Elbe-Elster	100	156	162	172	179	197
Havelland	100	145	158	175	180	184
Märkisch-Oderland	100	140	141	149	150	157
Oberhavel	100	153	175	184	191	197
Oberspreewald-Lausitz	100	139	152	159	150	155
Oder-Spree	100	138	159	174	193	199
Ostprignitz-Ruppin	100	136	152	164	171	174
Potsdam-Mittelmark	100	135	145	149	152	158
Prignitz	100	147	168	188	193	200
Spree-Neiße	100	132	163	179	186	197
Teltow-Fläming	100	142	163	165	226	232
Uckermark	100	146	162	181	194	202
Land Brandenburg	100	141	158	167	176	181

Verdienstunterschiede der Arbeitnehmer

– Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 –

Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdienen in Brandenburg im Oktober 2001 brutto durchschnittlich 2 007 EUR. Männer erhielten 2 145 EUR. Frauen kamen auf 1 742 EUR. Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern von fast 19 Prozent ist vor allem auf den höheren Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen und der damit verbundenen geringeren durchschnittlichen Wochenarbeitszeit, den überproportional hohen Beschäftigungsanteil von Frauen in Wirtschaftszweigen mit niedrigem Verdienstniveau und den großen Anteil Frauen, die mit weniger anspruchsvollen Tätigkeiten beschäftigt sind, zurückzuführen. Letzteres steht allerdings im deutlichen Widerspruch zur Stellung der Frauen bei weiteren verdienstbestimmenden Merkmalen. So gibt es beim Bildungsabschluss kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Bindung an das Unternehmen ist bei vollzeitbeschäftigten Frauen sogar ausgeprägter als bei Männern. Die Verteilung der Geschlechter nach der Unternehmensgröße sieht die Frauen in Brandenburg ebenfalls im Vorteil. Ein Teil des Verdienstunterschiedes zwischen den Geschlechtern ist statistisch nicht erklärbar.

Vorbemerkung

Für das Jahr 2001 wurde in Deutschland eine repräsentative Gehalts- und Lohnstrukturerhebung mit für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) weitgehend einheitlichen Merkmalen durchgeführt.

Der Erhebungsbereich umfasste die Abschnitte C bis K der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. Befragt wurden Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

Während die vierteljährlichen Verdiensterhebungen im Produzierenden Gewerbe und Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe und die jährliche Verdiensterhebung im Handwerk nach dem Summenverfahren durchgeführt werden und nur Durchschnittswerte für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer liefern können, erfasst die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung individuelle Arbeitnehmerangaben für Voll- und Teilzeitbeschäftigte und 2001 auch erstmalig für Auszubildende, Praktikanten, geringfügig oder kurzzeitig Beschäftigte sowie Personen in Altersteilzeit während der Aktivitäts- und Freistellungsphase. Darüber hinaus werden mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung einige zusätzliche, das Erwerbsverhalten und das Verdienstniveau bestimmende, Merkmale erfragt. Dazu gehören das Alter, der Ausbildungsstand, die Unternehmensgröße und die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit. Damit ist die Möglichkeit von Merkmalskombinationen gegeben.

Für die Wirtschaftsbereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handel sowie Kredit- und Versi-

cherungsgewerbe konnten auf der Basis der deutschen Rechtsgrundlage ¹⁾ neben den Bruttoverdiensten auch die Nettoverdienste ermittelt werden, die eine bessere Vorstellung vom verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer vermitteln.

Die 2001 nach EU-Recht ²⁾ erstmals in die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung einzubeziehenden Wirtschaftsbereiche Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen bieten nur Angaben zu den Bruttoverdiensten.

Erfragt wurden einerseits Angaben für das gesamte Jahr 2001 sowie andererseits für den Berichtsmonat Oktober. Der Oktober wurde ausgewählt, da er im Vergleich zu anderen Monaten weniger stark von Sonderzahlungen, wie z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeldzahlungen oder Witterungseinflüssen, beeinträchtigt wird.

Die folgenden Ausführungen in diesem Beitrag haben einige ausgewählte Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung mit dem Schwerpunkt des Verdienstabstandes zwischen den Geschlechtern zum Inhalt. Detaillierte tabellarische Ergebnisse, die teilweise über das Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder hinausgehen, enthält der Statistische Bericht N I 5 – 1/01 „Gehalts- und Lohnstrukturerhebung – Land Brandenburg 2001“.

1) Gesetz über die Lohnstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. April 1996 (BGBl. I S. 598), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1626)

2) Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 09. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. EG Nr. L 63 S.6)

Bruttoverdienste der Arbeitnehmer nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen

In Brandenburg können auf der Grundlage der erfassten und hochgerechneten Oktoberangaben für insgesamt 254 590 voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (einschließlich Altersteilzeit) Aussagen getroffen werden.

Knapp zwei Drittel (65,7 Prozent) stellten die männlichen Arbeitnehmer. Gut ein Drittel (34,3 Prozent) waren Frauen.

Vollzeitbeschäftigt waren 86,4 Prozent der Arbeitnehmer. Eine Teilzeitbeschäftigung (ohne Altersteilzeit) übten 13,1 Prozent aus. Frauen waren zu rund 30 Prozent teilzeitbeschäftigt. Bei den Männern betrug die Teilzeitquote 4,4 Prozent. In Altersteilzeit befanden sich 0,4 Prozent der Arbeitnehmer (616 Männer und 451 Frauen).

Der Bruttomonatsverdienst aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten betrug im Monat Oktober 2001 durchschnittlich 2 007 EUR. Männer erhielten 2 145 EUR. Der Frauenverdienst lag mit 1 742 EUR bei 81,2 Prozent des Männerverdienstes.

Der große Verdienstunterschied ist etwa zur Hälfte auf die im Durchschnitt kürzere Arbeitszeit der Frauen zurückzuführen. Die vereinbarte Wochenarbeitszeit der Frauen ist auf Grund des wesentlich höheren Anteils Teilzeitbeschäftigter 9,2 Prozent niedriger als die der Männer.

Bei den Vollzeitbeschäftigten liegt die Verdienstrelation Frauen zu Männern bei 92,5 Prozent. Am ungünstigsten ist die Verdienstrelation der Frauen gegenüber den Männern bei den Teilzeitbeschäftigten mit 74,1 Prozent. Neben der um 2 Stunden geringeren Wochenarbeitszeit (7 Prozent) wirkt sich insbesondere aus, dass Frauen wesentlich häufiger als Männer in niedriger bezahlten Teilzeitjobs tätig sind. Teilzeitbeschäftigte Männer verdienen zwar absolut weniger als ihre vollzeitbeschäftigten Kollegen; im Verhältnis zur Arbeitszeit ist die Bezahlung jedoch nicht schlechter. Im Produzierenden Gewerbe, mit allerdings nur wenig teilzeitbeschäftigten Männern ist der Verdienst sogar relativ günstiger als der der vollzeitbeschäftigten Männer.

Gleiche Arbeitszeit wie teilzeitbeschäftigte Männer unterstellt, würden teilzeitbeschäftigte Frauen immer noch 20 Prozent weniger verdienen als Männer. Bei den Vollzeitbeschäftigten wären es bei gleicher Annahme nur 7 Prozent weniger.

Zur Ausschaltung des beschriebenen erheblichen Einflusses des unterschiedlichen Niveaus in der Inanspruchnahme der Teilzeitbeschäftigung zwischen Männern und Frauen auf die Durchschnittsverdienste beziehen sich die folgenden Aussagen zu den Verdiensten nach Wirtschaftszweigen ausschließlich auf vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer.

Bruttomonatsverdienst und Wochenarbeitszeit der Arbeitnehmer im Oktober 2001

Wirtschaftszweig Voll-/Teilzeitbeschäftigung	Vereinbarte Wochenarbeitszeit				Bruttomonatsverdienst			
	Zusammen	Männer	Frauen		Zusammen	Männer	Frauen	
	Stunden			Männerarbeitszeit = 100	EUR			Männerverdienst = 100
Alle erfassten Wirtschaftszweige								
Voll- und Teilzeitbeschäftigte insgesamt	37,62	38,84	35,28	90,8	2 007	2 145	1 742	81,2
Vollzeitbeschäftigte	39,34	39,39	39,23	99,6	2 130	2 175	2 011	92,5
Teilzeitbeschäftigte	26,74	28,30	26,30	92,9	1 207	1 513	1 121	74,1
Altersteilzeitbeschäftigte	22,57	22,98	22,00	95,7	1 683	1 823	1 493	81,9
Produzierendes Gewerbe								
Voll- und Teilzeitbeschäftigte insgesamt	38,63	38,94	37,57	96,5	2 100	2 168	1 867	86,1
Vollzeitbeschäftigte	39,24	39,26	39,18	99,8	2 136	2 178	1 975	90,7
Teilzeitbeschäftigte	29,42	30,57	28,59	93,5	1 519	1 915	1 232	64,3
Altersteilzeitbeschäftigte	23,34	(23,44)	(23,15)	(98,8)	1 665	(1 719)	(1 559)	(90,7)

Am besten wird mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2 768 EUR im Fahrzeugbau verdient, gefolgt von der Energie- und Wasserversorgung mit 2 698 EUR. Etwas größer ist der Abstand zum Kredit- und Versicherungsgewerbe, dem Bergbau sowie dem Papier-, Verlags- und Druckgewerbe. Hier lag der Verdienst zwischen 2 400 und 2 500 EUR.

Weniger als im Durchschnitt des Landes wird im Handel und Baugewerbe verdient.

Mit großem Abstand am Ende der Skala angesiedelt sind die Verdienstmöglichkeiten für Arbeitnehmer im Gastgewerbe (1 593 EUR), im Ernährungsgewerbe (1 574 EUR) und im Textil- und Bekleidungsgewerbe (1 470 EUR). In diesen Wirtschaftszweigen ist der Frauenanteil wesentlich höher als der Landesdurchschnitt von 28 Prozent (Gastgewerbe: 52 Prozent der Beschäftigten, Ernährungsgewerbe: 59 Prozent, Textil- und Bekleidungsgewerbe: 73 Prozent). Das heißt, die strukturellen Unterschiede in der Beschäftigung zwischen den Wirtschaftszweigen wirken sich ungünstig auf den durchschnittlichen Verdienstabstand zwischen Frauen und Männer aus.

Der für die Beurteilung des verfügbaren Einkommens relevantere durchschnittliche monatliche Nettoverdienst lag zwischen 1 011 EUR im Textil- und Bekleidungsgewerbe und 1 741 EUR im Fahrzeugbau. Damit war der durchschnittliche Nettomonatsverdienst im Textil- und Bekleidungsgewerbe um ganze 60 EUR höher als die Nettoaltersrente eines Durchschnittsverdieners mit 45 Arbeitsjahren (Standardrente) in den neuen Bundesländern.

Der Unterschied zwischen dem Wirtschaftszweig mit der schlechtesten und der besten Verdienstmöglichkeit betrug beim Bruttomonatsverdienst 88 Prozent. Beim Nettomonatsverdienst fällt er mit 72 Prozent auf Grund der unterschiedlichen Belastung durch gesetzliche Abzüge (Lohnsteuer und Beiträge zur Sozialversicherung) etwas geringer aus.

Aus nebenstehender Tabelle wird ersichtlich, dass die Verdienstrelation Frauen/Männer zwischen den Wirtschaftszweigen differiert. Sie reicht von 78,4 Prozent im Ernährungsgewerbe bis zu 105,2 Prozent im Baugewerbe. Dieser Unterschied in der Verdienstrelation zwischen den Wirtschaftszweigen wird durch einen weiteren Struktureffekt, der Verteilung nach Arbeitnehmergruppen auf die Wirtschaftszweige, stark beeinflusst.

Bruttomonatsverdienste nach Arbeitnehmergruppen

Neben der Arbeitszeit, die bei der Betrachtung der Vollzeitbeschäftigten vernachlässigt werden kann, und dem Wirtschaftszweig, beeinflusst die strukturelle Verteilung der Arbeitnehmergruppen Arbeiter und Angestellte die

Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Oktober 2001 nach Wirtschaftszweigen				
Wirtschaftszweig	Insge- samt	Män- ner	Frauen	
	EUR			Männer- verdienst = 100
Alle erfassten Wirtschaftszweige	2 130	2 175	2 011	92,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 440	2 435	2 458	100,9
Verarbeitendes Gewerbe darunter	2 177	2 293	1 877	81,9
Fahrzeugbau	2 768	2 789	2 668	95,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 433	2 614	2 166	82,9
Maschinenbau	2 331	2 344	2 213	94,4
Chemische Industrie	2 308	2 344	2 242	95,6
Ernährungsgewerbe	1 574	1 802	1 413	78,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe	1 470	(1 647)	1 403	(85,2)
Energie- und Wasserversorgung	2 698	2 778	2 532	91,1
Baugewerbe	1 931	1 925	2 025	105,2
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	2 029	2 097	1 879	89,6
Gastgewerbe	1 593	1 777	1 425	80,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 195	2 165	2 269	104,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 472	2 791	2 356	84,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 206	2 294	2 075	90,5

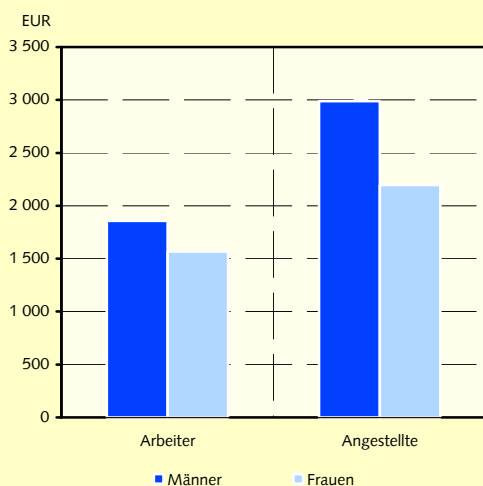
Höhe des Durchschnittsverdienstes und den Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern in erheblichem Maße, da die Verdienstunterschiede zwischen den Arbeitern und den Angestellten gravierend sind.

Im Durchschnitt aller einbezogenen Wirtschaftszweige kamen vollzeitbeschäftigte Arbeiter(innen) auf knapp 70 Prozent der Angestelltenverdienste. Arbeiter erhielten 62 Prozent des Verdienstes von männlichen Angestellten. Bei den Frauen betrug die Verdienstrelation Arbeiterin/Angestellte 71 Prozent. In Wirtschaftszweigen mit geringem Anteil von Arbeiterinnen, wie z. B. dem Baugewerbe oder dem Bergbau, fällt die Verdienstrelation auf Grund dieses Struktureffektes zugunsten der Frauen aus.

**Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeiter und Angestellten im Oktober 2001
nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht**

Wirtschaftszweig	Arbeiter				Angestellte			
	Insge- samt	Männer	Frauen		Insge- samt	Männer	Frauen	
	EUR		Männer- verdienst = 100		EUR		Männer- verdienst = 100	
Alle erfassten Wirtschaftszweige	1 817	1 857	1 566	84,3	2 601	2 990	2 196	73,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 068	2 086	.	.	3 108	3 444	2 644	76,8
Verarbeitendes Gewerbe	1 872	1 951	1 552	79,5	2 847	3 385	2 190	64,7
Energie- und Wasserversorgung	2 409	2 419	(2 206)	(91,2)	2 858	3 135	2 551	81,4
Baugewerbe	1 782	1 784	1 588	89,0	2 721	3 044	2 092	68,7
Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1 729	1 757	1 443	82,1	2 266	2 577	1 943	75,4
Gastgewerbe	1 335	1 454	1 242	85,4	2 097	2 277	1 874	82,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 942	1 918	2 050	106,9	2 596	2 743	2 411	87,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	/	/	/	/	2 473	2 800	2 356	84,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 505	1 550	1 238	79,9	2 579	3 033	2 193	72,3

Verdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten im Oktober 2001



Die separate Betrachtung der Wirtschaftszweige nach Arbeitern und Angestellten zeigt wieder die Unterschiede im Verdienstniveau zwischen Frauen und Männer. Sie ist, mit Ausnahme bei den Arbeitern im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung, durch den Wegfall des Struktureffektes noch deutlicher als bei den Durchschnittsangaben wie aus obiger Tabelle ersichtlich wird. So beträgt die Verdienstrelation Frauen/Männer bei den Arbeitern 84,3 Prozent und bei den Angestellten 73,4 Pro-

zent im Vergleich zu den 92,5 Prozent bei den Arbeitnehmern insgesamt.

Bei den Arbeitern haben die Löhne der Männer einen größeren Einfluss auf den Durchschnittsverdienst als die Gehälter der Männer bei den Angestellten. Arbeiter haben einen Anteil von 86,5 Prozent, Arbeiterinnen demzufolge von 13,5 Prozent an der Gesamtzahl der vollzeitbeschäftigten Arbeiter. Vollzeitbeschäftigte Angestellte sind zu 51,1 Prozent männlichen Geschlechts. Mit 48,9 Prozent ist nahezu jeder zweite Angestellte eine Frau. Daraus folgt, dass der Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern in der Summe Arbeitnehmer insgesamt durch die auch im Vergleich zu den männlichen Arbeitern besser verdienenden weiblichen Angestellten, wie o. a. deutlich verringert wird.

Bruttomonatsverdienste nach Leistungsgruppen und Geschlecht

Die Verdienstunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten werden ganz wesentlich durch die leitenden Angestellten (Leistungsgruppe I) sowie die Angestellten mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis und Verantwortung für den Einsatz anderer Angestellten einschließlich der technischen Meister (Leistungsgruppe II) bestimmt. Beide Leistungsgruppen, die 27 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Angestellten ausmachen, haben auf der Arbeiterseite kein Äquivalent.

Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten nach Geschlecht und Leistungsgruppen im Oktober 2001

Arbeitnehmergruppe Leistungsgruppe (LG)	Frauen		Männer	
	Anteil	Verdienst	Anteil	Verdienst
	Prozent	EUR	Prozent	EUR
Arbeiter insgesamt	100	1 566	100	1 857
LG 1	35,1	1 898	65,3	1 979
LG 2	41,8	1 471	25,8	1 678
LG 3	23,1	1 232	8,9	1 478
Angestellte insgesamt	100	2 196	100	2 990
LG I	1,8	3 895	9,1	4 552
LG II	13,2	3 172	29,5	3 588
LG III	50,2	2 233	48,9	2 625
LG IV	31,2	1 699	11,4	1 891
LG V	3,6	1 532	1,1	1 713

Beträgt der Verdienstabstand der Arbeiter zu den Angestellten insgesamt 30 Prozent, so sinkt er bei vergleichbaren Leistungsgruppen (Facharbeiter = Leistungsgruppe 1, Angestellte mit selbständiger Tätigkeit = Leistungsgruppe III) auf 24 Prozent und in den Leistungsgruppen, die weniger qualifizierte Tätigkeiten zum Inhalt haben (Arbeiter = Leistungsgruppe 2, Angestellte = Leistungsgruppe IV) bzw. Tätigkeiten, die keine fachliche Ausbildung erfordern (Arbeiter = Leistungsgruppe 3, Angestellte = Leistungsgruppe V) auf weniger als 10 Prozent.

Der Abstand zwischen den Verdiensten der Frauen und Männer lässt sich teilweise aus den unterschiedlichen Tätigkeiten erklären. So sind Frauen in den Leistungsgruppen mit höheren Verdiensten sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten deutlich weniger vertreten als dies bei den Männern der Fall ist. Auffällig ist, dass Frauen in gleicher Leistungsgruppe weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Mit den aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung zur Verfügung stehenden Daten kann dieses Ergebnis nicht schlüssig erklärt werden.

Weitere verdienstbestimmende Merkmale

Mit Ausnahme der überproportionalen Beschäftigung von Frauen in Wirtschaftszweigen mit niedrigem Verdienstniveau sind bei allen anderen verdienstbestimmenden Merkmalen wie Dauer der Unternehmenszugehörigkeit,

Bildungsabschluss und Unternehmensgröße keine den Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern erklärenden Unterschiede erkennbar.

Die Bindung der Arbeitnehmer an das Unternehmen, ausgedrückt in der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, spricht in Brandenburg nicht ganz erwartungsgemäß eher für die Frauen. Die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung weisen im unteren Bereich, tendenziell steigen die Verdienste mit der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, niedrigere und im oberen Bereich höhere Anteile für Frauen im Vergleich zu den Männern aus. Bis zu fünf Jahren waren 41,8 Prozent der Frauen aber 48,5 Prozent der Männer im gleichen Unternehmen beschäftigt. Länger als 20 Jahre in einem Unternehmen waren 14,4 Prozent der Frauen und 13,3 Prozent der Männer tätig. Generell zeigen die Ergebnisse, dass von Arbeitnehmern in Brandenburg eine hohe Flexibilität und Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel gefordert wird.

Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer im Oktober 2001 nach der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit

Dauer der Unternehmenszugehörigkeit von ... bis ... Jahren	Frauen		Männer	
	Anteil	Verdienst	Anteil	Verdienst
	Prozent	EUR	Prozent	EUR
unter 1	10,5	1 686	14,6	1 840
1 – 2	14,9	1 751	15,9	2 004
3 – 5	16,4	1 901	18,0	2 098
6 – 10	29,6	2 038	27,8	2 238
11 – 15	8,5	2 175	6,4	2 318
16 – 20	5,6	2 302	4,0	2 430
21 – 25	5,7	2 403	4,8	2 488
26 – 30	4,7	2 345	4,1	2 584
31 und mehr	4,0	2 382	4,4	2 660

Beim Bildungsabschluss sind keine gravierenden Unterschiede zwischen Männer und Frauen erkennbar. Mit Ausnahme des Hochschul- oder Universitätsabschlusses (- 0,7 Prozentpunkte im Vergleich zu den Männern) ist der Anteil höherwertiger Abschlüsse bei Frauen sogar größer als bei den Männern. Allerdings sind die Verdienste der Frauen bei gleichem Abschluss niedriger als bei den Männern. Bei höherwertigem Abschluss ist die Schere zwischen Frauen- und Männerverdiensten absolut aber auch relativ größer als beim Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss.

Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer im Oktober 2001 nach dem Ausbildungsstand

Ausbildungsstand	Frauen		Männer	
	Anteil	Verdienst	Anteil	Verdienst
	Prozent	EUR	Prozent	EUR
Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss	69,8	1 890	72,0	2 006
darunter mit abgeschlossener Berufsausbildung	66,2	1 911	68,7	2 017
Abitur	4,7	2 277	2,1	2 762
darunter mit abgeschlossener Berufsausbildung	4,3	2 295	2,0	2 706
Fachhochschulabschluss	6,8	2 766	5,4	3 315
Hochschul- oder Universitätsabschluss	4,8	3 027	5,5	3 552
Ohne Angabe	13,7	1 800	14,9	1 988

Tendenziell steigen die Verdienste mit zunehmender Unternehmensgröße. Obwohl der Anteil der Frauen im Kleinstunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten mit 36 Prozent niedriger als bei den Männern (41 Prozent) ist und ihr Anteil in Großunternehmen mit über 1 000 Beschäftigten bei knapp 12 Prozent liegt (Männer 10 Prozent), partizipieren die Frauen beim Verdienst nur unwesentlich von dieser günstigen Beschäftigungsverteilung.

Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer im Oktober 2001 nach Unternehmensgrößenklassen

Unternehmen mit ... bis ... Arbeitnehmern	Frauen		Männer	
	Anteil	Verdienst	Anteil	Verdienst
	Prozent	EUR	Prozent	EUR
10 – 19	16,9	1 784	17,0	1 885
20 – 49	19,1	1 782	24,2	2 030
50 – 199	28,9	1 945	30,8	2 201
200 – 999	23,4	2 190	18,3	2 287
1 000 – 4 999	8,4	2 563	8,3	2 826
5 000 und mehr	3,3	2 414	1,4	2 363

Für das Produzierende Gewerbe, den Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe ermöglicht die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung auch Aussagen zu den Nettoverdiensten. Der Verdienstabstand bei den Nettoverdiensten zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern betrug im Oktober 2001 im Durchschnitt 9,1 Prozent; er war damit um 1,2 Prozentpunkte größer als beim Bruttomonatsverdienst. Der größere Abstand zwischen den Ge-

schlechtern beim Nettoverdienst ist auf Unterschiede in der Wahl der Lohnsteuerklasse zurückzuführen. Während 5,9 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen, aber nur 0,6 Prozent der Männer in die Lohnsteuerklassen V und VI (Klassen mit hohem Steuerabzug) eingegliedert sind, haben die Lohnsteuerklasse III mit geringsten Abzügen 21,0 Prozent der Männer aber nur 8,7 Prozent der Frauen gewählt.

Streuung der Bruttomonatsverdienste

Überaus deutlich werden die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern in der Verteilung auf die einzelnen Bruttomonatsverdienstklassen. So verdienten mit einem Anteil von 53,8 Prozent weit über die Hälfte der vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen monatlich weniger als 1 500 EUR. Bei den Männern war dies mit 19,9 Prozent nur jeder fünfte Arbeiter. Mehr als 2 500 EUR erhielten immerhin 9,5 Prozent der Männer aber nur 3,2 Prozent der Frauen.

Auf Grund des im Durchschnitt wesentlich höheren Verdienstes der Angestellten gegenüber den Arbeitern fallen die Anteile derjenigen mit weniger als 1 500 EUR Monatsgehalt bei dieser Arbeitnehmergruppe deutlich niedriger aus (Frauen 16,4 Prozent; Männer 2,5 Prozent). Mehr als 2 500 EUR verdienten mit 63,2 Prozent fast zwei Drittel der männlichen Angestellten. Bei den Frauen waren dies mit 28,0 Prozent nur gut ein Viertel. Nahezu jeder sechste männliche Angestellte (16,0 Prozent) erhielt mehr als 4 000 EUR im Monat. Für die Frauen war diese Verdiensthöhe mit einem Anteil von 2,7 Prozent eher die Ausnahme.

Verteilung der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten im Oktober 2001 nach Bruttomonatsverdienstklassen

Bruttomonatsverdienst von ... bis unter ... EUR Statistische Messzahlen	Arbeiter		Angestellte	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 1 000	(0,5)	7,1	(0,0)	(0,8)
1 000 – 1 500	19,4	46,7	2,5	15,7
1 500 – 2 000	48,7	26,2	14,2	28,8
2 000 – 2 500	22,0	16,9	20,1	26,8
2 500 – 3 000	7,4	3,0	22,4	15,5
3 000 – 4 000	1,8	(0,2)	24,8	9,8
4 000 – 5 000	(0,2)	–	10,2	2,1
über 5 000	(0,0)	–	5,7	0,6
insgesamt	100	100	100	100
Arithmetisches Mittel	EUR	1 857	1 566	2 988
Zentralwert	EUR	1 759	1 459	2 779
Standardabweichung	EUR	461	468	1 121
Variationskoeffizient	Prozent	24,8	29,9	37,5

Der Vergleich der statistischen Messzahlen Zentralwert (teilt die Anzahl der Fälle in zwei Hälften) mit dem arithmetischen Mittel (Durchschnittswert) verdeutlicht, dass die Verdienste ungleichmäßig verteilt sind.

Da der jeweilige Zentralwert erheblich kleiner als der Durchschnittswert ist, bedeutet dies, dass wesentlich mehr Arbeitnehmer unterdurchschnittlich als überdurchschnittlich verdienen.

Bei den Arbeitern ist der Bruttomonatslohn von 58,1 Prozent der Männer und 57,1 Prozent der Frauen niedriger als der im Durchschnitt errechnete Wert von 1 857 EUR bzw. 1 566 EUR. Bei den Angestellten beeinflussen die Männer mit hohen Gehältern den Durchschnittswert noch stärker als dies bei den Arbeitern der Fall ist. Der Anteil der unterdurchschnittlich verdienenden männlichen Angestellten liegt mit 58,7 Prozent um 1,6 Prozentpunkte höher als bei den Arbeitern. Der Anteil der unter dem Durchschnitt liegenden weiblichen Angestellten weist mit 57,2 Prozent keinen signifikanten Unterschiede zu den Arbeiterinnen auf.

Die Verdienstspanne bei den Angestelltengehältern ist wesentlich breiter gefächert als bei den Arbeitern. Der Variationskoeffizient als relatives Maß der durchschnittlichen Abweichung vom arithmetischen Mittel (Standardabweichung) ist bei den Angestellten und dabei insbesondere bei den Männern größer als bei den Arbeitern.

Fazit

Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern wird durch die im Durchschnitt kürzeren Arbeitszeiten der Frauen, den großen Frauenanteil in Wirtschaftszweigen mit niedrigem Verdienstniveau und der überproportionalen Beschäftigung von Frauen mit weniger anspruchsvollen Tätigkeiten beeinflusst.

Andere verdienstbestimmende Merkmale, wie z. B. die Bindung an das Unternehmen, der Bildungsabschluss oder die Verteilung der Beschäftigten nach der Unternehmensgröße bieten in Brandenburg keinen Erklärungsansatz für den erheblichen Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern.

Wilfried Schenk 

Sozialhilfe im Jahr 2002

Im Jahr 2002 erhielten 71 227 Empfänger(innen) eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, 8,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Bezogen auf die Bevölkerung Brandenburgs entsprach das einer Sozialhilfequote von 2,8 Prozent. Zwei Drittel dieser Hilfeempfänger waren im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren, davon waren 63 Prozent arbeitslos gemeldet. Der Anteil Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren betrug 35,8 Prozent.

40 126 Personen empfangen eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen war hierbei die am häufigsten gewährte Hilfe für 21 726 Personen.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erreichten im Jahr 2002 insgesamt 560 Millionen EUR; 361 Millionen EUR entfielen auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen, 199 Millionen EUR für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Vorbemerkungen

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, in Not geratenen Bürgern ohne ausreichende Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird den betroffenen Personen, nach Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen, immer dann gewährt, wenn diese nicht in der Lage sind sich aus eigener Kraft zu helfen oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erbracht wird.

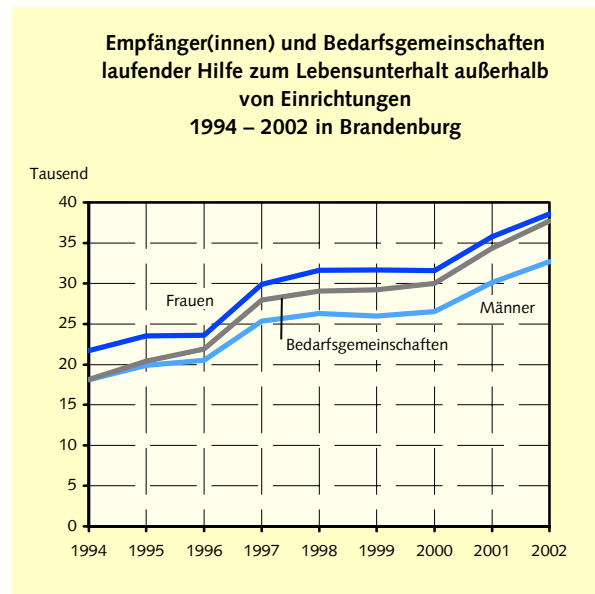
In der Sozialhilfe unterscheidet man je nach Art der vorliegenden Notlage zwei Haupthilfearten. Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“. In außergewöhnlichen Not-situationen, zum Beispiel bei gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigungen, wird „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ gewährt. Als spezielle Hilfe kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Krankenhilfe sowie die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Frage.

Am Jahresende 2002 bezogen im Land Brandenburg 71 551 Personen in 38 023 Bedarfsgemeinschaften eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. 324 Personen erhielten diese Hilfe in Einrichtungen und 71 227 Personen in 37 699 Bedarfsgemeinschaften außerhalb von Einrichtungen.

Empfänger und Bedarfsgemeinschaften laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Die Zahl der Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen ist gegenüber dem Jahresende 2001 um 5 366 Personen bzw. 8,1 Prozent gestiegen.

Betrachtet man die Verteilung der Sozialhilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen nach Geschlecht sind 1994 mit 54,5 Prozent und bis 2002 mit 54,1 Prozent die weiblichen Leistungsbezieher in der Mehrzahl. Der Anteil der Frauen an der Bevölkerung im Land Brandenburg beträgt seit 1994 fast gleichbleibend 51 Prozent.



Während die Empfängerzahlen außerhalb von Einrichtungen in den letzten acht Jahren (1994: 39 800; 2002: 71 227) um fast 80 Prozent gestiegen sind, hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Bedarfsgemeinschaften außerhalb von Einrichtungen mehr als verdoppelt (1994: 18 131 und 2002: 37 699). Lebten 1994 im Durchschnitt noch 2,2 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in einer Bedarfsgemeinschaft,

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1994 bis 2002 in Brandenburg nach dem Haushaltstyp

Jahr	Bedarfsgemeinschaften insgesamt	Allein Stehende		Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften		Allein Erziehende		sonstige Bedarfsgemeinschaften
		Männer	Frauen	ohne Kinder	mit Kindern	Männer	Frauen	
1994	18 131	4 793	2 675	1 136	3 027	156	5 535	809
1995	20 398	5 638	3 214	1 303	3 302	145	5 895	901
1996	21 914	6 407	3 870	1 500	3 444	159	5 590	944
1997	27 945	7 848	5 590	2 009	4 284	202	6 748	1 264
1998	29 074	7 911	5 817	2 068	4 438	199	7 294	1 347
1999	29 193	7 892	5 957	2 103	4 169	207	7 458	1 407
2000	29 995	8 558	5 949	2 187	4 078	210	7 668	1 345
2001	34 348	9 836	6 970	2 622	4 601	253	8 562	1 504
2002	37 699	10 992	7 815	2 948	4 971	296	9 163	1 514

schaft, waren es 2002 nur noch 1,9 Empfänger pro Bedarfsgemeinschaft. Das ungleiche Entwicklungsverhältnis resultiert aus der Zunahme von allein lebenden Personen und dem Rückgang großer Familien aus dem Sozialhilfebezug.

Den zahlenmäßig bedeutsamsten Bedarfsgemeinschaftstyp stellen 18 807 allein Stehende 2002 mit fast 50 Prozent dar. Hier sind mit 58,4 Prozent die allein stehenden Männer in der Überzahl.

9 459 allein erziehende Haushaltsvorstände mit Kindern unter 18 Jahren bildeten 2002 die zweitgrößte Gruppe der Bedarfsgemeinschaften.

Hier sind zu 96,9 Prozent allein erziehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, fast ein Viertel aller Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2002.

Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren machen 13,2 Prozent (4 971) der Bedarfsgemeinschaften aus.

Die Sozialhilfequote (Anteil der Sozialhilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen an der Bevölkerung) entwickelte sich seit 1994 von 1,7 Prozent auf 2,8 Prozent am Jahresende 2002.

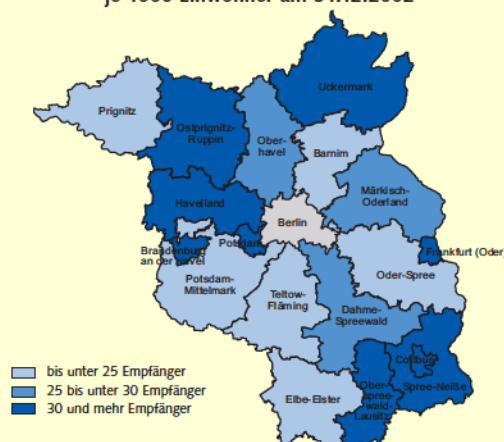
Regional ist die Sozialhilfebedürftigkeit in Brandenburg sehr differenziert. Die meisten Sozialhilfeempfänger lebten mit 3,8 Prozent im Landkreis Uckermark. Es folgen die kreisfreien Städte Potsdam (3,7 Prozent), Brandenburg (3,6 Prozent), Frankfurt (3,4 Prozent) und Cottbus (3,3 Prozent). Über dem Landesdurchschnitt lagen auch die

Landkreise Ostprignitz-Ruppin (3,3 Prozent), Oberspreewald-Lausitz und Havelland (je 3,1 Prozent), Spree-Neiße (3,0 Prozent) und Märkisch-Oderland (2,9 Prozent).

Eine niedrigere Empfängerquote als das Land insgesamt wiesen die Landkreise Dahme-Spreewald und Oberhavel (je 2,7 Prozent), Elbe-Elster (2,3 Prozent), Oder-Spree und Prignitz (je 2,2 Prozent), Barnim und Teltow-Fläming (je 2,1 Prozent) und Potsdam-Mittelmark (1,7 Prozent) auf.

Das bundesweit bekannte Stadt-Land-Gefälle ist auch in Brandenburg erkennbar. In den kreisfreien Städten und Berlin fernen Regionen ist die Sozialhilfequote höher als im Landesdurchschnitt.

Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1000 Einwohner am 31.12.2002



Auf Bundesebene lag die Sozialhilfequote wie bereits in den beiden Vorjahren bei 3,3 Prozent. In Westdeutschland ist die Sozialhilfequote mit 3,2 Prozent höher als in Ostdeutschland 3,0 Prozent. Die höchsten Sozialhilfequoten wiesen die Stadtstaaten Bremen 8,9 Prozent, Berlin 7,4 Prozent und Hamburg mit 7,0 Prozent auf. Niedrigere durchschnittliche Sozialhilfequoten als in Brandenburg gab es in Rheinland-Pfalz, Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern.

Kinder und Jugendliche

Am Jahresende 2002 erhielten 25 524 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Das sind mit 35,8 Prozent, mehr als ein Drittel aller Empfänger insgesamt. Bezogen auf die Bevölkerung dieser Altersgruppe ist dies ein Anteil von 6,6 Prozent. Damit ist die Sozialhilfequote der Minderjährigen mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Unterteilt nach Altersklassen sind das

- 8 409 Kleinkinder (unter 3 Jahre),
- 5 508 Kinder im Kindergartenalter (3 bis unter 7 Jahre),
- 8 253 Kinder im schulpflichtigen Alter (7 bis unter 15 Jahre) und
- 3 354 Jugendliche (15 bis unter 18 Jahre).

Mehr als die Hälfte (14 117) dieser Kinder und Jugendlichen lebten in Bedarfsgemeinschaften allein erziehender Frauen, 22 Prozent in Familien mit verheirateten Eltern und 13 Prozent in nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Die Sozialhilfebedürftigkeit von Kindern ist das Resultat der finanziellen, beruflichen und sozialen Lage ihrer Eltern.

Erwerbsfähige Hilfeempfänger

Im Jahre 2002 waren 46 764 Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), das sind zwei Drittel aller Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Im Vergleich zu 1994 hat sich der Anteil der erwerbsfähigen Personen von 56 Prozent auf 66 Prozent 2002 entwickelt.

Von den 46 764 erwerbsfähigen Personen waren mehr als sechs Prozent erwerbstätig, 63 Prozent arbeitslos gemeldet und knapp 31 Prozent aus anderen Gründen nicht erwerbstätig.

Von den reichlich sechs Prozent erwerbstätigen Hilfeempfängern, nämlich 2 901 Personen, waren zwei Drittel in Vollzeit und ein Drittel in Teilzeit beschäftigt. Bei ihnen reichte das aus der Erwerbstätigkeit erzielte Einkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und deshalb waren ergänzende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erforderlich.

63 Prozent der erwerbsfähigen Hilfeempfänger (29 508 Personen) waren arbeitslos gemeldet. An dieser Prozentzahl lässt sich erkennen, dass der mit der Arbeitslosigkeit verbundene Einkommensverlust als häufigste Ursache zur Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt führt.

Die Mehrheit der arbeitslosen Hilfeempfänger (17 054) bezog keine Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Teilweise handelte es sich um Überbrückungsfälle, in denen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch III zwar beantragt, aber noch nicht bezogen wurden. Bei dem anderen Teil der arbeitslosen Hilfeempfänger bestand kein Anspruch auf Leistungen.

Über einen längeren Zeitraum hin arbeitslos und Sozialhilfeempfänger zu bleiben, ist in starkem Maße altersabhängig. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit der Hilfeempfänger stieg von 19,5 Monaten der 25 bis unter 30-Jährigen über 28,0 Monaten der 30 bis unter 40-Jährigen und 37,3 Monaten der 40 bis unter 50-Jährigen auf 42,2 Monaten der 50 bis unter 60-Jährigen an.

Erwerbsstatus der Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1994 und 2002

Erwerbsstatus	1994		2002	
	Empfänger	Anteil in Prozent	Empfänger	Anteil in Prozent
Hilfeempfänger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zusammen	23 609	100	46 764	100
davon				
erwerbstätig	1 916	8,1	2 901	6,2
in Vollzeitverhältnis	1 523	6,5	1 918	4,1
in Teilzeitverhältnis	393	1,7	983	2,1
arbeitslos gemeldet	13 105	55,5	29 508	63,1
mit Lohnersatzleistung	5 060	21,4	12 454	26,6
ohne Lohnersatzleistung	8 045	34,1	17 054	36,5
aus anderen Gründen nicht erwerbstätig	8 588	36,4	14 355	30,7
wegen häuslicher Bindung	2 753	11,7	4 960	10,6
wegen Aus- und Fortbildung	2 088	8,8	3 589	7,7
wegen Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit	870	3,7	2 532	5,4
aus Altersgründen	338	1,4	443	0,9
aus sonstigen Gründen	2 539	10,8	2 831	6,1

Die knapp 31 Prozent aus anderen Gründen nicht erwerbstätigen Hilfeempfänger waren 14 355 Personen, die wegen häuslicher Bindung, Aus- und Fortbildung, Krankheit, Behinderung oder sonstigen Gründen Sozialhilfe bezogen.

Wegen häuslicher Bindung, z. B. Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen usw. erhielten 4 960 Hilfeempfänger, zu 98 Prozent Frauen, Hilfeleistungen. 95 Prozent dieser Frauen sind jünger als 40 Jahre. Hier spielen sicher Probleme der Unvereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf eine beachtliche Rolle. Der Rückgang an Kindereinrichtungen, längere Anfahrtswege und kürzere Betreuungszeiten in den Einrichtungen erschweren oder verhindern Müttern die Möglichkeiten einer Arbeitsaufnahme.

In 9 282 Fällen des Bezuges von Hilfe zum Lebensunterhalt war die Geburt eines Kindes als besondere soziale Situation angegeben.

Aus- und Fortbildung waren in 3 589 Fällen Grund für die Hilfestellung. 92,5 Prozent der Empfänger waren unter 25 Jahre alt, männliche und weibliche zu fast gleichen Teilen.

Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit oder volle Erwerbsminderung waren in 2 532 Fällen Gründe, die eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erforderten. Mit reichlich 57 Prozent erhielten mehr Männer diese Hilfe.

Altersgründe spielten bei 443 Hilfeempfängern, zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer, die sich im Übergangsalter zum Ruhestand befinden eine entscheidende Rolle. Noch nicht bewilligte oder niedrige Renten führten bei ihnen zum Sozialhilfebezug.

Die aus sonstigen Gründen 2 831 nicht erwerbstätigen Personen waren zu 42 Prozent jünger als 21 Jahre.

Ältere Menschen

Nur 2 293 Personen ab 65 Jahren, darunter zwei Drittel Frauen, bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Die Sozialhilfequote der älteren Brandenburger lag im Jahr 2002 mit 0,5 Prozent weit unter dem Landesdurchschnitt von 2,8 Prozent.

Ältere Menschen besitzen ein geringeres Sozialhilferisiko, da sie ihren Bedarf zum größten Teil aus Einkünften der Rentenversicherung decken können. Nur die Personengruppe der älteren allein lebenden Frauen ist trotz Rentenbezüge stärker auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Dies ist auch auf die längere Lebenserwartung der Frauen zurückzuführen.

Schul- und Berufsausbildungsabschluss

Von den 46 764 Sozialhilfeempfängern außerhalb von Einrichtungen zwischen 15 und 65 Jahren besaßen im Jahr 2002 79 Prozent der Hilfeempfänger einen Schulabschluss; 1994 waren es 59 Prozent. Der Anteil der Hilfeempfänger ohne Schulabschluss und in schulischer Ausbildung ist annähernd gleichgeblieben.

Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1994 und 2002 nach dem höchsten allgemein bildenden Schulabschluss

Höchster allgemein bildender Schulabschluss	Empfänger(innen)			
	1994		2002	
	insgesamt	Anteil in Prozent	insgesamt	Anteil in Prozent
Mit Schulabschluss	23 609	100	46 764	100
davon in schulischer Ausbildung	1 794	7,6	3 522	7,5
Volks-/Hauptschulabschluss	3 787	16,0	14 128	30,2
Realschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss	2 011	8,5	10 968	23,5
Fachhochschul- oder Hochschulreife (Abitur)	496	2,1	2 266	4,8
sonstiger Schulabschluss	7 559	32,0	9 555	20,4
Kein Schulabschluss	1 196	5,1	2 579	5,5
Schulabschluss unbekannt	6 766	28,7	3 746	8,0

35,4 Prozent der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter hatten 2002 keinen Berufsausbildungsabschluss und befanden sich auch nicht in einer beruflichen Ausbildung (1994: 22,6 Prozent).

Von den 30 226 Empfängern (64,6 Prozent) mit Berufsausbildung hatten z. B. 14 146 Personen einen gewerblich technischen, 3 361 einen kaufmännischen Beruf und 1 075 Personen einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

Der Anstieg der Hilfeempfänger ohne Schul- und Berufsausbildung mindert die Chancen aus dem Bezug der Sozialhilfe herauszukommen.

Bisherige Bezugsdauer laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Hilfeempfänger/ Bedarfsgemeinschaften	Durchschnittliche Dauer in Monaten	Dauer des bisherigen Hilfebezuges in Prozent		
		bis unter 12 Monate	12 bis unter 24 Monate	24 Monate und länger
Hilfeempfänger insgesamt	16,4	56,6	21,9	21,5
darunter				
ohne Schulabschluss	21,9	45,9	17,2	36,8
mit Schulabschluss	15,1	59,6	21,2	19,1
ohne Berufsausbildung	16,0	58,3	21,2	20,6
mit Berufsausbildung	15,4	58,9	21,5	19,6
im Alter von 25 bis 30 Jahren	13,0	61,3	23,3	15,4
im Alter von 30 bis 39 Jahren	16,0	56,5	22,7	20,8
im Alter von 40 bis 49 Jahren	20,3	50,3	21,1	28,6
im Alter von 50 bis 59 Jahren	26,4	40,7	19,9	39,4
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	17,9	55,7	20,4	23,9
allein lebende Frauen	23,6	49,0	18,2	32,8
allein lebende Männer	21,4	51,8	18,6	29,6
Ehepaare ohne Kinder	22,8	44,0	20,1	35,8
Ehepaare mit Kindern	12,9	61,1	23,6	15,3
allein erziehende Frauen	15,2	55,0	25,1	19,9
allein erziehende Männer	13,5	61,8	22,3	15,9

Dauer der Hilfestellung

Am Jahresende 2002 lag die Bezugsdauer der Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Brandenburg bei durchschnittlich 17,9 Monaten, ca. 1 ½ Jahren. Mehr als die Hälfte (55,7 Prozent) aller Bedarfsgemeinschaften bezog die Hilfe zum Lebensunterhalt seit weniger als einem Jahr, 10 Prozent länger als zwei Jahre und knapp 15 Prozent waren Langzeitbezieher mit einer Bezugsdauer von drei und mehr Jahren. 1994 lag die durchschnittliche Dauer der Hilfestellung bei einem knappen Jahr (11,3 Monaten). Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der Bedarfsgemeinschaften bezogen damals die Hilfe unter einem Jahr und 14 Prozent länger als zwei Jahre.

Die Dauer der Hilfestellung wird in der Sozialhilfestatistik im Zusammenhang mit Merkmalen der Hilfeempfänger und dem Typ der Bedarfsgemeinschaften ausgewiesen. Diese Daten lassen folgendes erkennen:

- Hilfeempfänger ohne Schulabschluss bekommen im Durchschnitt fast 7 Monate länger Sozialhilfeleistungen als Hilfeempfänger mit Schulabschluss.
- Hilfeempfänger ohne Berufsausbildung erhalten länger Hilfe zum Lebensunterhalt als Hilfeempfänger mit Berufsausbildung.
- Mit zunehmendem Alter steigt die Bezugsdauer kontinuierlich, besonders bei allein lebenden älteren Frauen.

- Ehepaare mit Kindern und allein Erziehende weisen eine unterdurchschnittliche Bezugsdauer auf. Hier bestätigt sich die Tendenz, die Hilfe nur während einer begrenzten Zeit in Anspruch zu nehmen und mit zunehmendem Alter der Kinder den Lebensunterhalt wieder durch Erwerbseinkommen zu bestreiten.

Sozialhilfebedarf und Nettoanspruch

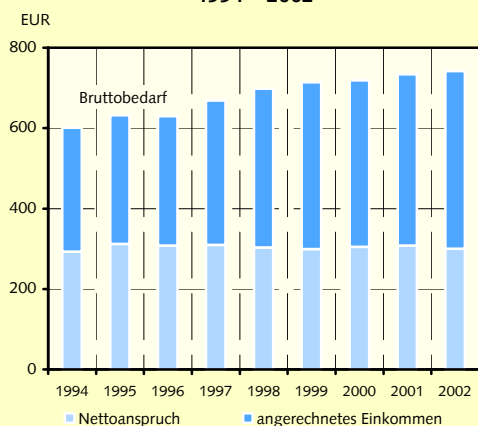
Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird hauptsächlich nach Regelsätzen (laufende Leistungen für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens), Mehrbedarfzuschlägen (für bestimmte Personengruppen auf Grund ihrer besonderen Lebensumstände, z. B. allein Erziehende, werdende Mütter, behinderte Menschen) und Unterkunftskosten (einschließlich Heizkosten) gewährt.

Die Summe der Regelsätze, Mehrbedarfzuschläge und Unterkunftskosten für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Vom Bruttobedarf wird das angerechnete Einkommen abgezogen und man erhält den zur Auszahlung kommenden Nettobetrag.

In Brandenburg betrug 2002 der Bruttobedarf für eine Bedarfsgemeinschaft im Monat durchschnittlich 743 EUR, wovon fast ein Drittel (231 EUR) auf die Kaltmiete entfiel.

Nach Abzug des durchschnittlich angerechneten Einkommens von 442 EUR erhielt eine Bedarfsgemeinschaft durchschnittlich 300 EUR Sozialhilfe im Monat. Der Nettoanspruch einer Bedarfsgemeinschaft lag damit im Jahr 2002 bei ca. 40 Prozent des Bruttobedarfs. 1994 gelangte fast die Hälfte (48,8 Prozent) vom Bruttobedarf zur Auszahlung.

Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Zahlbeträge an Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1994 – 2002



Die Reduzierung des Anteils des Nettoanspruchs ist darauf zurückzuführen, dass das anrechenbare Einkommen gestiegen ist. In vielen Fällen sind es vorrangige Sozialleistungen wie Kindergeld, Unterhaltsleistungen, Renten. Außerdem gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Auszahlung je größer die Bedarfsgemeinschaft ist. So erhielten 2002 allein stehende männliche Empfänger 58,1 Prozent, Ehepaare mit zwei Kindern unter 18 Jahren 33,1 Prozent und nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren 23,3 Prozent ihres Bruttobedarfs ausgezahlt.

Hilfe in besonderen Lebenslagen

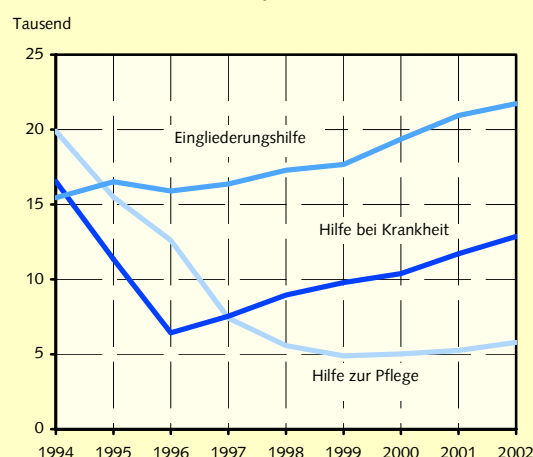
Neben der Hilfe zum Lebensunterhalt wird Personen in speziellen Notsituationen, wie z. B. Behinderung, Krankheit, Pflegebedürftigkeit Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Ein Anspruch auf Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht unabhängig von der Hilfe zum Lebensunterhalt. Damit wird sie auch Personen gewährt, die für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen können und nur auf Grund ihrer besonderen Bedarfssituation auf zusätzliche Hilfe angewiesen sind.

Im Jahr 2002 erhielten insgesamt 40 126 Personen eine Hilfe in besonderen Lebenslagen; in Einrichtungen 20 725 und außerhalb von Einrichtungen 20 664 Personen. Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit 21 726

Empfängern war die am häufigsten gewährte Hilfe. Sie wurde zu fast drei Viertel in Einrichtungen geleistet.

Im Rahmen der Eingliederungshilfe erhielten 6 073 Personen Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen, 5 624 Kinder heilpädagogische Maßnahmen und Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung, 2 106 Personen Suchtkrankenhilfe, 1 021 Hilfeempfänger Leistungen zur medizinischen Rehabilitation. Außerdem bekamen 8 758 Personen sonstige Eingliederungshilfe.

Empfänger(innen) von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Hilfearten im Laufe der Berichtsjahre 1994 – 2002



Mit 12 858 Hilfeempfängern bildete die Krankenhilfe die zweitgrößte Empfängergruppe der Hilfen in besonderen Lebenslagen. Zu 90 Prozent wurde diese Hilfe außerhalb von Einrichtungen in Anspruch genommen.

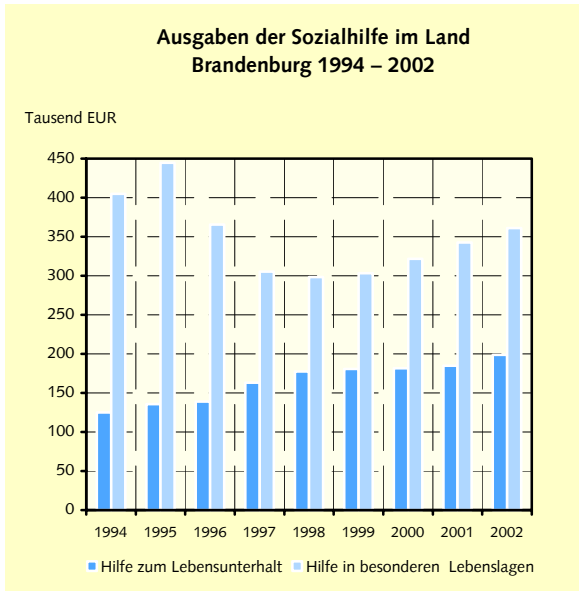
Mit Einführung der Pflegeversicherung 1995 für den ambulanten Bereich und 1996 für die stationäre Pflege hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege grundlegend verändert.

Im Jahr 2002 erhielten 5 800 Personen Hilfe zur Pflege, mehr als zwei Drittel in Einrichtungen und nur 1 780 außerhalb von Einrichtungen. 1994 wurden 19 901 pflegebedürftige Personen in der Sozialhilfe gezählt. Das Verhältnis zwischen häuslicher und stationärer Pflege ist annähernd gleich geblieben. Der Rückgang um 14 101 Personen in dieser Hilfeart hat zu einer Entlastung der Sozialhilfeträger geführt.

Ausgaben und Einnahmen für Sozialhilfe

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erreichten im Jahr 2002 in Brandenburg 560 Millionen EUR. Damit sind die finanziellen Aufwendungen für die Sozialhilfe gegenüber dem Jahr 2001 um 32,4 Millionen EUR bzw. 6,1 Prozent gestiegen.

Während die Aufwendungen für die Sozialhilfe im Jahr 1994 ca. 530 Millionen EUR betrugen, lagen sie 1997 mit 468 Millionen EUR am niedrigsten. Der in den Jahren 1996 und 1997 verzeichnete Ausgabenrückgang ist ein Entlastungseffekt der Pflegeversicherung.



Für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurden etwas mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben (199 Millionen EUR) aufgewendet, acht Prozent mehr als im Vorjahr. Seit 1994 (125 Millionen EUR) haben die Ausgaben hierfür kontinuierlich zugenommen.

Der größere Teil der gesamten Sozialhilfeausgaben, 361 Millionen EUR (64,5 Prozent), entfällt auf die Hilfe in be-

sonderen Lebenslagen. Wie in den Vorjahren beanspruchte die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit 303 Millionen EUR das größte Ausgabenvolumen. Das sind 84 Prozent der Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen. 1994 wurde weniger als die Hälfte (47,8 Prozent) für die Eingliederungshilfe, fast genauso viel (47,6 Prozent) für die Hilfe zur Pflege, 3,8 Prozent für Krankenhilfe und nur 0,7 Prozent für sonstige Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet.

Bedingt durch die Einführung der Pflegeversicherung beträgt der Anteil der Hilfe zur Pflege im Jahr 2002 nur noch 8,6 Prozent, zeigt aber seit 2000 wieder eine leicht ansteigende Tendenz. Die Ausgaben für die Krankenhilfe sind seit 1994 von 3,8 auf 6,2 Prozent (22 Millionen EUR) gestiegen. Lediglich 4 Millionen EUR, 1,2 Prozent (1994: 0,7 Prozent), wurden für sonstige Hilfe in besonderen Lebenslagen ausgegeben.

Bei den genannten Aufwendungen handelt es sich um die Bruttoausgaben der Sozialhilfeträger. Ihnen stehen 72 Millionen EUR an Einnahmen (hauptsächlich Erstattungen anderer Sozialleistungsträger) gegenüber. Damit lagen 2002 die Nettoausgaben für die Sozialhilfe bei 488 Millionen EUR.

Rein rechnerisch betrachtet wurden 2002 durchschnittlich 189 EUR Nettoausgaben für jeden Einwohner in Brandenburg aufgewendet, 1994 waren es 163 EUR. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 266 EUR je Einwohner. Niedriger als in Brandenburg liegen die Pro Kopf-Ausgaben in Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen.

Gudrun Heinemann

Praxisbuch Projektmanagement

Zöllner, Uwe
 Bonn: Galileo Press, 2003
 ISBN 3-89842-343-3
 Preis: 59,90 EUR



Im Rahmen der zunehmenden Diskussionen um Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung nimmt auch die Zahl der Projekte stetig zu. Aber nur ein Teil der in diesen Projekten Mitarbeitenden hat sich mit den Grundlagen des Projektgeschäftes befasst.

Hilfreich hierbei kann entsprechende Literatur sein. Häufig stößt man jedoch bei Betrachtung der angebotenen Managementliteratur auf eine große Diskrepanz zwischen den dort behandelten Themen und der Praxis.

Diese Diskrepanz versucht das „Praxishandbuch Projektmanagement“ von Uwe Zöllner zu lösen.

Im ersten Teil wird zunächst der Orientierungsrahmen für das Projektmanagement behandelt. Im zweiten Teil geht es um die optimale Gestaltung eines Projektes (Objektmodell) und im dritten Teil um die einzelnen Management-schritte (Vorgehensmodell).

Torsten Haseloff 

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im November 2003

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (☐ - Disketten, ☉ - CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1- m 07/03	Bevölkerungsstand, Juli 2003	1,25
A II 1 - m 07/03	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene Juli 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,25
A III 1 - m 07/03	Wanderungen, Juli 2003	1,25
A IV 3; IV 10 - j/02	Sterbefälle nach Todesursachen einschließlich vorsätzlicher Selbstbeschädigung 2002	4,00
A V 5 - j/03	Siedlungs- und Verkehrsfläche 2003	2,00
A VI 7 - m 08/03	Arbeitsmarkt - August 2003	2,50
A VI 7 - m 09/03	- September 2003	2,50
B I 5 - j/02	Absolventen/Abgänger der allgemein bildenden Schulen 2002	4,00
B VII 3 - 3/03	Kommunalwahlen 26.10.2003 Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und - Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, Endgültiges Ergebnis	5,00
C II 1 - m 09/03	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, September 2003	1,75
C III 1/1 - 2j 03	Viehzählung 03.Mai 2003 - Allgemeine Erhebung Pferde, Rinder, Schafe, Schweine und Geflügel, Vorläufiges Ergebnis	2,75
C III 2 - m 09/03	Schlachtungen und Fleischerzeugung, September 2003	1,75
E I 1; 3 - m 09/03	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, September 2003	3,75
E I 2 - m 09/03	- Produktionsindex, September 2003	2,00
E II 1 - m 09/03	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) - September 2003	2,50
E II 2 - j/03	- Ergebnisse der Totalerhebung 2003	2,25
F II 1; 2 - m 09/03	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, September 2002	2,50
G I 1- m 09/03	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel - Messzahlen - September 2003, Vorläufige Ergebnisse	2,00
G III 1; 3 - m 08/03	Ausfuhr- und Einfuhr August 2003, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G IV 1 - m 08/03	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr - August 2003	3,00
G IV 1 - m 09/03	- September 2003	3,00
G IV 3 - m 09/03	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - September 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,75
H I 1 - m 08/03	Straßenverkehrsunfälle - August 2003, Endgültiges Ergebnis	2,75
H I 1 - m 09/03	- September 2003, Vorläufige Ergebnisse	1,25
H II 1 - m 09/03	Binnenschifffahrt - September 2003	2,50
H II 1- m 10/03	- Oktober 2003	2,50
J I 2 - j/01	Dienstleistungen 2001	4,50
K V 2 - j/02	Jugendhilfe 2002 - Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe	5,75
K V 5 - j/02	- Ausnahmen und Einnahmen	2,75
K VI 1 - j/02	Leistungen an Asylbewerber Teil 3: Empfänger von besonderen Leistungen 2002	2,75
M I 2 - m 11/03	Verbraucherpreisindex, November 2003	3,00
N I 5 - 5j /01	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001	6,00
Q II 1 - 2j/00	Abfallwirtschaft 1997 - 2000	5,50
Daten+Analysen Heft 2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/Quartalshefte	Preis	Heft	Themen-/Quartalshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR	III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR	IV/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 – 2000	3,00 EUR	1/2003	Statistischer Jahresbericht 2002	5,25 EUR
			2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR
			I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
			II/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
			III/2003	Quartalsheft	4,00 EUR

Statistisches Jahrbuch 2003



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik gibt Ende November das Statistische Jahrbuch 2003 für das Land Brandenburg herausgegeben. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Angaben zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Das Jahrbuch ist auch auf CD erhältlich.

Das Buch (ISBN 3-931767-14-0) und die CD (ISBN 3-931767-15-9) kosten jeweils 20,00 EUR.
 Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-16-7) haben den Vorteilspreis von 30,00 EUR.

Bestellungen bitte an den

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
 Dezernat Informationsmanagement
 Postfach 60 10 52
 14410 Potsdam

0331 39-418

E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
 Internet: www.lds-bb.de